

Antrag

des Bundesministeriums der Finanzen

Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands

hier: Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages, der Hellenischen Republik Stabilitätshilfe in Form einer Finanzhilfefazilität zu gewähren sowie zur Vereinbarung über ein Memorandum of Understanding zwischen der Hellenischen Republik und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen – 2015/0718353 – vom 17. August 2015

Anlagen: 18 (jeweils Original und deutsche Arbeitsübersetzung)

Anlage 1	Erklärung der Eurogruppe vom 14. August 2015
Anlage 1 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 2	Memorandum of Understanding
Anlage 2 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 3	Bericht der Institutionen zur Umsetzung der Vorabmaßnahmen (Prior Actions)
Anlage 3 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 4	Schuldentragfähigkeitsanalyse
Anlage 4 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 5	Analyse des Finanzbedarfs
Anlage 5 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 6*	Vorschlag für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität
Anlage 6 a*	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 7*	Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität
Anlage 7 a*	– deutsche Sprachfassung –
Anlage 8*	Vorschlag für die Konditionen der ersten Tranche
Anlage 8 a*	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 9	Erklärung des Internationalen Währungsfonds (IWF)
Anlage 9 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –

* Das Bundesministerium der Finanzen hat die Anlagen 6/6 a, 7/7 a und 8/8 a als VS – Nur für den Dienstgebrauch eingestuft. Von einer Veröffentlichung in einer Bundestagsdrucksache wird daher abgesehen. Die Anlagen sind in der bundestagsinternen EuDoX-Datenbank hinterlegt und können dort vom berechtigten Nutzerkreis eingesehen werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Bundesministerium der Finanzen beantragt mit diesem Schreiben die Zustimmung des Deutschen Bundestages

1. gemäß § 4 Absatz 1 Nummer 2 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG), eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität mit Griechenland nach Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 ESM-Vertrag anzunehmen sowie einem entsprechenden Memorandum of Understanding nach Artikel 13 Absatz 4 ESM-Vertrag zuzustimmen;
2. der Auszahlung der ersten Tranche der Finanzhilfe an Griechenland in Höhe von 26 Mrd. Euro zuzustimmen.

Ein zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages zu diesem Antrag würde es dem Vertreter der Bundesregierung im Gouverneursrat des ESM ermöglichen, dem in Anlage 6 beigefügten Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors des ESM für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität zwischen Griechenland und dem ESM nach Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 ESM-Vertrag sowie dem in Anlage 2 beigefügten Memorandum of Understanding nach Artikel 13 Absatz 4 ESM-Vertrag, konkretisiert bzw. ergänzt durch die Eurogruppenerklärung in Anlage 1, zuzustimmen. Darüber hinaus würde ein zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem o. g. Antrag den Vertreter der Bundesregierung im Direktorium des ESM ermächtigen, dem in Anlage 7 beigefügten Entwurf für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität sowie der Auszahlung der ersten Tranche der Finanzhilfe an Griechenland in Höhe von 26 Mrd. Euro auf Basis der in Anlage 8 beigefügten Konditionen zuzustimmen.

Die Beschlussfassung des ESM-Gouverneursrats und des ESM-Direktoriums ist derzeit für den 19. August 2015, 19:00 Uhr, vorgesehen.

Begründung

Mit Zustimmung des Deutschen Bundestages mit seinem Beschluss vom 17. Juli 2015 wurde den europäischen Institutionen zusammen mit dem IWF ein Mandat erteilt, mit Griechenland eine Vereinbarung für eine spezifische wirtschaftliche Konditionalität (Memorandum of Understanding) zu einem neuen makroökonomischen Anpassungsprogramm auszuhandeln.

Die Verhandlungen hierzu wurden am 11. August 2015 abgeschlossen. Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone (Eurogruppe) haben den ausgehandelten Entwurf einer Vereinbarung zwischen Griechenland und den europäischen Institutionen bei ihrem Treffen am 14. August 2015 geprüft und durch eine Erklärung konkretisiert bzw. ergänzt. Die damit erzielte Vereinbarung entspricht den Zielen und Eckpunkten, die die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf dem Eurogipfel am 12. Juli 2015 als Voraussetzungen für ein neues, drittes Programm formuliert haben und die Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 17. Juli 2015 waren. Diese Vereinbarung bildet einen umfassenden Rahmen, um die griechische Wirtschaft auf einen tragfähigen Pfad führen zu können.

Die Eurogruppe ist bei ihrem Treffen am 14. August 2015 übereingekommen, dass auf Basis des Verhandlungsergebnisses sowie der in der Eurogruppe erzielten Übereinkunft alle notwendigen Voraussetzungen vorliegen, um den nationalen Parlamenten vorzuschlagen, einer Vereinbarung mit Griechenland über ein neues Programm des ESM zuzustimmen (vgl. Anlage 1 und Anlage 1 a). Die Bundesregierung teilt die Bewertung der Eurogruppe, darunter die Einschätzung, dass das weitere Engagement des IWF für unabdingbar erachtet wird.

Im Einzelnen:

a) Vereinbarte Konditionalität (Memorandum of Understanding)

Die zwischen Griechenland und den Institutionen vereinbarte Konditionalität wurde in einem Memorandum of Understanding festgelegt (vgl. Anlage 2 und Anlage 2 a). Die Ziele des im Memorandum of Understanding festgelegten Maßnahmenpakets sind die Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Wahrung der Finanzstabilität, die Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Investitionen sowie die Reform der öffentlichen Verwaltung. Um diese Ziele zu erreichen, basiert das makroökonomische Anpassungsprogramm – nach den Vorgaben des Eurogipfels vom 12. Juli 2015 – auf Reformvorhaben zur Konsolidierung des Staatshaushalts, zur Absicherung der Finanzstabilität, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung.

Für den griechischen Staatshaushalt wird dabei ein Ziel für den Primärsaldo (Haushaltssaldo ohne Zinsaufwendungen) von -0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2015, +0,5 Prozent des BIP im Jahr 2016, +1,75 Prozent des BIP im Jahr 2017 und +3,5 Prozent des BIP ab dem Jahr 2018 verankert.

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone haben ergänzend zu der im Memorandum of Understanding vereinbarten Konditionalität hervorgehoben und vereinbart:

- Im Bankensektor wird infolge der Ergebnisse des geplanten Stresstests und der Überprüfung der Qualität der Vermögenswerte im Falle von erforderlichen Rekapitalisierungen das Instrument zur Beteiligung von vorrangigen Anleihegläubigern („bail in“) angewendet, während die Heranziehung von Einlagen ausgeschlossen bleiben soll.
- Für den Bereich der Strukturreformen wird betont, dass die vereinbarte Konditionalität entsprechend den Forderungen des IWF (vgl. Anlage 9 und Anlage 9 a) insbesondere in den Bereichen Pensionsreformen und Stärkung des Finanzsektors prioritär und in Abstimmung mit den drei Institutionen weiter ausgearbeitet und konkretisiert werden muss.
- Eine signifikant gestärkte Privatisierungsstrategie soll ein wichtiger Eckpunkt des Programms werden. Über die Vereinbarung im Memorandum of Understanding hinaus erwartet die Eurogruppe von der griechischen Regierung, dass bis zum Ende des Jahres 2015 ein unabhängiger Privatisierungsfonds unter der Aufsicht der relevanten europäischen Institutionen gegründet wird. Der Plan hierzu soll bis Ende Oktober 2015 von der griechischen Regierung gebilligt werden. Die Gesetzgebung hierzu wird mit den europäischen Institutionen abgestimmt. Die Aufgabe des Fonds wird sein, werthaltige Vermögenswerte während der Laufzeit des Programms in den Fonds zu transferieren, um diese im Wert zu entwickeln und anschließend zu privatisieren und dadurch zur Schuldenreduzierung beizutragen. Die Werthaltigkeit des Fonds wird damit durch die Anteile am rekapitalisierten Bankensektor gestärkt. Dies dient zugleich der Verbesserung der „Governance“ im Bankensektor.

b) Umsetzung von Vorabmaßnahmen (Prior Actions)

Das Memorandum of Understanding enthält eine Reihe von Prior Actions, die von Griechenland vor Freigabe der ersten Tranche zu beschließen waren. Diese beinhalten Maßnahmen in den Bereichen Haushalt, Steuerverwaltung, Renten, Gesundheit, Wettbewerb auf den Produktmärkten (inklusive Energiemärkte), regulierte Berufe und Insolvenzverfahren sowie die Rücknahme einiger von der griechischen Regierung einseitig umgesetzter Maßnahmen, die den bisherigen Programmzielen zuwiderliefen. Die Eurogruppe hat sich die positive Bewertung der Umsetzung der Prior Actions durch Institutionen zu eigen gemacht (vgl. Anlagen 3 und 3 a). Damit wird

ein wichtiger Beitrag für den schrittweisen Wiederaufbau von Vertrauen geleistet. Die griechische Regierung hat sich verpflichtet, bis September Folgemaßnahmen zu den Prior Actions vorzunehmen, einschließlich der Insolvenzordnung für Haushalte entsprechend den Vereinbarungen mit den Institutionen.

c) **Schuldenragfähigkeit**

Für die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung wird in dem Bericht (vgl. Anlage 4 und Anlage 4 a) der Europäischen Kommission im Benehmen mit der Europäischen Zentralbank (EZB) festgehalten, dass seit Ende des letzten Jahres erheblich nachlassende Reformbemühungen und Rücknahmen früherer Reformen sowie ein allgemeines Klima der Unsicherheit zu einer deutlichen Verschlechterung des Wirtschaftswachstums und der Haushaltslage und somit der Schuldenragfähigkeit geführt haben.

Vor diesem Hintergrund prognostiziert die Europäische Kommission in einem Basisszenario, dass der Schuldenstand Griechenlands von 196 Prozent des BIP im Jahr 2015 auf 201 Prozent im Jahr 2016 steigt und danach auf 175 Prozent im Jahr 2020 und 160 Prozent im Jahr 2022 fällt. In einem Risikoszenario geht die Europäische Kommission von einem Schuldenstand von 199 Prozent im Jahr 2015, 207 Prozent im Jahr 2016, 186 Prozent im Jahr 2020 und 174 Prozent des BIP im Jahr 2022 aus. Die aus der vorliegenden Analyse hervorgehende hohe Schuldenquote und der Bruttofinanzierungsbedarf geben laut Europäischer Kommission Anlass zu ernsthafter Besorgnis im Hinblick über die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung.

Die Europäische Kommission unterstreicht daher die Bedeutung eines weitreichenden und glaubwürdigen Reformprogramms und eines klaren Bekenntnisses zur Reformverantwortung seitens der griechischen Regierung für die Verbesserung der Schuldenragfähigkeit. Zudem erklärt die Europäische Kommission, dass der verschlechterten Schuldenragfähigkeit zusätzlich durch Maßnahmen zur Schuldenerleichterung, die unter angemessenen Auflagen gewährt würden, Rechnung getragen werden sollte. Nach Analyse der Europäischen Kommission würde es eine angemessene Kombination von schuldenerleichternden Maßnahmen (z. B. Verlängerung der Laufzeiten und der tilgungsfreien Zeiten) ermöglichen, dass die griechischen Staatsschulden in Bezug auf den Bruttofinanzierungsbedarf wieder ein tragfähiges Niveau erreichten, ohne dass ein nominaler Schuldenschnitt erforderlich wäre, sofern das Reformprogramm glaubwürdig umgesetzt würde.

Der IWF hat in seiner Erklärung (Anlage 9 und Anlage 9 a) darauf hingewiesen, dass die Schuldenragfähigkeit Griechenlands zurzeit nicht gegeben sei und aus seiner Sicht nur über erhebliche Schuldenerleichterungen hergestellt werden könne.

Entsprechend den Vorgaben des Eurogipfels vom 12. Juli 2015 steht die Eurogruppe daher nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Programmüberprüfung bereit, falls notwendig, mögliche zusätzliche Maßnahmen zu erwägen, um den Bruttofinanzierungsbedarf Griechenlands auf einem tragfähigen Niveau zu halten. Ein nominaler Schuldenschnitt bleibt dabei ausgeschlossen. Diese Maßnahmen stünden unter dem Vorbehalt einer vollständigen Programmumsetzung.

d) **Finanzierungsbedarf, Umfang der Finanzhilfe und Konditionen des Darlehens**

Der noch nicht gedeckte Finanzierungsbedarf Griechenlands in der Programmperiode (August 2015 bis August 2018) wird nach Schätzung der vier Institutionen Europäische Kommission, EZB, IWF und ESM bis zu 86 Mrd. Euro betragen (vgl. Anlage 5 und Anlage 5 a). Hiervon werden rd. 54,1 Mrd. Euro für den Schuldendienst, rd. 7 Mrd. Euro für den Abbau von Zahlungsrückständen, 7,6 Mrd. Euro zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung von Banken benötigt. Bedarfsmindernd sind nach Schätzung der Institutionen im Zeitraum bis

2018 rd. 2 Mrd. Euro aus den veranschlagten Haushaltsprimärüberschüssen berücksichtigt sowie rd. 6,2 Mrd. Euro aus Privatisierungserlösen veranschlagt.

Aufbauend auf der Finanzbedarfsberechnung sind die wesentlichen Konditionen für das ESM-Darlehen in dem in Anlage 6 und Anlage 6 a beigefügten Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors des ESM für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität zwischen Griechenland und dem ESM gemäß Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 ESM-Vertrag festgelegt:

- die Finanzhilfe wird in Form eines Darlehens gewährt
- die Höhe des Darlehens soll bis zu 86 Mrd. Euro betragen, abzüglich einer erwarteten Beteiligung des IWF
- die maximale durchschnittliche Laufzeit der Darlehenstranchen wird 32,5 Jahre betragen
- Griechenland kann bis spätestens 20. August 2018 Darlehenstranchen beantragen
- die Gebühren und Zinsen für das Darlehen richten sich nach der ESM-Preisgestaltungsleitlinie.

Auf Basis dieser Eckwerte hat der ESM eine detaillierte Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität ausgearbeitet (vgl. Anlage 7 und Anlage 7 a). Diese Vereinbarung soll am 19. August 2015 auf Basis von Artikel 13 Absatz 5 ESM-Vertrag vom ESM-Direktorium gebilligt werden, sofern die nationalen Voraussetzungen unter Beteiligung der nationalen Parlamente vorliegen.

Das verbleibende mögliche Ausleihvolumen des ESM würde dann noch rd. 369 Mrd. Euro betragen.

e) Höhe und Verwendung der ersten Tranche

Die Auszahlung der ersten Tranche soll am 19. August 2015 vom ESM-Direktorium nach Beteiligung der nationalen Parlamente beschlossen werden. Der Auszahlungsbetrag soll 26 Mrd. Euro betragen und aus zwei Sub-Tranchen bestehen: 16 Mrd. Euro insbesondere für die kurzfristig anstehenden Rückzahlungsverpflichtungen Griechenlands gegenüber externen Gläubigern sowie 10 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung und Abwicklung von Banken (vgl. Anlage 8 und Anlage 8 a). Die Mittel zur Bankenrekapitalisierung und -abwicklung werden in Form von ESM-Anleihen auf einem Sonderkonto des ESM bereitgestellt, von wo sie nach einer weiteren Entscheidung des ESM-Direktoriums für konkrete Rekapitalisierungs- oder Abwicklungsmaßnahmen von bis zu 10 Mrd. Euro ausbezahlt werden können. Die o. g. Sub-Tranche von 16 Mrd. Euro wird in Teilzahlungen aufgeteilt. Rund 13 Mrd. Euro sollen am 20. August 2015 ausgezahlt werden, der Restbetrag im Herbst auf Basis der Umsetzung von noch als Meilensteine zu definierenden Maßnahmen.

Gemäß Artikel 13 Absatz 5 ESM-Vertrag i. V. m. Artikel 3 Absatz 2 der ESM-Leitlinie für Darlehen erfolgt die Entscheidung des ESM-Direktoriums über die Auszahlung der ersten Tranche zusammen mit der Billigung der Finanzhilfevereinbarung. Daher erfolgt die nach dem ESMFinG erforderliche Beteiligung des Deutschen Bundestages bereits mit diesem Antrag an das Plenum. Vor Beschlüssen des ESM-Direktoriums über die Auszahlung weiterer Tranchen erhält der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 5 Absatz 3 ESMFinG.

Eine zweite Tranche für Maßnahmen zur Rekapitalisierung oder Abwicklung von Kreditinstituten in Höhe von bis zu 15 Mrd. Euro wird nach der ersten Programmüberprüfung und nicht später als zum 15. November 2015 bereitgestellt, vorausgesetzt, dass der geplante Bankenstresstest abgeschlossen wurde, der festgestellte Rekapitalisierungsbedarf nicht auf anderem Wege gedeckt werden kann und die für den Finanzsektor für den ersten Review vereinbarte Konditionalität umgesetzt ist.

f) Weitere Beteiligung des IWF

Von einem Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets, der um eine Finanzhilfe durch den ESM ersucht, wird erwartet, dass er, wann immer dies möglich ist, ein ähnliches Ersuchen an den IWF richtet (vgl. Erwägungsgrund (8) ESM-Vertrag). Griechenland hat daher auch beim IWF weitere Finanzhilfe beantragt.

Die mögliche finanzielle Beteiligung des IWF ist in dem oben angegebenen Finanzbedarf von bis zu 86 Mrd. Euro noch nicht berücksichtigt. Wie im Antrag des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. Juli 2015 (Bundestagsdrucksache 18/5590) mitgeteilt, wird sich der IWF an der Auszahlung der ersten Tranche nicht beteiligen. Der IWF hat darüber hinaus seine weitere finanzielle Beteiligung abhängig gemacht von dem erfolgreichen Abschluss der ersten Programmüberprüfung, die für Herbst 2015 geplant ist, einschließlich der Bestätigung der Schuldentragfähigkeit. Vor dem Hintergrund, dass die Schuldentragfähigkeit aus heutiger Sicht nur mit weiteren Maßnahmen zur Schuldenerleichterung hergestellt werden kann, würde dies weitere Vereinbarungen Griechenlands mit seinen Kreditgebern voraussetzen.

Der IWF hat die im Memorandum of Understanding vereinbarte Konditionalität positiv bewertet (vgl. Anlage 9 und Anlage 9 a). Die im Memorandum of Understanding spezifizierten Maßnahmen, an deren Formulierung auch der IWF mitgearbeitet habe, seien ein sehr wichtiger Schritt nach vorne. In zwei Bereichen, die besonders wichtig für die Rückkehr zu einem tragfähigen Wachstumspfad seien, brauche die griechische Regierung noch mehr Zeit, um das Programm im Detail auszuarbeiten. Dies betreffe die Konkretisierung von Maßnahmen zur Erreichung der mittelfristigen Haushaltsziele sowie von Maßnahmen, um das Vertrauen in den Bankensektor zu stärken. Mit einer solchen Konkretisierung werde das neue Memorandum of Understanding sehr entscheidende Schritte und glaubwürdige Anstrengungen seitens der griechischen Regierung enthalten, um robustes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wiederherzustellen.

Die Eurogruppe hält die weitere Beteiligung des IWF für unabdingbar und begrüßt die Bereitschaft des IWF, seinem Direktorium eine Fortsetzung der Finanzhilfe zu empfehlen, wenn die volle Ausarbeitung der vom IWF genannten Konditionalität zur Konsolidierung des Staatshaushalts und zur Stabilisierung des Finanzsektors erfolgt ist sowie eine Vereinbarung über mögliche Maßnahmen zur Schuldenerleichterung mit dem Ziel der Verbesserung der Schuldentragfähigkeit erzielt wurde. Die genannte Konditionalität würde dann auch für das ESM-Programm übernommen, um wie bisher die weitere Konditionalität des ESM-Programms parallel zu der Konditionalität des IWF-Programms zu halten.

14 August 2015

Eurogroup statement on the ESM programme for Greece

The Eurogroup welcomes the agreement that has been reached between Greece and the European Institutions, with input from the IMF, on the policy conditionality underlying the new ESM macroeconomic adjustment programme. The Eurogroup commends the Greek authorities for their demonstrated strong commitment as shown by the normalisation of the working methods with the Institutions and the conduct of the negotiations in a determined and swift manner. This agreement is in line with the parameters and key objectives set by the Euro summit on 12 July and provides a comprehensive framework for restoring the Greek economy to a sustainable path.

The Eurogroup welcomes the wide scope of the policy measures contained in the Memorandum of Understanding (MoU), which, if implemented with determination, will address the main challenges facing the Greek economy. We are confident that decisive and as swift as possible implementation of the reform measures as spelled out in the MoU will allow the Greek economy to return to a sustainable growth path based on sound public finances, enhanced competitiveness, high employment and financial stability.

Greece will target a medium-term primary surplus of 3.5% of GDP with a fiscal path of primary balances of -0.25% in 2015, 0.5% in 2016, 1.75% in 2017 and 3.5% in 2018 to be achieved notably through upfront parametric fiscal reforms supported by measures to strengthen tax compliance and fight tax evasion. Greece will undertake an ambitious reform of the pension system aimed at ensuring its sustainability, efficiency and fairness. It will specify policies to fully compensate for the fiscal impact of the Constitutional Court ruling on the 2012 pension reform and to implement the zero deficit clause or mutually agreeable alternative measures by October 2015. Greece has furthermore committed to key labour and product market reforms to open up the economy to investment and competition, as well as to modernise and depoliticise the public sector. With regard to the financial sector, Greece has committed to take decisive measures to safeguard stability, including a recapitalisation of the banks as required, measures to enhance the insolvency framework and a significant improvement of the governance of the banks and the Hellenic Financial Stability Fund (HFSF). Following the results of the Asset Quality Review and Stress Tests before the end of the year, the bail in instrument will apply for senior debt bondholders whereas bail in of depositors is excluded. The Eurogroup stresses that the agreed conditionality needs to be further specified as requested by the IMF a matter of priority, in particular in the areas of pension reforms and financial sector strategy and governance, in agreement with the three Institutions in time for the completion of the first review under the ESM programme. Moreover, Greece will take urgently needed steps to tackle the non-performing loan (NPL) problem in the banking sector. Given the magnitude of the problem, we urge the

authorities to develop all necessary instruments to that end, including opening the market for NPL servicing and disposal with the appropriate safeguards to protect vulnerable debtors and exploring the possibility of a bad bank.

Compliance with the conditionality of the MoU will be monitored by the Commission in liaison with the ECB and together with the IMF, as foreseen in Article 13(7) of the ESM Treaty.

The Eurogroup stresses that a significantly strengthened privatisation programme is a cornerstone of the new ESM programme. The Eurogroup welcomes the Greek authorities' commitment to adopt new legislation to ensure transparent privatisation procedures and adequate asset sale pricing, according to OECD principles and standards on the management of State Owned Enterprises (SOEs). To ensure a more ambitious privatisation process, an independent fund will be established in Greece under the supervision of the relevant European institutions by end-2015 and encompass the privatisation of independently valued state assets, while avoiding fire sales. The Eurogroup expects the Greek government to endorse the plan for this fund by the end of October 2015 so that it can be operational by the end of the year. Its task will be to quickly identify, transfer over the lifetime of the programme, and manage valuable Greek assets through privatisation and other means, including minority shareholdings and to increase their value on a professional basis. This will include the shares in Greek banks after their recapitalisation, thus also enhancing banks' governance. This should ensure that a targeted value of EUR 50 bn can be realised, by putting the assets on the market, of which EUR 25bn will be used for the repayment of recapitalization of banks and other assets and 50 % of every remaining euro (i.e. 50% of EUR 25bn) will be used for decreasing the debt to GDP ratio and the remaining 50 % will be used for investments. The legislation to establish the Fund shall be adopted in agreement with European institutions.

The Eurogroup appreciates that the Greek authorities have taken additional important legislative steps over the last few days. This supports the gradual process of rebuilding trust, demonstrating the authorities policy resolve and programme ownership. Those steps include notably additional fiscal measures on the tax and expenditure side, legislation on early retirement as well as an extensive set of actions in relation to the financial sector and product markets. In addition, in line with the Eurogroup statement of 16 July, the Greek authorities took measures to adjust and complete the legislation adopted on 15 July 2015. The authorities have also repealed a number of provisions backtracking on previous programme commitments.

The Eurogroup welcomes that the implementation of those prior actions has been assessed positively by the Institutions. The Greek authorities have confirmed their intention to complete by September the follow up actions identified by the Institutions, including the need to bring the adopted household insolvency law in line with the proposal of the Institutions.

Based on the assessment of the Institutions, the ESM financial assistance facility agreement will cover an amount of up to EUR 86 bn. This includes a buffer of up to EUR 25 bn for the banking sector in order to address potential bank recapitalisation and resolution costs.

The first tranche under the ESM programme of EUR 26 bn will consist of two sub-tranches. The first sub-tranche of EUR 10 bn will be made available immediately in a segregated account at the ESM for bank recapitalisation and resolution purposes. The second sub-tranche of EUR 16 bn will be disbursed to Greece in several instalments, starting with a first disbursement of EUR 13 bn by 20 August, followed by one or more further disbursements in the autumn subject to the implementation of key milestones based on measures outlined in the MoU and to be specified by the European Institutions and agreed by the EWG.

A second tranche for banking recapitalisation and resolution needs of up to EUR 15 bn can be made available after the first review and no later than 15 November, subject to the completion of the planned Asset Quality Review and Stress Test and the implementation of the financial sector deliverables of the review. These funds will initially be transferred to the segregated ESM account and can be released upon the agreement of the ESM Board of Directors.

The debt sustainability assessment was conducted by the Commission, in liaison with the ECB, as foreseen in Article 13(1) of the ESM Treaty. The analysis concludes that debt sustainability can be achieved through a far-reaching and credible reform programme and additional debt related measures without nominal haircuts. In line with the Euro summit statement of 12 July, the Eurogroup stands ready to consider, if necessary, possible additional measures (possible longer grace and repayment periods) aiming at ensuring that Greece's gross financing needs remain at a sustainable level. These measures will be conditional upon full implementation of the measures agreed in the ESM programme and will be considered after the first positive completion of a programme review. The Eurogroup reiterates that nominal haircuts on official debt cannot be undertaken.

The Eurogroup considers the continued programme involvement of the IMF as indispensable and welcomes the intention of the IMF management to recommend to the Fund's Executive Board to consider further financial support for Greece once the full specification of fiscal, structural and financial sector reforms has been completed and once the need for additional measures has been considered and an agreement on possible debt relief to ensure debt sustainability has been reached. Resulting policy conditionality will be a shared one as the policy conditionality underlying the ESM macroeconomic adjustment programme is developed in parallel to the one of the IMF. Once approved, the full re-engagement of the IMF is expected to reduce subsequently the ESM financing envelope accordingly. The Eurogroup welcomes the positive assessment of IMF staff of the policy conditionality contained in the MoU as confirmed by the IMF Managing Director and looks forward to an IMF programme based on the latter.

The Eurogroup considers that the necessary elements are now in place to launch the relevant national procedures required for the approval of the ESM financial assistance. The Eurogroup expects that the ESM Board of Governors will be in a position to authorise the European Commission signing the MoU on behalf of the ESM and approve the proposal for a financial assistance facility agreement by 19 August, subject to completion of national procedures, and thereby unlock the initial tranche of up to EUR 26 bn.

14. August 2015

Erklärung der Eurogruppe zum ESM-Programm für Griechenland

Die Eurogruppe begrüßt die Vereinbarung, die zwischen Griechenland und den europäischen Institution mit einem Beitrag des IWF über die dem neuen makroökonomischen Anpassungsprogramm des ESM zugrundeliegende politische Konditionalität erzielt wurde. Die Eurogruppe würdigt das große Engagement der griechischen Regierung, das sich in der Normalisierung der Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Institutionen und den raschen und entschlossenen Verhandlungen widerspiegelt. Diese Vereinbarung entspricht den auf dem Eurogipfel am 12. Juli festgelegten Parametern und wichtigsten Zielen und bietet einen umfassenden Rahmen, damit die griechische Wirtschaft zu einem nachhaltigen Kurs zurückkehren kann.

Die Eurogruppe begrüßt die im Memorandum of Understanding (MoU) enthaltenen breitgefächerten politischen Maßnahmen, mit denen, sofern sie entschlossen umgesetzt werden, die größten Herausforderungen der griechischen Wirtschaft bewältigt werden. Wir sind zuversichtlich, dass die griechische Wirtschaft durch die entschlossene und schnellstmögliche Umsetzung der im MoU dargelegten Reformmaßnahmen zu einem nachhaltigen Wachstumskurs auf der Grundlage solider öffentlicher Finanzen, einer höheren Wettbewerbsfähigkeit, einer hohen Beschäftigungsquote und finanzieller Stabilität zurückkehren kann.

Griechenland strebt einen mittelfristigen Primärüberschuss von 3,5 % des BIP an, mit einem haushaltspolitischen Primärsaldo in den Jahren 2015, 2016, 2017 und 2018 von je -0,25 %, 0,5 %, 1,75 % und 3,5 %, der insbesondere durch unmittelbare parametrische Haushaltsreformen erreicht wird, die durch Maßnahmen zur Stärkung der Steuerehrlichkeit und Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt werden. Griechenland wird eine ehrgeizige Reform des Rentensystems mit dem Ziel durchführen, die Tragfähigkeit, Effizienz und Gerechtigkeit des Systems zu gewährleisten. Bis Oktober 2015 wird Griechenland Maßnahmen zum vollumfänglichen Ausgleich der Haushalts-Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils zur Rentenreform von 2012 und zur Umsetzung der Null-Defizit-Klausel oder alternativer, einvernehmlich vereinbarter Maßnahmen präzisieren. Griechenland hat sich ferner zur Durchführung zentraler Reformen auf dem Arbeits- und Produktmarkt verpflichtet, um die Wirtschaft für Investitionen und Wettbewerb zu öffnen und den öffentlichen Sektor zu modernisieren und entpolitisieren. In Bezug auf den Finanzsektor hat sich Griechenland zur Einleitung entschiedener Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität verpflichtet. Diese beinhalten eine Bankenrekapitalisierung, wie gefordert, Maßnahmen zum Ausbau des Insolvenzrechtsrahmens und eine signifikante Verbesserung der Führungs- und Kontrollstrukturen der Banken und des griechischen Finanzstabilisierungsfonds (HFSF). Nach den Ergebnissen der Bilanzprüfung und der Stresstests vor Jahresende wird das „Bail-in“-Instrument für Anleihegläubiger

Anlage 1 a
BMF-Beschlussantrag

erstrangiger Schuldtitel gelten, während die Beteiligung von Einlegern ausgeschlossen wird. Die Eurogruppe betont, dass vorrangig die vereinbarte Konditionalität, insbesondere in den Bereichen der Rentenreformen, Finanzsektorstrategie und Governance im Einvernehmen mit den drei Institutionen rechtzeitig vor Abschluss der ersten Überprüfung im Rahmen des ESM-Programms weiter spezifiziert werden muss, wie vom IWF gefordert. Zudem wird Griechenland dringend erforderliche Schritte zur Bewältigung des Problems der notleidenden Kredite im Bankensektor ergreifen. Aufgrund des Ausmaßes des Problems halten wir die Regierung an, alle notwendigen Instrumente hierfür zu entwickeln, einschließlich der Öffnung des Marktes für die Bedienung und Veräußerung notleidender Kredite bei gleichzeitigem Schutz anfälliger Schuldner und der Überprüfung der Möglichkeit einer Bad Bank.

Die Einhaltung der vereinbarten Auflagen des MoU wird von der Kommission im Benehmen mit der EZB und zusammen mit dem IWF gemäß Artikel 13 Absatz 7 des ESM-Vertrags geprüft.

Die Eurogruppe betont, dass ein stark ausgeweitetes Privatisierungsprogramm einen Grundstein des neuen ESM-Programms bildet. Die Eurogruppe begrüßt die Zusage der griechischen Regierung, neue Rechtsvorschriften zur Gewährleistung transparenter Privatisierungsverfahren und angemessener Verkaufspreise für Vermögenswerte nach den OECD-Grundsätzen und -Standards für die Verwaltung staatseigener Unternehmen zu verabschieden. Zur Sicherstellung eines ehrgeizigeren Privatisierungsverfahrens wird bis Ende 2015 ein unabhängiger Fonds unter der Aufsicht der entsprechenden europäischen Institutionen in Griechenland gegründet, in dessen Rahmen die Privatisierung unabhängig bewerteter staatlicher Vermögenswerte unter Vermeidung von Panikverkäufen erfolgt. Die Eurogruppe erwartet von der griechischen Regierung die Billigung des Plans für diesen Fonds bis Ende Oktober 2015, damit die operative Tätigkeit bis Ende des Jahres aufgenommen werden kann. Die Aufgabe des Fonds besteht darin, werthaltige griechische Vermögenswerte schnell zu identifizieren, während der Programmlaufzeit zu übertragen und mittels Privatisierungen oder anderer Maßnahmen zu managen, einschließlich Minderheitsbeteiligungen, sowie den Wert gewerbsmäßig zu erhöhen. Dies schließt die Anteile an griechischen Banken nach ihrer Rekapitalisierung ein, wodurch auch die Unternehmensführung in den Banken verbessert wird. Damit sollte gewährleistet werden, dass ein anvisierter Betrag in Höhe von 50 Mrd. EUR durch Inverkehrbringen der Vermögenswerte erzielt werden kann, wovon 25 Mrd. EUR für Rückzahlungen im Zusammenhang mit der Rekapitalisierung von Banken und anderer Vermögenswerte, 50 % jedes verbleibenden Euros (d. h. 50 % von 25 Mrd. EUR) für die Verringerung der Schuldenquote und die übrigen 50 % für Investitionen verwendet werden. Die Rechtsvorschriften zur Gründung des Fonds werden in Abstimmung mit den europäischen Institutionen verabschiedet.

Die Eurogruppe begrüßt, dass die griechische Regierung in den vergangenen Tagen zusätzliche bedeutende gesetzgeberische Schritte unternommen hat. Dies unterstützt den schrittweisen Prozess zur Wiederherstellung des Vertrauens und ist Beweis für die politische Entschlossenheit der griechischen Regierung und ihre

Anlage 1 a
BMF-Beschlussantrag

Verantwortung für das Programm. Dazu gehören insbesondere zusätzliche haushaltspolitische Maßnahmen auf Seiten der Steuern und Ausgaben, Rechtsvorschriften in Bezug auf den Vorruhestand und weitreichende Maßnahmenpakete für Finanzsektor und die Produktmärkte. Zudem hat die griechische Regierung in Einklang mit der Erklärung der Eurogruppe vom 16. Juli Maßnahmen zur Anpassung und Ergänzung der am 15. Juli 2015 verabschiedeten Rechtsvorschriften ergriffen. Die Regierung hat darüber hinaus eine Reihe von Bestimmungen aufgehoben, mit denen sie von bereits eingegangenen Programmverpflichtungen abgerückt war.

Die Eurogruppe begrüßt, dass die Umsetzung der Vorabmaßnahmen von den Institutionen positiv bewertet wurde. Die griechische Regierung hat ihre Absicht bekräftigt, die von den Institutionen festgelegten Folgemaßnahmen, u. a. die Anpassung des verabschiedeten Gesetzes über Privatinsolvenzen an den Vorschlag der Institutionen, bis September zum Abschluss zu bringen.

Auf Grundlage der von den Institutionen vorgenommenen Bewertung wird die Vereinbarung über eine ESM-Finanzhilfefazilität einen Betrag in Höhe von bis zu 86 Mrd. EUR umfassen. Darin ist ein Puffer von bis zu 25 Mrd. EUR für den Bankensektor zur Deckung potentieller Kosten der Rekapitalisierung und Abwicklung von Banken enthalten.

Die erste im Rahmen des ESM-Programms bereitgestellte Tranche in Höhe von 26 Mrd. EUR wird aus zwei Sub-Tranchen bestehen. Die erste Sub-Tranche in Höhe von 10 Mrd. EUR wird unmittelbar auf einem Sonderkonto beim ESM verfügbar gemacht und dient der Bankenrekapitalisierung und -abwicklung. Die Auszahlung der zweiten Sub-Tranche in Höhe von 16 Mrd. EUR an Griechenland erfolgt in mehreren Teilbeträgen, wobei die erste Auszahlung in Höhe von 13 Mrd. EUR bis zum 20. August erfolgt und eine oder mehrere Auszahlungen im Herbst folgen, vorbehaltlich der Umsetzung zentraler Meilensteine auf Grundlage der im MoU beschriebenen Maßnahmen, die von den europäischen Institutionen näher beschrieben und von der EAG beschlossen werden.

Eine zweite Tranche für die Rekapitalisierung und Abwicklung von Banken in Höhe von 15 Mrd. EUR kann nach der ersten Programmüberprüfung und spätestens am 15. November zur Verfügung gestellt werden, vorbehaltlich des Abschlusses der geplanten Bilanzprüfung und des Stresstests sowie der Umsetzung der für die Programmüberprüfung zu liefernden Anforderungen an den Finanzsektor. Die Mittel werden zunächst auf das Sonderkonto des ESM überwiesen und können dann mit Zustimmung des ESM-Direktoriums freigegeben werden.

Die Bewertung der Schuldentragfähigkeit wurde von der Kommission im Benehmen mit der EZB gemäß Artikel 13 Absatz 1 des ESM-Vertrags vorgenommen. In der Analyse wird die Schlussfolgerung gezogen, dass die Schuldentragfähigkeit mithilfe eines weitreichenden und glaubwürdigen Reformprogramms und zusätzlicher Maßnahmen ohne nominale Schuldenschnitte erreicht werden kann. In Einklang mit der Erklärung des Eurogipfels vom 12. Juli ist die Eurogruppe bereit, erforderlichenfalls zusätzliche mögliche Maßnahmen (möglicherweise längere tilgungsfreie Phasen und Rückzahlungsfristen) zu erwägen, mit denen gewährleistet werden kann, dass der Bruttofinanzierungsbedarf Griechenlands auf einem tragfähigen Niveau

Anlage 1 a
BMF-Beschlussantrag

bleibt. Diese Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der vollständigen Umsetzung der im Rahmen des ESM-Programms vereinbarten Maßnahmen und werden nach dem ersten erfolgreichen Abschluss einer Programmüberprüfung in Erwägung gezogen. Die Euro-Gruppe bekräftigt, dass nominale Schuldenschnitte für Staatsschulden nicht möglich sind.

Die Eurogruppe ist der Auffassung, dass die weitere Beteiligung des IWF am Programm unabdingbar ist und begrüßt die Absicht der Geschäftsführung des IWF, dem Exekutivrat die weitere finanzielle Unterstützung für Griechenland zu empfehlen, sobald die vollständige Spezifizierung der Haushalts-, Struktur- und Finanzsektorreformen abgeschlossen ist, der Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen geprüft und eine Vereinbarung zu möglichen Schuldenerleichterungen zur Gewährleistung der Schuldentragfähigkeit getroffen worden ist. Die daraus resultierenden Auflagen für Politikmaßnahmen werden gemeinsam genutzt, da die dem makroökonomischen Anpassungsprogramm zugrundeliegenden Auflagen für Politikmaßnahmen parallel zu den Auflagen für Politikmaßnahmen des IWF entwickelt werden. Nach der Annahme wird sich der Finanzierungsrahmen des ESM aufgrund der erneuten umfassenden Beteiligung des IWF voraussichtlich entsprechend verringern. Die Eurogruppe begrüßt die vom IWF vorgenommene und von der geschäftsführenden Direktorin des IWF bekräftigte positive Bewertung der im MoU enthaltenen politischen Auflagen und sieht einem IWF-Programm auf dieser Basis entgegen.

Die Eurogruppe ist der Annahme, dass die notwendigen Elemente nun bereitstehen, damit die erforderlichen entsprechenden nationalen Verfahren für die Genehmigung der ESM-Finanzhilfe eingeleitet werden können. Die Eurogruppe erwartet, dass der Gouverneursrat des ESM bis zum 19. August in der Lage ist, die Europäische Kommission, die das MoU im Namen des ESM unterzeichnet, zu ermächtigen und dem Vorschlag für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität, vorbehaltlich des Abschlusses der nationalen Verfahren, zuzustimmen und damit die erste Tranche in Höhe von bis zu 26 Mrd. EUR freizugeben.

Draft agreed at staff level – 11 August 2015

Greece

Memorandum of Understanding for a three-year ESM programme

1. Outlook and strategy

Greece has requested support from its European partners, to restore sustainable growth, create jobs, reduce inequalities, and address the risks to its own financial stability and to that of the euro area. This Memorandum of Understanding (MoU) has been prepared in response to a request of 8 July 2015 from the Hellenic Republic to the Chairperson of the Board of Governors of the European Stability Mechanism (ESM) for stability support in the form of a loan with an availability period of three years. In accordance with Article 13(3) of the ESM Treaty, it details the conditionality attached to the financial assistance facility covering the period 2015-18. The conditionality will be updated on a quarterly basis, taking into account the progress in reforms achieved over the previous quarter. In each review the specific policy measures and other instruments to achieve these broad objectives outlined here will be fully specified in detail and timeline.

Success requires ownership of the reform agenda programme by the Greek authorities. The Government therefore stands ready to take any measures that may become appropriate for this purpose as circumstances change. The Government commits to consult and agree with the European Commission, the European Central Bank and the International Monetary Fund on all actions relevant for the achievement of the objectives of the Memorandum of Understanding before these are finalized and legally adopted.

The recovery strategy takes into account the need for social justice and fairness, both across and within generations. Fiscal constraints have imposed hard choices, and it is therefore important that the burden of adjustment is borne by all parts of society and taking into account the ability to pay. Priority has been placed on actions to tackle tax evasion, fraud and strategic defaulters, as these impose a burden on the honest citizens and companies who pay their taxes and loans on time. Product market reforms seek to eliminate the rents accruing to vested interest groups: through higher prices, these undermine the disposable income of consumers and harm the competitiveness of companies. Pension reforms have focussed on measures to remove exemptions and end early-retirement. To get people back to work and prevent the entrenching of long-term unemployment, the authorities, working closely with European partners, will initiate measures to boost employment by 50.000 people targeting the long-term unemployed. A fairer society will require that Greece improves the design of its welfare system, so that there is a genuine social safety net which targets scarce resources at those who need it most. The authorities plan to benefit from available technical assistance from international organisations on

measures to provide access to health care for all (including the uninsured) and to roll out a basic social safety net in the form of a Guaranteed Minimum Income (GMI).

Implementation of the reform agenda will provide the basis for a sustainable recovery, and the policies are built around four pillars:

- Restoring fiscal sustainability (section 2): Greece will target a medium-term primary surplus of 3.5% of GDP to be achieved through a combination of upfront parametric fiscal reforms, including to its VAT and pension system, supported by an ambitious programme to strengthen tax compliance and public financial management, and fight tax evasion, while ensuring adequate protection of vulnerable groups.
- Safeguarding financial stability (section 3): Greece will immediately take steps to tackle Non-Performing Loans (NPLs). A recapitalisation process of banks should be completed before the end of 2015, which will be accompanied by concomitant measures to strengthen the governance of the Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) and of banks.
- Growth, competitiveness and investment (section 4): Greece will design and implement a wide range of reforms in labour markets and product markets (including energy) that not only ensure full compliance with EU requirements, but which also aim at achieving European best practices. There will be an ambitious privatisation programme, and policies which support investment.
- A modern State and public administration (section 5) shall be a key priority of the programme. Particular attention will be paid to increasing the efficiency of the public sector in the delivery of essential public goods and services. Measures will be taken to enhance the efficiency of the judicial system and to upgrade the fight against corruption. Reforms will strengthen the institutional and operational independence of key institutions such as revenue administration and the statistics institute (ELSTAT).

Success will require the sustained implementation of agreed policies over many years. To this end, political commitment is needed, but so is the technical capacity of the Greek administration to deliver. The authorities have committed to make full use of the available technical assistance, which on the European side is coordinated by the new Structural Reform Support Service (SRSS) of the European Commission. Technical assistance is already in place for some key reform commitments, including on tax policy, the reform of the tax administration, the Social Welfare Review, and the modernisation of the judicial system. The authorities are committed to quickly scale up pre-existing technical assistance projects to support reforms such as OECD competition assessment, World Bank investment licensing, health care, revision of the income tax, autonomy of the tax authority, Social Security and tax debt cross-checking and collection and reform of the public administration. There is also scope to develop technical assistance projects in areas such as energy policy, labour market policies including tackling undeclared work and codification of the Greek statute book. The Greek authorities will by end-September 2015 finalise a medium-term technical assistance plan with the European Commission.

Greece needs to build upon the agreed recovery strategy and develop a genuine growth strategy which is Greek-owned and Greek-led. This should take into account the reforms included in this MoU, relevant European Union initiatives, the Partnership Agreement of the implementation of the National Strategic Reference Framework (NSRF) and other best practices. Greece must benefit fully from the substantial means available from the EU budget and the EIB to support investment and reform efforts. For the period 2007-2013, Greece was eligible for EUR 38 billion in grants from EU policies, and should benefit from the currently remaining amounts under this envelope. For the 2014-2020 period, more than EUR 35 billion is available to Greece through EU funds. To maximise absorption, the European Commission's Investment Plan for Europe will provide an additional source of investment as well as technical help for public and private investors to identify, promote and develop high-quality and feasible projects to fund. The Greek authorities may request technical assistance to further develop the growth strategy, which *inter alia could* aim at creating a more attractive business environment, improving the education system as well as human capital formation through vocational education and training, developing R&D and innovation. It could also help design sectorial priorities in areas such as tourism, transport and logistics, and agriculture. The authorities aim to finalise the growth strategy by March 2016 in collaboration with social partners, academics and international organisations. The strategy should also address the need for coordination of the ambitious reform agenda, reinforcing the existing Secretariat General for Coordination and involving as appropriate organisations representing the private sector.

2. Delivering sustainable public finances that support growth and jobs

The correction of extreme imbalances in public finances in recent years has required an unprecedented adjustment and sacrifices from Greece and its citizens. Public deficits have fallen considerably compared to the pre-crisis period, although Greece is facing a primary deficit of about 1.5 percent of GDP in 2015, absent additional measures. The consolidation has also relied on a dramatic scaling back of public investment and services, which will need to be progressively normalized and further prioritised in order to sustain the growth potential.

2.1 Fiscal policy

The Greek authorities commit to ensuring sustainable public finances and achieve sizeable and sustainable primary surpluses over the medium-term that will reduce the debt to output ratio steadily. The authorities will accordingly pursue a new fiscal path premised on a primary surplus targets of $-\frac{1}{4}$, 0.5, $1\frac{3}{4}$, and 3.5 percent of GDP in 2015, 2016, 2017 and 2018 and beyond, respectively. The trajectory of the fiscal targets is consistent with expected growth rates of the Greek economy as it recovers from its deepest recorded recession.

The government has recently adopted a reform of VAT and a first phase of the reform of the pension systems; raised the corporate tax rate; extended the implementation of the luxury tax; taken measures to increase the advance corporate income tax in 2015 and require 100 percent advance payments gradually for partnerships etc. and individual business income tax by 2017; and raised the solidarity surcharge.

Furthermore, as a **prior action** the Government will adopt legislation to:

- *raise revenues*: a) gradually abolish the refund of excise tax on diesel oil for farmers in two equal steps in October 2015 and October 2016; b) increase the tonnage tax. The authorities will take actions to launch the 2015 ENFIA exercise in order to issue bills in October 2015 with the final instalment due in February 2016. They will also correct issues with the revenue measures recently implemented.
- *target and contain expenditure*: a) effective immediately, (i) re-establish full INN prescription; (ii) reduce the price of all off-patent drugs; b) launch the comprehensive social welfare review (see section 2.5.3).
- The package will include further measures with budgetary impact, such as public administration reforms, reforms addressing shortfalls in tax collection enforcement, and other parametric measures, recalled in other parts of this document.

To demonstrate its commitment to credible fiscal policies, the Government will adopt (**Key deliverable**) in October 2015, a supplementary 2015 budget as needed, the draft 2016 budget and a 2016–19 Medium-Term Fiscal Strategy, supported by a sizable and credible package of parametric measures and structural fiscal reforms, including: a) a second-phase of pension reforms, see section 2.5.1; b) a reform of the income tax code, see section 2.2.2; c) phasing out the preferential tax treatment of farmers in the income tax code, with rates set at 20% in the 2016 exercise and 26% in the 2017 exercise. Meanwhile a strategy for agriculture is being developed; d) a tax on television advertisements; e) the announcement of an international public tender for the acquisition of television licenses and usage related fees of relevant frequencies; f) the extension of Gross Gaming Revenues (GGR) taxation of 30% on VLT games expected to be installed at second half of 2015 and 2016; g) an increase of the tax rate on income for rents for annual incomes below €12,000 to 15% (from 11%) and for annual incomes above €12,000 to 35% (from 33%); h) phasing out special tax treatments of the shipping industry; i) extend the temporary voluntary contribution of the shipping community to 2018; j) reduce permanently the expenditure ceiling for military spending by €100 million in 2015 and by €400 million in 2016 with a targeted set of actions, including a reduction in headcount and procurement; k) better target eligibility to halve heating oil subsidies expenditure in the budget 2016.

In addition to the measures above, the authorities commit to legislate in October 2015 credible structural measures yielding at least ¾% of GDP coming into effect in 2017 and ¼% of GDP coming into effect in 2018 to support the achievement of the medium term primary balance target of 3.5% of GDP. The authorities commit to take further structural measures in October 2016, if needed to secure the 2017 and 2018 targets. These would include containing defence expenditure, the planned PIT reform and freezing statutory spending.

Parametric fiscal measures will be bolstered by a wide range of administrative actions to address shortfalls in tax collection and enforcement: these measures will take some time to bear fruit but could offer significant upside fiscal yield going forward.

The Greek government will monitor fiscal risks, including court rulings, and will take offsetting measures as needed to meet the fiscal targets. The authorities intend to transfer at least 30 percent of any over-performance to the segregated account earmarked for debt reduction. In addition, another 30 per cent of the over-performance would be used for clearing unpaid government obligations linked to the past.

2.2 Tax policy reforms

The Government commits to enact reforms of both direct and indirect taxation to improve efficiency, collectability and boost labour supply.

In July 2015 the Government has already legislated a major reform of VAT aiming at simplifying the VAT structure, broadening the tax base and eliminating and streamlining exemptions, generating around 1% of GDP in annual revenues.

The government commits to further reforms as follows:

- i. As a **prior action**, the authorities will: a) eliminate the cross-border withholding tax introduced by the instalments act (law 4321/2015) and reverse recent amendments to the Income Tax Code (ITC) introduced in laws (4328/2015 and 4331/2015); b) clarify that the VAT island discounts will be fully eliminated by end-2016 and define the transitional arrangements.
- ii. *Tax Codes*. By September 2015 adopt outstanding reforms on the tax procedures codes: a) introduce a new Criminal Law on Tax Evasion and Fraud to amend the Special Penal Law 2523/1997 and any other relevant legislation, and replace Article 55, paragraphs 1 and 2, of the Tax Procedure Code (TPC), with a view, *inter alia*, to modernize and broaden the definition of tax fraud and evasion to all taxes; abolish all Code of Book and Records fines, including those levied under law 2523/1997; b) issue a circular on fines to ensure the comprehensive and consistent application of the TPC; c) ensure appropriate single-violation penalties for breach of the accounting code; non-issuance or incorrect issuance of retail receipts will be treated as a single but serious procedural violation for VAT (**key deliverable**). By February 2016, the authorities will conduct a comprehensive review of remaining tax legislation that is in conflict with the ITC and TPC, integrating these acts where appropriate, and by March 2016 issue all secondary legislation to implement the ITC and TPC.
- iii. *Income tax*. By October 2015, the Government will: a) simplify the personal income tax credit schedule; b) re-design and integrate into the ITC the solidarity surcharge for income as of 2016 to more effectively achieve progressivity in the income tax system; c) identify all business income tax incentives and integrate the tax exemptions into the ITC, eliminating those deemed inefficient or inequitable; d) undertake a review and reform of the KEDE, including revenue administration procedures for enforced sale of assets at public auctions; e) ensure the revenue administration's adequate access to taxpayers' premises for conducting timely audits and enforcement purposes; f) review the framework of capital taxation and develop the tax framework for collective investment vehicles and their participants consistently with the ITC and in line with best practices in the EU; g) review the withholding tax on technical services; h) In view of any revision of the zonal property values, adjust the property tax rates if necessary to safeguard the 2016 property tax revenues at least €2.65 billion and adjust the alternative minimum personal income taxation; i) review the operation of the alternative minimum tax (including correcting any backtracking); j) close possibilities for income tax avoidance; k) tighten the definition of farmers. (**key deliverable**)

- iv. VAT. The authorities will by March 2016, a) codify and simplify the VAT legislation, aligning it with the tax procedure code, eliminating outstanding loopholes and shortening the VAT payment period; b) simplify the income tax regime and ensure consistency of the income base for income tax and social security contributions of small businesses below the VAT registration threshold; c) modernise the corporate tax law in ITC covering mergers and acquisitions and corporate reserve accounts and implement ITC provisions concerning cross-border transactions and transfer pricing. **(key deliverable)**

- v. *Property tax*. The authorities will by September 2016 align all property assessment values with market prices with effect from January 2017. By that date, cross-checking of all ownership interests against the information on all individual properties in the cadastre. **(key deliverable)**

2.3. Revenue administration reforms

The ability to collect revenues has been hampered by a long history of complicated legislation, poor administration, political interference and generous amnesties, with chronically weak enforcement. To break from this practice and improve the tax and social security payment culture, the government firmly commits to take strong action to improve collection and to not introduce new instalment or other amnesty or settlement schemes nor extend existing schemes.

As a **prior action**, the authorities will adopt legislation to: a) on garnishments, eliminate the 25 percent ceiling on wages and pensions and lower all thresholds of €1,500 while ensuring in all cases reasonable living conditions; b) amend the 2014–15 tax and SSC debt instalment schemes to exclude those who fail to pay current obligations, to introduce a requirement for the tax and social security administrations to shorten the duration for those with the capacity to pay earlier, and to introduce market-based interest rates while providing targeted protection for vulnerable debtors (with debts below €5,000); c) amend the basic instalment scheme/TPC to adjust the market-based interest rates and suspend until end-2017 third-party verification and bank guarantee requirements; d) accelerate procurement of software for VAT network analysis and for further automation of the debt collection, embracing inter alia fully automatized garnishment procedures; e) adopt immediately legislation to transfer, by end October 2015 all tax- and customs-related capacities and duties and all tax- and customs-related staff in SDOE and other entities to the revenue administration; all non-assessed audits reports made by SDOE since law 4321/2015 will be considered as detailed fact sheets to the tax administration.

The authorities commit to taking immediate enforcement action regarding debtors who fail to pay their instalments or current obligations on time. The authorities will not introduce new instalment or other amnesty or settlement schemes nor amend existing schemes, such as by extending deadlines.

Furthermore, the authorities, making use of technical assistance, will:

- i. *enhance compliance*. The government will by October 2015: a) adopt a fully-fledged plan to increase tax compliance; b) develop with the Bank of Greece and the private sector a costed plan for the promotion and facilitation of the use of electronic payments and the reduction in the use of cash with implementation starting by

March 2016.; c) publish the list of debtors for tax and social security debt overdue for more than three months.

- ii. *fight tax evasion.* The authorities will by November 2015 produce a comprehensive plan for combating tax evasion based on an effective interagency cooperation which includes: a) identification of undeclared deposits by checking bank transactions in banking institutions in Greece or abroad; b) introduction of a voluntary disclosure program with appropriate sanctions, incentives and verification procedures, consistent with international best practice, and without any amnesty provisions; c) request from EU member states to provide data on asset ownership and acquisition by Greek citizens, and how the data will be exploited; d) renew the request for technical assistance in tax administration and make full use of the resource in capacity building; e) establish a wealth registry to improve monitoring; f) adopt legislative measures for locating storage tanks (fixed or mobile) to combat fuel smuggling; g) create a database to monitor the balance sheets of parent-subsidiary companies to improve risk analysis criteria for transfer pricing;
- iii. *prioritise action on collectable taxes.* By September 2015, the authorities will sign the Ministerial Decision allowing for the extension of the indirect bank account register to provide 10 years of transaction history. By October 2015, the authorities will reduce – taking account technical assistance - restrictions on conducting audits of tax returns subject to the external tax certificate scheme. By November 2015, the authorities will adopt measures to prioritise tax audits on the basis of risk analysis and not, as is now the case, year of seniority (i.e. year of write-off).
- iv. *improve collection of tax debt.* To improve collection of tax debt the authorities will by October 2015 (**key deliverable**): a) improve the rules on write-off of uncollectible tax; b) remove tax officers' personal liabilities for not pursuing old debt, and c) propose, and implement in 2016, a national collection strategy including further automation of debt collection, and by November d) take necessary measures towards the timely collection of fines on vehicles uninsured or not undertaking mandatory technical controls, and of levies for the unlicensed use of frequencies; e) issue legislation to quarantine uncollectable Social security contribution debt; and f) improve the rules on write-off of uncollectible Social security contribution debt, and g) enforce if legally possible upfront payment collection in tax disputes.
- v. *improve collection of Social security debt.* By September 2015 the authorities will: a) provide KEAO with access to indirect bank account registry and to tax administration data; b) create a single SSC debt database that will encompass all social security funds. The authorities will implement by end-December 2016 a central registry of contributors in coordination with the pension funds consolidation and complete the integration of social security contribution collection with the tax administration by the end of 2017.
- vi. *strengthen VAT revenues.* The authorities will strengthen VAT collection and enforcement *inter alia* through streamlined procedures and with measures to combat VAT carousel fraud. They will adopt by October 2015 legislation to a) accelerate de-registration procedures and limit VAT re-registration to protect VAT revenue; b) adopt the secondary legislation needed for the significantly strengthening the

reorganization of the VAT enforcement section in order to strengthen VAT enforcement and combat VAT carousel fraud. The authorities will submit an application to the EU VAT Committee and prepare an assessment of the implication of an increase in the VAT threshold to €25,000.

- vii. *reinforce the capacity of the administration.* By October 2015, the authorities will secure the full staffing of KEAO, strengthen control capacity in IKA and reinforce the Large Debtors Unit, to improve its capacity on issues of liquidation and tax collection, and – with highly skilled legal advisers, supported by an international independent expert firm – for the assessment of debtor viability. By December 2015 the LDU will segment commercial debtors with large public debt according to viability status.
- viii. *strengthen the independence of the revenue administration.* The authorities will by October 2015 adopt legislation (**key deliverable**) to establish an autonomous revenue agency, that specifies: a) the agency's legal form, organization, status, and scope; b) the powers and functions of the CEO and the independent Board of Governors; c) the relationship to the Minister of Finance and other government entities; d) the agency's human resource flexibility and relationship to the civil service; e) budget autonomy, with own GDFS and a new funding formula to align incentives with revenue collection and guarantee budget predictability and flexibility; f) reporting to the government and parliament. The authorities will by December 2015 (**key deliverable**) appoint the Board of Governors and adopt priority secondary legislation of the law (key human resource, budget) on the autonomous revenue administration agency, so that it can be fully operational by June 2016.

The authorities will continue to improve operations as measured by key performance indicators. Over the medium term the Authorities will continue with reforms improving tax administration, to be agreed with the institutions and taking into account recommendations of technical assistance reports conducted by the EC/IMF.

2.4 Public Financial Management and Public Procurement

2.4.1 Public financial management

The authorities commit to continue reforms that aim at improving the budget process and expenditure controls, clearing arrears, and strengthening budget reporting and cash management.

The authorities will adopt legislation by October 2015 (**key deliverable**) to upgrade the Organic Budget Law to: a) introduce a framework for independent agencies; b) phase out ex-ante audits of the Hellenic Court of Auditors and account officers (ypologos); c) give GDFSs exclusive financial service capacity and GAO powers to oversee public sector finances; and d) phase out fiscal audit offices by January 2017. The authorities will adopt secondary legislation to define the transitional arrangements of the OBL reform by end-December 2015, and complete the reform by end-December 2016.

The Greek government is committed to making the Fiscal Council operational before finalizing the MoU. For this to happen, the government adopted a Ministerial Decision to

start the open procedure to select the members of the board. Following completing the process for the appointment of the Board Members of the Fiscal Council, the Government will by September 2015 issue the needed secondary legislation to make the Council fully operational (including budgeting and staffing) by November 2015. The Authorities will complete a review with the help of technical assistance from the EC of the work of the Fiscal Council by December 2016, and adopt legislation as needed (March 2017).

In line with the Fiscal Compact, the Greek Government shall present the main characteristics of their medium-term public finance plans to the European Commission and the ECOFIN Council in spring of each year and will update its Medium Term Fiscal Strategy before end May of each year in line with the programme targets. In addition, as part of a common budgetary timeline, Greece shall submit to the European Commission the draft budget for the following year by 15 October of each year, along with the independent macro-economic forecast on which it is based. The Government will design a new government Budget Classification structure and Chart of Accounts (September 2016) in time for the 2018 budget.

The authorities will present by September 2015 a plan to complete the clearance of arrears, tax refund and pension claims, and immediately start implementation. The authorities will then clear the outstanding stock of spending arrears of 7.5 billion by end-December 2016 after completing a thorough audit by end-January 2016, and clear the backlog of unprocessed tax refund and pension claims by end-December 2016; The Government will ensure that budgeted social security contributions are transferred from social security funds to health funds and hospitals so as to clear the stock of health-related arrears.

The Government will present by November 2015 a medium-term action plan to meet the requirements of the Late Payment Directive, including concrete measures and safeguards to ensure the transfer of IKA liabilities (cash transfers and expenditures) to EOPYY during the relevant period. By January 2016, the authorities will complete an external audit of EOPYY's accounts payables, and rationalize the payment process in the social security and health system by end-June 2016 (**key deliverable**). The authorities will continue to improve operations as measured by key performance indicators.

To improve the fragmented cash management system, the Government will include all central government entities in the treasury single account by end-December 2015. Following the implementation of a cash management reform the Authorities will close accordingly general government accounts in commercial banks and consolidate them in the Treasury single account. As a **prior action**, the ministry of finance will ring-fence the account for the management of EU structural funds instruments and of Greece's national contributions.

2.4.2 Public procurement

Greece needs to take further action in the area of public procurement to increase efficiency and transparency of the Greek public procurement system, prevent misconduct, and ensure more accountability and control. By September 2015 the authorities will agree with the European Commission, which will assist on implementation, an action plan to spell out the details of the actions below (**key deliverable**).

- By January 2016, a consolidated, comprehensive and simplified legislative framework (primary and secondary legislation) on public procurement and concessions, including the transposition of the new EU directives on public procurement and concessions (2014/23, 2014/24, 2014/25) will enter into force.
- By December 2016, the reform of the system of non-judicial/administrative remedies will enter into force. The authorities will present a detailed proposal for this reform to the Commission by October 2015.
- By February 2017, the authorities will adopt measures to improve the judicial remedies system. In preparation, the authorities will perform by September 2016 in cooperation with the Commission a comprehensive assessment of the effectiveness of the existing judicial remedies system, identifying problems (e.g. lack of effective and rapid remedies, delays, difficulty of obtaining damages, litigation costs).
- The authorities will continue to implement the action plan on e-procurement as agreed with the Commission.
- By May 2016, a new central purchasing scheme, established in cooperation with the Commission and the OECD will enter into force, to be applied for the needs of 2017.

The authorities will ensure that the SPPA remains the principal institution in the area of public procurement in Greece; the SPPA will cooperate with other Greek institutions and the Commission to prepare by March 2016 a national strategy, identify systemic deficiencies of the national public procurement system, and propose realistic solutions to be implemented by the authorities through an action plan.

2.5 Sustainable social welfare

2.5.1 Pensions

The 2010 and 2012 pension reforms, if fully implemented, would substantially improve the longer-term sustainability of the overall pension system. However the pension system is still fragmented and costly and requires significant annual transfers from the State budget. Hence much more ambitious steps are required to address the underlying structural challenges, as well as the additional strains on the system caused by the economic crisis. Contributions have fallen due to high levels of unemployment at the same time as spending pressures mounted as many people opted to retire early.

To address these challenges, the authorities commit to implement fully the existing reforms and will also proceed with further reforms to strengthen long-term sustainability targeting savings of around ¼% of GDP in 2015 and around 1% of GDP by 2016. The package *inter alia* aims to create strong disincentives for early retirement through increasing early retirement penalties and by the gradual elimination of the grandfathering of rights to retire before the statutory retirement age.

The authorities have already increased health contributions of pensioners to 6% on their main pensions and applied health contributions of 6% also to supplementary pensions from 1 July 2015; will integrate into ETEA by 1st September 2015 all supplementary pension funds and ensure that all supplementary pension funds will be only financed by own contributions from 1 January 2015; will freeze monthly guaranteed contributory pension limits in nominal terms until 2021; and ensured that people retiring after 30 June 2015 will

have access to the basic, guaranteed contributory, and means- tested pensions only at the attainment of the statutory normal retirement age of currently 67 years.

- i. As a **prior action**, the authorities will: a) clarify the rules for eligibility for the minimum guaranteed pensions after 67 years; b) issue all circulars to ensure the implementation of the 2010 law; c) correct law 4334/2015 to among others correctly apply the freeze on monthly guaranteed benefits (instead of contributions state subsidy) and to extend to the public sector; d) eliminate gradually the grandfathering to statutory retirement age and early retirement pathways, progressively adapting to the limit of statutory retirement age of 67 years at the latest by 2022, or to the age of 62 and 40 years of contributions, applicable for all those retiring (except arduous professions and mothers with children with disability) with immediate application.
- ii. The authorities will by October 2015 (**key deliverable**) legislate further reforms to take effect from 1 January 2016: a) specific design and parametric improvements to establish a closer link between contributions and benefits; b) broaden and modernize the contribution and pension base for all self-employed, including by switching from notional to actual income, subject to minimum required contribution rules; c) revise and rationalize all different systems of basic, guaranteed contributory and means tested pension components, taking into account the incentives to work and contribute; d) the main elements of a comprehensive consolidation of social security funds, including the remaining harmonization of contribution and benefit payment procedures across all funds; e) phase out within three years state financed exemptions and harmonise contributions rules for all pension funds with the structure of contributions of the main social security fund for employees (IKA) ; f) the abolition from 31 October 2015 of all nuisance charges financing pensions to be offset by reducing benefits or increasing contributions in specific funds; g) gradually harmonize pension benefit rules of the agricultural fund (OGA) with the rest of the pension system in a pro rata manner; h) that early retirements will incur a penalty, for those affected by the extension of the retirement age period, equivalent to 10 percent on top of the current annual penalty of 6 percent; i) better targeting social pensions by increasing OGA uninsured pension; j) the gradual phasing out of the solidarity grant (EKAS) for all pensioners by end-December 2019, starting with the top 20% of beneficiaries in March 2016; k) restore the sustainability factor of the 2012 reform or find mutually agreeable alternative measures in the pension system; i) the Greek government will identify and legislate by October 2015 equivalent measures to fully compensate the impact of the implementation of the Court ruling on the pension measures of 2012; and repeal the amendments to the pension system introduced in Laws 4325/2015 and 4331/2015 in agreement with the institutions.
- iii. The Government will by December 2015 (**key deliverable**) integrate all social security funds under a single entity, abolish all existing governance and management arrangements, establish a new board and management team utilizing IKA infrastructure and organization, implement a central registry of contributors and establish common services, as well as adopting a program to create a common pool of funds that will be fully operational by end-December 2016. The authorities will move towards the integration of social security contribution filing, payment and collection into the tax administration by the end of 2017.

The institutions are prepared to take into account other parametric structural measures within the pension system of equivalent effect to replace some of the measures mentioned above, taking into account their impact on growth, and provided that such measures are presented to the institutions during the design phase and are sufficiently concrete and quantifiable, and in the absence of this the default option is what is specified above.

2.5.2 Health care

The authorities have committed to continue reforming the health care sector, controlling public expenditure, managing prices of pharmaceuticals, improve hospital management, increase centralized procurement of hospital supplies, manage demand for pharmaceuticals and health care through evidence-based e-prescription protocols, commission private sector health care providers in a cost effective manner, modernize IT systems, developing a new electronic referral system for primary and secondary care that allows to formulate care pathways for patients.

The authorities as **prior action** committed to reinstate previous key elements of reforms to the health system. In particular, they will a) amend Law 4332/2015 repealing part of Law 4052/2012 (reorganisation and restructuring of the health sector under the MoU) on the appointment of hospital CEOs; b) repeal MD FEK 1117/2015, in order to re-enforce sanctions and penalties as a follow-up to the assessment and reporting of misconduct and conflict of interest in prescription behaviour and non-compliance with the EOF prescription guidelines (re-establish prior MoU commitment); c) re-establish full INN prescription, including by repealing circular 26225/08.04.2015, with the exceptions as set out in art 6.4 to 6.6 of the MD FEK 3057/2012; d) reduce the price of all off-patent drugs to 50 percent and all generics to 32.5 percent of the patent price, by repealing the grandfathering clause for medicines already in the market in 2012; e) establish claw backs for 2015 for diagnostics and private clinics and delink the 2014 claw back for private clinics from the 2013 one.

By September 2015 extend the 2015 claw back ceilings for diagnostics, private clinics and pharmaceuticals to the next three years, and, by October 2015, the authorities will (a) apply and collect outstanding claws backs until H1-2015 for pharmaceuticals, diagnostics and private clinics; (b) publish a price bulletin to reduce pharmaceutical prices and publish it every six months; and c) review and limit the prices of diagnostic tests to bring structural spending in line with claw back targets (**key deliverables**). They will execute the claw backs every six months. By October 2015, the authorities will decide whether to re-establish a means-tested 5 Euro fee for hospital visits or to adopt equivalent measures in fiscal and demand management terms;

By December 2015, the authorities will take further structural measures (**key deliverable**) as needed to ensure that spending for 2016 is in line with the claw back ceilings, including developing new protocols for the most expensive pharmaceutical active substances and diagnostics procedures. Authorities will further reduce generic prices including by making greater use of price-volume agreements where necessary. Over the next three years, they will develop additional prescription guidelines giving priority to those with the greatest cost and therapeutic implications. Ambitious but feasible timelines will need to be set by the Authorities.

By December 2015 (and by December 2016, respectively), the authorities will take concrete steps to increase the proportion of centralized procurement to 60 percent (and to 80 percent), the share of outpatient generic medicines by volume to 40 (and to 60 percent), inpatient generic medicines to 50 (and to 60 percent) and the share of procurement by hospitals of pharmaceutical products by active substance to 2/3 (and to 3/4) of the total, in line with agreed targets. Generic penetration should be supported by further actions to improve the incentive structure of pharmacists, including on profit structure, by August 2016.

The authorities will introduce new drugs into the positive list on the basis of criteria set in MD 2912/B/30.10.2012 and related regulation, subject to prescription guidelines, and with prices set at the level of the lowest three in the EU or lower if the authorities can negotiate a rebate. By December 2017 the authorities will set-up an HTA centre that will inform the inclusion of medicines in the positive list.

To improve financial management of hospitals, the authorities will by December 2015 (**key deliverable**) deliver a plan to adopt DRG or other international standard activity-based costing methodology in hospitals within the next three years; by December 2017 they will implement the new DRG or alternative activity-based costing system; by June 2016 they will deliver a plan to conduct annual independent financial audits of hospital accounts, with implementation to begin in 2017, and for all hospitals to be covered by 2018. To this end, they will make use of the available Technical Assistance support.

To assess the performance of health care providers, both public and private, EOPYY will continue to collect and publish relevant data on a monthly/quarterly basis. By June 2016, the authorities will develop an assessment of public sector capacity by region and by specialty and will use this to review the need for commissioning private providers per region; and they will develop a new electronic record for patients. By August 2016 they will develop a new system of electronic referrals to secondary care based on e-prescription and the electronic record and allowing the monitoring of waiting times. By June 2017, the authorities will develop a plan to pre-approve referrals to private sector providers based on the electronic patient record, the system of electronic referrals and the mapping of public sector capacity. Over the next three years, the authorities will develop therapeutic protocols for the patient care pathways (primary and secondary care) for the pathways that have the greatest therapeutic and cost implications, to be implemented through the e-prescription system.

The authorities will closely monitor and fully implement universal coverage of health care and inform citizens of their rights in that regard and they will proceed with the roll out of the new Primary Health Care system and the issuing of an MD as envisaged in Law 4238 by December 2015. To this end, they will make use of the available Technical Assistance support.

2.5.3 Social safety nets

The economic crisis has had an unprecedented impact on social welfare. The most pressing priority for the government is to provide immediate support to the most vulnerable to help alleviate the impact of the renewed downturn. Already, a package of measures on food, housing and access to health care has been adopted and is being implemented. In order to get people back to work, the authorities, working closely with European partners, have taken measures to boost employment by providing short-term work opportunities to 50.000 people targeting the long-term unemployed.

The Government will adopt by March 2016 a further series of guaranteed employment support schemes covering 150,000 persons, including the long term unemployed (29+), young people (16-29), and disadvantaged groups (including inter alia GMI beneficiaries) with individualised active labour market measures for participants, using local partnerships, involving the private and social economy sectors and ensuring efficient and effective use of the resources available.

A fairer society will require that Greece improves the design of its welfare system, so that there is a genuine social safety net which targets scarce resources at those in most need. The authorities plan to benefit from available technical assistance for the social welfare review and for the GMI implementation from international organisations.

- i. The government commits as a **prior action** to agree the terms of reference and launch a comprehensive Social Welfare Review, including both cash and in-kind benefits, tax benefits, social security and other social benefits, across the general government, with the assistance of the World Bank, with first operational results to be completed by December 2015, targeted to generate savings of ½ percent of GDP annually which will serve as the basis for the redesign of a targeted welfare system, including the fiscally-neutral gradual national roll-out of the GMI. The overall design of the GMI will also be agreed with the institutions.
- ii. The Authorities by September 2015 will set out their detailed preparations for a gradual nationwide roll-out of a Guaranteed Minimum Income (GMI) scheme from 1 April 2016, including for the set up of a benefits registry and a strategy to ensure the inclusion of vulnerable groups and to avoid fraud. Close linkages with municipalities and employment services will be established.
- iii. By January 2016, the authorities will propose and legislate reforms to welfare benefits and decide on the benefit rates of the initial GMI rollout in agreement with the institutions. The design of the GMI will be closely based upon the parameters of the pilot schemes after the evaluation of the World Bank, with potential additional targeting of priority needs in the short-term in order to meet budgetary constraints.
- iv. By September 2016, the authorities will establish an institutional benefits framework to manage, monitor and control the GMI and other benefits. An evaluation of the performance of the GMI scheme will take place, with the objective of a full national rollout (**key deliverable**) by the end 2016.

3. Safeguarding financial stability

All necessary policy actions will be taken to safeguard financial stability and strengthen the viability of the banking system. No unilateral fiscal or other policy actions will be taken by the authorities, which would undermine the liquidity, solvency or future viability of the banks. All measures, legislative or otherwise, taken during the programme period, which may have an impact on banks' operations, solvency, liquidity, asset quality etc. should be taken in close consultation with the EC/ECB/IMF and where relevant the ESM .

By end-August 2015, the authorities will finalise a comprehensive strategy for the financial system which has deteriorated markedly since end-2014. The main focus of the strategy will be on restoring financial stability and improving bank viability by: (i) normalising liquidity and payment conditions and strengthening bank capital; (ii) enhancing governance; and (iii) addressing NPLs. This strategy, which will build on the strategy document from 2013, while taking into account the changed context and conditions of the financial system, will include plans regarding the foreign subsidiaries of the Greek banks according to their restructuring plans approved by the European Commission, and will aim to attract international strategic investment to the banks and return them to private ownership in the medium term.

Restoring liquidity and capital in the banking system

The authorities are committed to preserving sufficient liquidity in the banking system in compliance with Eurosystem rules and to achieving a sustainable bank funding model for the medium term. In this context, banks will be required to submit quarterly funding plans to the Bank of Greece (BoG) so as to ensure continuous monitoring and assessment of liquidity needs. The authorities will monitor and manage the process for the easing of capital controls taking liquidity conditions in the banking system into account while aiming to minimise the macroeconomic impact of the controls.

A buffer of up to €25bn is envisaged under the Programme to address potential bank recapitalisation needs of viable banks and resolution costs of non-viable banks, in full compliance with EU competition and state aid rules. Following a forward-looking assessment of the four core banks' capital needs by the ECB and the submission of capital plans by the banks, any remaining identified capital shortfalls will be addressed fully by end-2015 at the latest. The Bank of Greece will assess the capital needs of other banks where it was not recently done. The recapitalisation framework will be developed with a view to preserving private management of recapitalised banks and to facilitating private strategic investments. The law relating to government guarantees on deferred tax assets (DTAs) will be amended to minimise programme funding and limit the link between the banks and the state.

Resolution of Non-Performing Loans (NPLs)

While short-term actions to address the problem of high and rising NPL ratios will be specified below in this document, additional measures and actions may be needed in the future so as to resolve the NPLs of the banking sector. By end August 2015, the Bank of Greece will issue all necessary provisions to implement the Code of Conduct, after improvements in agreement with the institutions.

As a **prior action**, the authorities will: a) develop a credible strategy for addressing the issue of non-performing loans that aims to minimize implementation time and the use of capital resources, and draws on the expertise of external consultant(s) for both strategy development and implementation; b) adopt the following short-term reforms: (i) amendments to the corporate insolvency law to cover all commercial debtors, bring the law in line with international best practice including changes to promote effective rehabilitation of viable debtors and a more efficient liquidation process for non-viable debtors and reducing the discharge period to 3 years for entrepreneurs in line with the 2014 EC Recommendation; (ii) amendments to the household insolvency law to introduce a time-bound stay on

enforcement in line with cross country experience; establish a stricter screening process to deter strategic defaulters from filing under the law, include public creditor claims in the scope of the law providing eligible debtors with a fresh start, tighten the eligibility criteria for protection of the primary residence, and introduce measures to address the large backlog of cases (e.g. increasing the number of judges and judicial staff, prioritization of high value cases, and short-form procedures for debtors with no assets and no income), (iii) adopt legislation to establish a regulated profession of insolvency administrators, not restricted to any specific profession and in line with good cross-country experience; (iv) adopt provisions to re-activate of the Government Council of Private Debt, establishing of a Special Secretariat to support it.

By end-October 2015, **(key deliverable)**, drawing on the expertise of an external consultant, the Bank of Greece will deliver a report on the segmentation of NPLs on banks' balance sheets and an assessment of banks' capacity to deal with each NPL segment. The Hellenic Financial Stability Fund (HFSF) in cooperation with the Bank of Greece will provide an analysis to identify non-regulatory constraints and impediments (e.g. administrative, economic, legal etc.) to the development of a dynamic NPL market. By the same date, a working group, drawing on independent expertise and cross-country experience, will examine and recommend specific actions to accelerate NPL resolution, including by removing any unnecessary legal or other impediments to NPL servicing and disposal while protecting vulnerable households consistent with the Code of Conduct established by the Bank of Greece. The authorities will establish by law a Debt Information network and Debt Information Centre, providing legal and economic debt advising.

By end-November 2015 **(key deliverable)**, the Government will strengthen the institutional framework to facilitate NPL resolution, including (i) improving the judicial framework for corporate and household insolvency matters by adopting appropriate legal instruments to establish specialized chambers both for household and corporate insolvency cases and appointing and training an adequate number of additional judges (based on targeted caseload) and judicial staff for both corporate and household insolvency cases; (ii) establishing of a Credit and Wealth Bureau as an Independent Authority that will identify lenders payment capabilities for the facilitation of banking institutions, (iii) amending the out-of-court workout law so as to encourage debtors to participate while ensuring fairness among private and public creditors; (iv) fully operationalising the specialist chambers for corporate insolvency within courts. The Government will establish a permanent social safety net, including support measures for the most vulnerable debtors and differentiating between strategic defaulters and good-faith debtors. The HFSF in consultation with BoG will identify mechanisms and processes to accelerate NPL resolution. The HFSF will nominate an executive board member and an internal team dedicated to the new objective of facilitating banks' NPL resolution. The Bank of Greece will engage a single special liquidator to ensure individual liquidators are delivering effectively against operational targets. Performance based remuneration scheme will be introduced for all special liquidators in consultation with the HFSF in order to maximise recovery.

By December 2015 **(key deliverable)** the authorities will (i) introduce coordination mechanisms to deal with debtors with large public and private debts firstly by segmenting commercial debtors with large public debts according to viability status and secondly by adopting legislation to facilitate fast-track liquidation of unviable entities by end-March 2016 and completion of the clean-up process by end-December 2016; (ii) adopt the necessary

legal instruments setting out the applicable framework and rules for the insolvency administrator profession (including the manner of professional organization, qualification requirements, procedures enabling effective accreditation, powers and responsibilities, manner of appointment and dismissal, supervision and monitoring, sanction and liability provisions, and the fee structure) .

By end-February 2016 (**key deliverable**), upon receiving banks' proposals, the Bank of Greece will agree with banks on operational targets for NPL resolution including for example loan restructuring, and the creation of joint ventures. Banks will report quarterly from June 2016 to the BoG against key performance indicators (KPIs). The HFSF will also apply NPL resolution performance criteria to banks' management against operational targets agreed between banks and the Bank of Greece. The HFSF will present and implement an NPL resolution action plan to enhance coordination among banks and accelerate the restructurings of the large corporates, and if needed jointly tackle entire economic sectors.

By end-March 2016, the Bank of Greece will revise the Code of Conduct for debt restructuring guidelines to deal with groups of borrowers (e.g.: SMEs) on the basis of clear criteria to segment retail portfolios and introduce in coordination with the HFSF fast-track mechanisms including standardized assessment templates, restructuring contracts, and workout solutions.

By end-June 2016, the authorities commit to assess the effectiveness of the insolvency legal and institutional framework and introduce any necessary amendments.

Governance of the HFSF

The independence of the HFSF will be fully respected and its governance structure reinforced, with a view to preventing any political interference in its management or activities.

By mid-October 2015 (**key deliverable**), the HFSF law will be amended so as to (i) bring the law in line with the BRRD transposition and the new recapitalization framework to be developed (ii) to reinforce the HFSF's governance arrangements in line with the Euro Summit statement especially by changing the selection and appointment process and in particular, (a) a new procedure for the selection and appointment of members in the Executive Board and General Council will be designed by end September 2015 which will imply a greater role for the Institutions than in the past; (b) a Selection Panel will be set up, composed of six independent expert members, of which three appointed by the EU institutions - including the chairman with a casting vote in the event of a tie - , and three appointed by the authorities (two by the Ministry of Finance and one by the Bank of Greece). The Ministry of Finance, the Bank of Greece, the European Commission, the ECB and the ESM will each have an observer to the Selection Panel. The Selection Panel will be assisted by an international recruitment consultant selected by the Panel; (c) the Minister of Finance will nominate from the candidates shortlisted by the Panel; (d) the Panel will also define the remunerations and other conditions of employment including evaluation and dismissal process. The Law will also ensure that (i) that remuneration and other conditions of employment are competitive so to attract high-quality international candidates for HFSF management positions; (ii) to include powers, criteria and procedures for the HFSF to review and change - if needed – the boards and committees of banks under its control; (iii) to increase transparency and accountability of the HFSF through annual publication of

strategies and semi-annual reporting of performance against key objectives; and (iv) include, among the HFSF objectives, the facilitation of banks' NPL management.

By end-March 2016, to increase HFSF transparency and accountability, the HFSF will publish an operational strategy annually and, starting from June 2016, report on performance against this strategy semi-annually.

Governance of banks

The Government will not intervene in the management, decision-making and commercial operations of banks, which will continue to operate strictly in accordance with market principles. The board members and senior management of the banks will be appointed without any interference by the Government. These appointments will be made in line with EU legislation and best international practices, taking into account the specific rules in the HFSF law as regards the rights of the private shareholders who participated in the banks' capital increases under the existing framework. The HFSF ensures through the amended Relationship Framework Agreements (RFAs) that as of the financial year of 2016 the external auditors' contracts with the banks can be to a maximum of five consecutive years.

By end-February 2016 (**key deliverable**), the HFSF with the help of independent international consultant will introduce a program to review the boards of the banks in which the RFAs apply. This review will be in line with prudent international practices by applying criteria that go beyond supervisory fit and proper requirements. By end-June 2016, following the review by the HFSF of the board members along the process described above, members may be replaced in a manner that ensures banks' boards include at least three independent international experts with adequate knowledge and long-term experience in relevant banking and with no affiliation over the previous ten years with Greek financial institutions. These experts will also chair all board committees.

By October 2015, the need for any measures, in addition to those indicated above, will be explored to ensure that bank governance is sufficiently strengthened to be fully independent and in line with international best practice.

4. Structural policies to enhance competitiveness and growth

4.1 Labour market and human capital

In recent years, major changes have been made to Greek labour market institutions and wage bargaining systems to make the labour market more flexible. The Greek authorities are committed to achieve EU best practice across labour market institutions and to foster constructive dialogue amongst social partners. The approach not only needs to balance flexibility and fairness for employees and employers, but also needs to consider the very high level of unemployment and the need to pursue sustainable and inclusive growth and social justice. The government has committed as a **prior action** to reverse the legislation of the after-effect of agreements legislated in art 72 of 4331/2015 of 2 July 2015.

Review of labour market institutions. The Government will launch by October 2015 a consultation process led by a group of independent experts to review a number of existing labour market frameworks, including collective dismissal, industrial action and collective

bargaining, taking into account best practices internationally and in Europe. Further input to the consultation process described above will be provided by international organisations, including the ILO. The organization, terms of reference and timelines shall be agreed with the institutions. Following the conclusion of the review process, the authorities will bring the collective dismissal and industrial action frameworks and collective bargaining in line with best practice in the EU. No changes to the current collective bargaining framework will be made before the review has been completed. Changes to labour market policies should not involve a return to past policy settings which are not compatible with the goals of promoting sustainable and inclusive growth.

Undeclared work. By December 2015, the authorities will adopt an integrated action plan **(key deliverable)** to fight undeclared and under-declared work in order to strengthen the competitiveness of legal companies and protect workers as well as raise tax and social security revenues. This will include improved governance of the labour inspectorate and specify technical assistance. As a first step, the authorities will link the tax, ERGANI and social security fund reporting framework to detect undeclared work.

Vocational training. Furthermore, consistent with the 2016 budget and to deliver the modernisation and expansion of vocational education and training (VET), and on the basis of the reform adopted in 2013 (Law 4186/2013), the Government will by December 2015 **(key deliverable)**: (i) legislate a modern quality framework for VET/Apprenticeships, (ii) set up a system to identify skills needs and a process for upgrading programs and accreditation, (iii) launch pilots of partnerships with regional authorities and employers in 2015-16 and (iv) provide an integrated implementation plan from the Ministry of Labour, the Ministry of Education, and OAED to provide the required number of apprenticeships for all vocational education (EPAS and IEK) students by 2016 and at least 33% of all technical secondary education (EPAL) students by 2016-2017; (v) ensure a closer involvement of employers and a greater use of private financing. Regional public-private partnerships will be run during the academic year 2015-16.

Capacity building. Over the medium term, the capacity of the Ministry of Labour will be strengthened in terms of policy formulation, implementation and monitoring in order to increase its ability to deliver welfare reforms, active labour market policies, and achieve the front-loading of the Structural Funds. This will include improving the public employment services through the completion of the re-engineering of OAED. Existing labour laws will be streamlined and rationalised through the codification into a Labour law Code by end 2016 **(key deliverable)**.

Technical assistance. For the effective implementation of the reform agenda, including labour market reform, VET and capacity building of the Ministry of Labour, the authorities will use technical assistance, benefiting *inter alia* from expertise of international organisations such as the OECD and the ILO.

Education. The authorities will ensure further modernization of the education sector in line with the best EU practices, and this will feed the planned wider Growth Strategy. The authorities with the OECD and independent experts will by April 2016 prepare an update of the OECD's 2011 assessment of the Greek education system. This review will cover all levels of education, including linkages between research and education and the collaboration between universities, research institutions and businesses to enhance

innovation and entrepreneurship (see also section 4.2). *Inter alia*, the review will assess the implementation of the 'new school' reform, the scope for further rationalisation (of classes, schools and universities), functioning and the governance of higher education institutions, the efficiency and autonomy of public educational units, and the evaluation and transparency at all levels. The review shall propose recommendations in line with best practices in OECD countries.

Based on the recommendations of the review, the authorities will prepare an updated Education Action Plan and present proposals for actions no later than May 2016 to be adopted by July 2016, and where possible measures should enter into force in time for 2016/2017 academic year. In particular, the authorities commit to align the number of teaching hours per staff member, and the ratios of students per class and pupils per teacher to the best practices of OECD countries to be achieved at the latest by June 2018. The evaluation of teachers and school units will be consistent with the general evaluation system of public administration. The authorities will ensure a fair treatment of all the education providers, including privately owned institutions by setting minimum standards.

4.2 Product markets and business environment

More open markets are essential to create economic opportunities and improve social fairness, by curtailing rent-seeking and monopolistic behaviour, which has translated into higher prices and lower living standards. In line with their growth strategy, the authorities will intensify their efforts to bring key initiatives and reform proposals to fruition as well as enrich the agenda with further ambitious reforms that will support the country's return to sustainable growth, attract investments and create jobs.

The authorities will legislate as **prior actions** to:

- i. implement all pending recommendations of the OECD competition toolkit I, except OTC pharmaceutical products, Sunday trade, building material and one provision on foodstuff; and a significant number of the OECD toolkit II recommendations on beverages and petroleum products;
- ii. open the restricted professions of notaries, actuaries, and bailiffs and liberalize the market for tourist rentals;
- iii. eliminate non-reciprocal nuisance charges and align the reciprocal nuisance charges to the services provided;
- iv. reduce red tape, including on horizontal licensing requirements of investments and on low-risk activities as recommended by the World Bank, and administrative burden of companies based on the OECD recommendations, and establish a committee for the inter-ministerial preparation of legislation.

On *competition*, the authorities will by October 2015 implement the remaining recommendations of the OECD toolkit I on foodstuff and of the OECD toolkit II on beverages and petroleum products and launch a new OECD competition assessment in wholesale trade, construction, e-commerce, media and rest of manufacturing. By June 2016, the Government will adopt legislation to address all identified issues in such assessment (**key deliverable**). By December 2015, the authorities will legislate the OECD competition toolkit I recommendation on OTC pharmaceutical products with effectiveness as of June 2016 (**key deliverable**). By June 2016, the authorities will fully adopt the pending OECD toolkit 1 recommendation on building material. The authorities will liberalise Sunday trade following

the forthcoming State Council ruling. The authorities commit to continue with regular competition assessments in additional sectors over the next three years. By October 2015, the authorities will adopt legislation to make the liberalisation of tourist rentals fully effective. The advocacy unit of the Hellenic Competition Commission will be strengthened by twelve additional posts and a review will be conducted with the support of the European Commission and international expertise to ensure that the competition law is in line with EU best practice.

On *investment licensing*, by September 2015, the Government will adopt a roadmap for the investment licensing reform, including prioritization. The authorities will adopt secondary legislation according to this prioritization by June 2016 (**key deliverable**), and proceed with other reforms in line with the roadmap.

On *administrative burden*, by November 2015, the Government will adopt the pending OECD recommendations on environment and fuel trader licenses. In addition, by June 2016, the authorities will further reduce administrative burden, including through one-stop shops for business (**key deliverable**). By June 2016, the Government will fully implement the law on better regulation.

On *competition, investment licensing and administrative burden* the Government will by October 2015 launch an ex-post impact assessment of selected reforms and their implementation and identify by June 2016 the remaining measures needed for their full implementation (**key deliverable**).

On *regulated professions*, in order to remove unjustified and disproportionate restrictions, the Government will submit by October 2015 the Presidential Decree on reserved activities of civil engineers and related professions (**key deliverable**), and will adopt the recommendations of an external advisor by December 2015 (**key deliverable**) and the recommendations of the inter-ministerial committee, based on other recent reports, by February 2016.

On *trade facilitation*, the Government will streamline pre-customs procedures by December 2015. In addition, with the participation of public and private stakeholders, the authorities will update the trade facilitation action plan for the national single window and adopt an export promotion action plan by December 2015 and proceed subsequently with their implementation. The Government will make institutional changes for post-clearance audits and restructure the risk analysis department in line with WCO recommendations by March 2016, and complete the customs reorganisation by September 2016 (**key deliverable**). On anti-smuggling, the authorities will establish three mobile enforcement teams by September 2015, adopt a comprehensive strategy to tackle fuel and cigarette smuggling based on an effective interagency cooperation by December 2015, and fully install the inflow-outflow system in the tax and customs warehouses tanks by June 2016, and will fully equip with scanners the three main international ports by December 2016, (**key deliverable**), ensuring that each of these ports has at least one scanner by March 2016.

On *land use*, by September 2015, the Government will reconvene the inter-ministerial spatial planning committee, with participation of the independent experts. Based on its advice and in agreement with the institutions, the Government will propose in October 2015 a time-bound roadmap for selected improvements of the spatial planning law, including on parts of the land use categories, and for the full adoption of secondary legislation by June 2016 in

order to ensure that the legislation effectively facilitates investment, and streamlines and shortens planning processes while allowing for the necessary safeguards. If there is no agreement on the necessary changes, the 2014 spatial planning law will be fully implemented (**key deliverable**). The authorities will adopt the Presidential Decree on forestry definitions by December 2015 and fully implement the forestry law by July 2016. In addition, the authorities will by February 2016 adopt the legal framework for nationwide cadastral offices on the basis of the business plan, the experience of the two pilot offices and recent technical assistance advice and ensure adequate financial independence and administrative capacity of the cadastral agency (**key deliverable**).

On the link between *education and research and development*, the Greek authorities are committed to launch a comprehensive consultation process following the review of linkages between education and R&D (see under Section 4.1 'Education') with a view to implement recommended best practices. The organization and the timeline for the consultation shall be drawn up by October 2015.

On *agriculture*, the authorities will adopt a competitiveness strategy by December 2015. This will include: a) the improvements in the EU funds absorption; b) measures aiming at improving the marketing of agricultural products, including the immediate reform of market permits to improve consumer access to farm products, the establishment of a Greek foods initiative for exports; to promote and manage export distribution networks, and c) structural reforms introducing a new framework for agricultural co-operatives, encouraging structural reforms that favour young and active farmers , greater aggregation of agricultural exploitation, and a programme to improve resource efficiency in energy use, water management and good agricultural practices financed through EU funds.

On *structural funds*, the authorities will by October 2015 implement in full Law 4314/2014 on European Structural and Investment Funds, adopt all delegated acts indispensable for the activation of the available funds and put in place all ex-ante conditionality.

On *technical assistance*, the authorities intend to launch immediately a request for support in three critical areas: a competition assessment in wholesale trade, construction, e-commerce, media and rest of manufacturing with support of the OECD; the investment licensing reform with support of the World Bank; and a new round of administrative burden reduction. As a next step, with support of technical assistance, the authorities intend to assess the implementation of the reforms in the areas of competition, administrative burden and investment licensing. Furthermore, in order to ensure an effective reform implementation, the authorities will use technical assistance in other areas as needed, including through Commission services, Member State experts, international organisations, and independent consultants. This includes regulated professions, trade facilitation, export promotion, land use, education and R&D, tourism infrastructure, agriculture and structural funds.

4.3. Regulated Network Industries (Energy, Transport, Water)

Energy

The Greek energy markets need wide-ranging reforms to bring them in line with EU legislation and policies, make them more modern and competitive, reduce monopolistic rents

and inefficiencies, promote innovation, favour a wider adoption of renewables and gas, and ensure the transfer of benefits of all these changes to consumers.

As **prior actions**, the authorities will adopt the reform of the gas market and its specific roadmap, leading *inter alia* to full eligibility to switch supplier for all customers by 2018, and notify the reformed capacity payments system (including a temporary and a permanent mechanism) and NOME products to the European Commission.

By September 2015, the authorities will implement a scheme for the temporary and permanent capacity payment system; modify electricity market rules to avoid that any plant is forced to operate below their variable cost, and to regulate according to the final decision of the Council of State on the netting of the arrears between PPC and the market operator; begin implementation of the gas market reform according to the agreed timeline, whilst prioritising distribution tariffs; implement interruptible contracts as approved by the European Commission; revise PPC tariffs based on costs, including replacement of the 20% discount for energy-intensive users with tariffs based on marginal generation costs, taking into account consumption characteristics of customers that affect costs (**key deliverable**).

In September 2015, the authorities will discuss with the European Commission the design of the NOME system of auctions, with the objective of lowering by 25% the retail and wholesale market shares of PPC, and to bring them below 50% by 2020, while having reserve prices that capture generation costs and being fully compliant with EU rules. In case it is not possible to reach an agreement on NOME by the end of October 2015, the authorities will agree with the institutions structural measures to be immediately adopted leading to the same results mentioned above in terms of market shares and timelines (**key deliverable**). In any case, by 2020 no undertaking will be able to produce or import, directly or indirectly, more than 50% of total electricity produced and imported in Greece (legislation to be adopted as **prior action**).

By October 2015, the authorities will: a) take irreversible steps (including announcement of date for submission of binding offers) to privatize the electricity transmission company, ADMIE, unless an alternative scheme is provided, with equivalent results in terms of competition and prospects for investment, in line with the best European practices and agreed with the institutions to provide full ownership unbundling from PPC (**key deliverable**). To this end, the authorities have sent the first proposal to the institutions in August 2015; b) review energy taxation; c) strengthen the electricity regulator's financial and operational independence; d) transpose Directive 27/2012 on energy efficiency adopting the legislation already submitted to Parliament.

By December 2015, the authorities will approve a new framework for the support of renewable energies, while preserving financial sustainability, and for improving energy efficiency, making best use of EU funds, international official financing and private funding. Moreover, they will introduce a new plan for the upgrade of the electricity grids in order to improve performance, enhance interoperability and reduce costs for consumers. The authorities will start the implementation of the roadmap for the implementation of the EU target model for the electricity market, to be completed by December 2017 (**key deliverable**); in this context, the balancing market will be completed by June 2017 (**key deliverable**).

The authorities will make use of technical assistance for designing the new framework on renewable energies and energy efficiency. Other important areas where assistance will be used, both for legislation and for regulation, are the implementation of the gas market reform and the transition to the EU target model for the electricity market.

Water utilities

A stable regulatory regime is key for allowing much needed investment in the water networks and to protect consumers in terms of pricing policies. The Government will, with EU technical assistance, launch by December 2015 the actions needed to implement fully the regulatory framework for water utilities based on the methodology completed by the Special Secretariat of Water in 2014 taking into account the current legal framework; it will also aim to enhance and strengthen further the water regulator in order to enable it to take needed independent regulatory decisions (June 2016, **key deliverable**).

Transport and logistics

On transport and logistics, the authorities will by June 2016 adopt a general transport and logistics master plan for Greece covering all transport modes (road, railways, maritime, air and multi-modal) and a time-bound action plan for the logistics strategy, as well as implementing legislation of the logistics law (**key deliverable**). On maritime transport, by October 2015, the Government will align the manning requirements for domestic services with the one for international lines, while respecting best-practice safe manning principles, and adopt the legislative changes.

The Port regulator will become fully operational by June 2016. The Government will adopt the Presidential Decree setting out the operational structures of the regulator by October 2015 (**key deliverable**). The Government will seek technical assistance to define the tasks of the port regulator, the role of the port authorities, and to prepare its internal regulations and needed laws to be adopted by March 2016 in order to ensure its full functionality.

In support of this reform agenda on network industries, the authorities intend to use technical assistance as needed, including on the strengthening of regulators and on logistics.

4.4 Privatisation

Privatisation can help to make the economy more efficient and to reduce public debt. While the privatisation process has come to a standstill since the beginning of the year, the Government has now committed to proceed with an ambitious privatisation program and to explore all possibilities to reduce the financing envelope, through an alternative fiscal path or higher privatisation proceeds.

To preserve the on-going privatisation process and maintain investor interest in key tenders, the Hellenic Republic commits to proceed with the on-going privatisation programme. The Board of Directors of the HRADF has already approved its Asset Development Plan (ADP) which includes for privatisation assets under HRDAF as of 31/12/2014.

The implementation of this programme aims to generate annual proceeds (excluding bank

shares) for 2015, 2016 and 2017 of EUR 1.4bn, EUR 3.7bn and EUR 1.3bn, respectively.

As **prior action**, and to re-launch the privatisation programme the Government will adopt these measures:

- i. The authorities will endorse the Asset Development plan approved by HRADF on 30/7/2015. The ADP is attached to this Memorandum as annex and constitutes an integral part of this agreement. The ADP will be updated on a semi-annual basis and approved by HRADF; and the Cabinet or KYSOIP will endorse the plan;
- ii. The Government and HRADF will announce binding bid dates for Piraeus and Thessaloniki ports of no later than end-October 2015, and for TRAINOSE ROSCO, with no material changes in the terms of the tenders;
- iii. The authorities will take irreversible steps for the sale of the regional airports at the current terms with the winning bidder already selected;
- iv. The authorities will conclude around 20 selected pending actions identified by HRADF.

The Government commits to facilitate the privatization process and complete all needed Government actions to allow tenders to be successfully executed. In this respect it will complete all actions needed as agreed on a quarterly basis between HRADF, the institutions and the Government. The List of Government Pending Actions has been approved by the Board of Directors of the Hellenic Republic Asset Development Fund and is attached to this Memorandum as an Annex and constitutes an integral part of this agreement.

In line with the statement of the Euro Summit of 12 July 2015, a new independent fund (the "Fund") will be established and have in its possession valuable Greek assets. The overarching objective of the Fund is to manage valuable Greek assets; and to protect, create and ultimately maximize their value which it will monetize through privatisations and other means.

The Fund would be established in Greece and be managed by the Greek authorities under the supervision of the relevant European Institutions. The Fund is expected to fulfil its objective by adhering to international best practices in terms of governance, oversight and transparency of reporting standards, and compliance.

By October 2015 the authorities shall appoint an independent Task Force to identify options and prepare recommendations on the operational goals, structure and governance of the Fund to be created. The Task Force would report by December 2015, and the government, in agreement with the institutions, will take steps to implement the recommendations by March 2016 (**key deliverable**). The mandate and composition of the Task Force would be drawn up by the authorities, in agreement with the European Institutions and in consultation with the Eurogroup. The authorities may request technical assistance on this matter. The mandate of the Task Force will include:

1. Identifying the possible assets which could be part of a new Fund and the best options for their monetization: particular attention would be paid to extracting value from the real estate assets of the Hellenic Republic including those already held by ETAD.
2. Identifying appropriate governance arrangements of the new Fund, including whether there should be specific sub-entities for different types of assets within the

Fund drawing upon, where relevant, the experiences of entities such as Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF) and ETAD; whether such existing entities would be reformed and maintained separate to the Fund, terminated upon conclusion of their mandate, or absorbed into the new Fund.

3. Putting forward a proposal for the transition to the new Fund to ensure continuity from the previous arrangements, including the possible transfer of assets within the Asset Development Plan.
4. According to the Euro Summit Statement the monetization of the assets will be one source to make the scheduled repayment of the new loan of ESM and generate over the life of the new loan a targeted total of EUR 50bn of which EUR 25bn will be used for the repayment of the recapitalization of banks and other assets and 50% of every remaining euro (i.e. 50% of EUR 25bn) will be used for decreasing the debt to GDP ratio and the remaining 50% will be used for investments. The Task Force will identify options and make recommendations on how this will be operationalized.
5. Options for a legislative framework that would be adopted to ensure transparent procedures and adequate asset sale pricing, according to OECD principles and standards on the management of State Owned Enterprises (SOEs) and best international practices. Particular attention will be paid to maximising the value generation of the Fund's assets and to avoid circumstances of asset sales below their fair value.
6. Based on international best practises, assess possible strategies to be designed and executed to monetise the assets through privatisation and other means; and examine options for the professional management of the assets.
7. Examine statistical classification of the new entity in terms of general government classification and in particular the implications for the issuance of debt or guarantees to ensure that these would not burden gross Greek debt or create contingent liabilities for Greek taxpayers.

5. A modern State and Public Administration

5.1. Public administration

The authorities intend to modernise and significantly strengthen the Greek administration, and to put in place a programme, in close collaboration with the European Commission, for capacity-building and de-politicizing the Greek administration.

To this extent, building on the letter sent on July 20th by the authorities to the European Commission, a comprehensive three-year strategy for reform will be defined by December 2015 (**key deliverable**) in agreement with the European Commission, and making the best use of all available technical assistance. The main elements of this strategy will be the reorganisation of administrative structures; rationalisation of administrative processes; optimisation of human resources; strengthening transparency and accountability; e-government; and a communication strategy. Key deliverables will be stronger coordination of policies, better recruitment processes for managers, HR planning to timely assess and fulfil the hiring needs; a fiscally-neutral reform of the wage grid, a modern performance assessment system; strengthening of policy units in key sectors; a substantial upgrade of the role of local government at both tiers with a view to reinforcing local autonomy and rationalising the administrative structures of local authorities; rationalisation of SOEs and

locally-owned enterprises; and modernization of recruitment procedures; improved mobility in the public sector to promote better use of resources.

As **prior actions**, the authorities will align non-wage benefits such as per diems, travel allowances and perks, with best practices in the EU, effective 1 January 2016. By September 2015, the authorities will adopt through legislation the restructuring plan for 'OASA - Transport for Athens' agreed with the institutions (**key deliverable**).

By October 2015, the authorities will reform the unified wage grid, effective 1 January 2016, setting the key parameters in a fiscally neutral manner and consistent with the agreed wage bill targets and with comprehensive application across the public sector, including decompressing the wage distribution across the wage spectrum in connection with the skill, performance, responsibility and position of staff (**key deliverable**); and align leave arrangements with best practices in the EU. By 2018 the current "klados" system will be reformed to have a better articulation of job descriptions that will be reflected in the wage grid. The authorities will adopt legislation by November 2015 to issue all secondary legislation to implement the wage grid reform and by June 2016 to rationalise the specialised wage grids with effect in 2017.

Drawing on international expert advice coordinated by the European Commission, the authorities will: i) by (October 2015), review and start implementation of legislation for selecting managers (**key deliverable**). The selection of new managers will be completed by the end of 2016, with Directors General to be selected by December 2015 and Directors by May 2016. The reform will base recruitment of managers on merit and competence, de-linking technical implementation from political decision, and will also modify the statutes of Secretaries General and other top-tier levels in public entities, including SOEs, in order to provide for de-politicization and better institutional memory, while ensuring effectiveness and appropriate delegation of powers; ii) by November 2015, legislate the new framework for assessing performance of all employees, to build a results-oriented culture.

By October 2015, the authorities will establish, within the new MTFS, ceilings for the wage bill and the level of public employment consistent with achieving the fiscal targets and ensuring a declining path of the wage bill relative to GDP during the period 2016-2019 (**key deliverable**). To this end, the authorities commit to continue the attrition rule in 2016 while the ratio for the years 2017-2019 will be set in the MTFS adopted in October 2015. For following exercises, the attrition rule will be subject to annual revision in the context of the MTFS exercise, for the years following the next (t+2).

By November 2015, the existing Secretariat General for Coordination will be strengthened to ensure effective planning and coordination of governmental work, of legislative initiatives, of monitoring of implementation of reforms, and of arbitrage functions on all policies.

By December 2015, the authorities will introduce a new permanent mobility scheme. The scheme will promote the use of job description and will be linked with an online database that will include all current vacancies. Final decision on employee mobility will be taken by each service concerned. This will rationalize the allocation of resources as well as the staffing across the General Government.

The authorities will continue to identify illegal hires and temporary injunctions, as well as disciplinary cases, and take appropriate enforcement action.

The authorities will engage, with the help of technical assistance, in a programme to improve access to law by the citizen. This includes a long term plan of codification of the main legislations which will be proposed by March 2016 and fully implemented by June 2018. The programme also includes the creation of an electronic portal giving access to legislation, both in the form published in the Gazette (FEK form) and in the consolidated version of the various provisions by December 2016.

5.2 Justice

The authorities have adopted on 22 July 2015 the new Code of Civil Procedure, which will become effective as of 1 January 2016. The authorities will implement the revised Code of Civil Procedure, in accordance with the requirements set out in the transitional provisions of Article 1 (Ninth Article) of Law 4335/2015 and the roadmap for the implementation of the revised Code of Civil Procedure to be finalized by September 2015.

The authorities will rationalise and introduce a selective increase of court fees, as well as increase transparency in this regard (October 2015). The authorities will propose measures to ensure access to justice by vulnerable persons (December 2015).

The authorities will propose measures to reduce the backlog of cases in administrative courts by September 2015 and in civil courts by October 2015; they will agree on an action plan with European institutions including technical assistance on e-justice, mediation and judicial statistics (October 2015).

The authorities will propose by November 2015 and subsequently implement a three years strategic plan for the improvement of the functioning of the justice system. The plan should encompass key actions aimed at enhancing judicial efficiency, speeding up judicial proceedings and addressing shortcomings in the functioning of courts such as, but not limited to, collecting information on the situation of the courts, computerization, developing alternative means for dispute resolution, such as mediation, rationalizing the cost of litigation and improving in court functioning and court management.

5.3 Anti-corruption

The authorities will as a **prior action** update and publish a revised Strategic Plan against corruption; and they will implement it according to its timeline.

The authorities will adopt by October 2015 legislation insulating financial crime and corruption investigations from political intervention in individual cases in particular by amending the provisions of article 12 of the law 4320/2015 and by setting up a system to ensure proper coordination, prioritization of investigations and sharing of information between investigation bodies through a Coordinating Body Chaired by Finance and Corruption Prosecutors.

The authorities will amend and implement the legal framework for the declaration of assets (October 2015) and the financing of the political parties on key weaknesses such as the

composition of the committee common to both legislation, the anonymous donations, limitation on seizures and transferability of public financing and absence of definition of tax deductibility rates (November 2015); the authorities will conduct an assessment of the reduction of penalties for financial crimes provided by law 4312/2014, and amend it if needed (November 2015); they will adopt a draft code of conduct for members of Parliament (March 2016).

The Government commits to implementing fully and timely the GRECO recommendations.

The authorities will continue to pursue technical assistance with the European Commission SRSS in the fields of anti-corruption where it was already provided.

5.4 Statistics

The Government will fully honour the Commitment on Confidence in Statistics signed in March 2012 by implementing all envisaged actions, including respecting international statistical standards; guaranteeing, defending and publicly promoting the professional independence of ELSTAT; and supporting ELSTAT in upholding confidence in Greek statistics and defending them against any efforts to undermine their credibility, as well as reporting annually to the Hellenic Parliament and to the European Commission.

Government fully respects the independence of ELSTAT in carrying its tasks and providing high quality statistics. In this regard it respects the financial independence of ELSTAT, and provides all the necessary resources in a timely manner, as approved in the annual budget of ELSTAT, for the agency to complete uninterrupted its tasks.

The Government will ensure that by September 2015 ELSTAT has access to administrative data sources in line with the Art. 17 of Law 4174/2013 amended by 4254/2014 and 4258/2014, and the Memorandum of Understanding signed between ELSTAT, the Ministry of Finance (GSIS), the Secretary General for Public Revenues and IKA signed on 17/04/2014.

The Government as a **prior action** will launch the process for appointing a President of ELSTAT in line with law 4334/2015 and 3832/2010.

ANNEXES

1 – HRDAF - Asset Development Plan – 30 July 2015

2 – HRDAF - Government Pending Actions – 30 July 2015

Auf Arbeitsebene vereinbarter Entwurf - 11. August 2015

Griechenland

Memorandum of Understanding für ein dreijähriges ESM-Programm

1. Ausblick und Strategie

Griechenland hat seine europäischen Partner um Unterstützung ersucht, um zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren, Arbeitsplätze zu schaffen, Ungleichheiten abzubauen und die Risiken für seine eigene und die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets aktiv anzugehen. Dieses Memorandum of Understanding (MoU) wurde anlässlich eines Ersuchens um Stabilitätshilfe in Form eines Darlehens mit einem Bereitstellungszeitraum von drei Jahren der Hellenischen Republik an den Vorsitz des Gouverneursrats des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vom 8. Juli 2015 ausgearbeitet. In Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 3 ESM-Vertrag sind in ihm die Auflagen im Einzelnen aufgeführt, die mit der den Zeitraum 2015 bis 2018 abdeckenden Finanzhilfefazilität verbunden sind. Die Auflagen werden vierteljährlich aktualisiert, wobei die im vorangegangenen Vierteljahr erzielten Reformfortschritte berücksichtigt werden. In jeder Überprüfung werden die konkreten politischen Maßnahmen und anderen Instrumente zur Verwirklichung der hier skizzierten allgemeinen Ziele in allen Einzelheiten und mit Zeitplan umfassend präzisiert.

Notwendige Vorbedingung für den Erfolg ist die Identifikation der griechischen Behörden mit dem Programm der Reformagenda. Die Regierung ist daher bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die im Falle geänderter Umstände hierfür gegebenenfalls erforderlich werden. Die Regierung verpflichtet sich, alle zur Verwirklichung der Ziele des Memorandum of Understanding erheblichen Maßnahmen mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zu beraten und zu vereinbaren, bevor sie ausgearbeitet und rechtsgültig verabschiedet werden.

In der Konsolidierungsstrategie wurde der Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und Fairness innerhalb der und zwischen den Generationen Rechnung getragen. Fiskalische Zwänge haben schwierige Entscheidungen erforderlich gemacht. Daher ist es wichtig, dass die Last der Anpassung von allen Teilen der Gesellschaft getragen und die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Der Schwerpunkt wurde auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung, des Steuerbetrugs und der strategischen Säumigkeit gelegt, da durch diese Praktiken ehrliche Bürger und Unternehmen belastet werden, die ihre Steuern und Darlehen fristgerecht zahlen. Mit Produktmarktreformen sollen die Gewinne unterbunden werden, die Gruppen mit althergebrachten Ansprüchen zufließen, denn durch höhere Preise unterminieren diese das verfügbare Einkommen von Verbrauchern und schaden der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Bei den Rentenreformen liegt der Fokus auf Maßnahmen zur Beseitigung von Befreiungen und

Abschaffung der Frühverrentung. Die Behörden werden in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern Maßnahmen zur Schaffung von 50.000 neuen Arbeitsplätzen insbesondere für Langzeitarbeitslose einleiten, um die Menschen wieder in Arbeit zu bringen und die Zementierung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Eine gerechtere Gesellschaft setzt voraus, dass Griechenland die Struktur seines Sozialsystems verbessert, so dass ein echtes soziales Sicherungssystem vorhanden ist, das die knappen Mittel denen zukommen lässt, die sie am dringendsten benötigen. Die Behörden beabsichtigen, verfügbare technische Hilfe internationaler Organisationen bei Maßnahmen in Anspruch zu nehmen, mit denen alle (auch die unversicherten Personen) Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten, und ein Basissystem der sozialen Sicherung in Form eines garantierten Mindesteinkommens (Guaranteed Minimum Income; GMI) einzuführen.

Die Umsetzung der Reformagenda wird die Grundlage für eine nachhaltige Erholung schaffen und die Maßnahmen sind vier Säulen zuzuordnen:

- Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (Abschnitt 2). Griechenland strebt einen mittelfristigen Primärüberschuss von 3,5 % des BIP an, der erzielt werden soll mit einer Kombination aus unmittelbaren parametrischen Haushaltsreformen, auch betreffend sein Umsatzsteuer- und Rentensystem, die durch ein ehrgeiziges Programm zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit und der öffentlichen Haushaltsführung sowie zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt werden, wobei ein angemessener Schutz von Randgruppen sichergestellt wird.
- Sicherung der Finanzstabilität (Abschnitt 3). Griechenland wird unverzüglich Schritte bezüglich der notleidenden Kredite (Non-Performing Loans; NPLs) unternehmen. Ein Verfahren der Banken-Rekapitalisierung, das von Begleitmaßnahmen zur Stärkung der *Governance* des Hellenischen Finanzstabilisierungsfonds (Hellenic Financial Stability Fund; HFSF) sowie von Banken flankiert ist, sollte vor Ende 2015 abgeschlossen sein.
- Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionstätigkeit (Abschnitt 4): Griechenland wird ein breites Spektrum an Reformen in den Arbeits- und Produktmärkten (einschließlich des Energiemarkts) ausarbeiten und umsetzen, die nicht nur die EU-Vorgaben uneingeschränkt erfüllen, sondern auch das Erreichen europäischer bewährter Verfahren zum Ziel haben. Ein ambitioniertes Privatisierungsprogramm und Maßnahmen zur Investitionsförderung sind vorgesehen.
- Ein moderner Staat und eine moderne öffentliche Verwaltung (Abschnitt 5) sollten ein zentraler Schwerpunkt des Programms ein. Besondere Aufmerksamkeit sollte darauf gelegt werden, die Effizienz des öffentlichen Sektors bei der Bereitstellung unentbehrlicher öffentlicher Güter und Dienste zu steigern. Maßnahmen werden ergriffen, um die Effizienz des Rechtssystems zu verbessern und die Korruptionsbekämpfung auszubauen. Durch Reformen werden die institutionelle und die operationelle Unabhängigkeit wichtiger Institutionen, wie beispielsweise der Finanzverwaltung und der Statistikbehörde ELSTAT, gestärkt.

Notwendige Vorbedingung für den Erfolg ist die tragfähige Umsetzung vereinbarter Maßnahmen über viele Jahre hinweg. Hierzu ist politischer Wille erforderlich, aber auch die fachliche Fähigkeit der griechischen Verwaltung zur Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Behörden haben sich verpflichtet, die verfügbare technische Hilfe umfassend zu nutzen, die auf europäischer Seite vom neuen Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (Structural Reform Support Service; SRSS) der Europäischen Kommission koordiniert wird. Technische Hilfe steht bereits für einige zentrale Reformzusagen bereit, darunter die Steuerpolitik, die Reform der Steuerverwaltung, die Überprüfung der Sozialfürsorge und die Modernisierung des Rechtssystems. Die Behörden sind bestrebt, bereits vorhandene Projekte für technische Hilfe rasch auszubauen, um Reformen zu unterstützen wie die OECD-Wettbewerbsbewertung, die Weltbank-Investmentlizenzierung (*World Bank investment licensing*), das Gesundheitswesen, die Überarbeitung der Einkommensteuer, die Unabhängigkeit der Steuerbehörden, den Abgleich und die Beitreibung von Sozialversicherungs- und Steuerschulden und die Reform der öffentlichen Verwaltung. In Betracht kommt zudem die Einrichtung von Projekten für technische Hilfe in Bereichen wie Energiepolitik, Arbeitsmarktmaßnahmen, darunter das Vorgehen gegen nicht angemeldete Erwerbstätigkeit, und Kodifizierung der griechischen Gesetzessammlung. Die griechischen Behörden werden bis Ende September 2015 einen mittelfristigen Plan für technische Hilfe mit der Europäischen Kommission fertigstellen.

Griechenland muss auf die vereinbarte Konsolidierungsstrategie aufbauen und eine echte Wachstumsstrategie entwickeln, mit der Griechenland sich identifiziert und die unter griechischer Führung steht. Hierbei sollte den in diesem MoU enthaltenen Reformen, maßgeblichen Initiativen der Europäischen Union, der Partnerschaftsvereinbarung für die Umsetzung des einzelstaatlichen strategischen Rahmenplans (National Strategic Reference Framework; NSRF) und anderen bewährten Verfahren Rechnung getragen werden. Griechenland muss von den erheblichen Mitteln in vollem Umfang profitieren, die der EU-Haushalt und die EIB zur Unterstützung von Investitionen und Reformanstrengungen zur Verfügung stellen. Im Zeitraum 2007-2013 standen Griechenland Zuschüsse aus EU-Programmen in Höhe von 38 Mrd. EUR zu, und es sollte von den derzeit verbleibenden Beträgen aus diesem Paket profitieren. Im Zeitraum 2014-2020 stehen Griechenland aus EU-Mitteln über 35 Mrd. EUR zu. Um eine möglichst umfassende Inanspruchnahme zu erzielen, wird der Investitionsplan für Europa der Europäischen Kommission eine zusätzliche Investitionsquelle sowie technische Hilfe für öffentliche und private Investoren zwecks Ermittlung, Förderung und Entwicklung hochwertiger und durchführbarer Finanzierungsprojekte bereitstellen. Die griechischen Behörden können technische Hilfe zur Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie anfordern, die unter anderem auf die Schaffung eines attraktiveren Geschäftsumfelds, die Verbesserung des Bildungssystems und den Ausbau des Humankapitals durch berufliche Aus- und Weiterbildung, die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von Innovation zielen könnte. Hilfreich könnte zudem die Ausarbeitung sektoraler Prioritäten in Bereichen wie Tourismus, Transport und Logistik sowie Agrikultur sein. Die Behörden streben die Fertigstellung der Wachstumsstrategie bis März 2016 in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Wissenschaftlern und internationalen Organisationen an. Mit der Strategie sollte zudem die Notwendigkeit der Koordinierung der ehrgeizigen Reformagenda, der Stärkung des vorhandenen Generalsekretariats für Koordinierung und gegebenenfalls der Einbindung von Organisationen, die den Privatsektor repräsentieren, angegangen werden.

2. Schaffung tragfähiger Staatsfinanzen zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung

Die Korrektur der übermäßigen Ungleichgewichte bei den Staatsfinanzen in den vergangenen Jahren hat Griechenland und seinen Bürgern beispiellose Anpassungen und Opfer abverlangt. Im Vergleich zum Zeitraum vor der Krise sind die öffentlichen Defizite deutlich zurückgegangen, obwohl Griechenland ohne zusätzliche Maßnahmen 2015 vor einem Primärdefizit von etwa 1,5 Prozent des BIP steht. Die Konsolidierung hat sich auch auf einen radikalen Abbau staatlicher Investitionen und Dienstleistungen gestützt, der schrittweise wieder auf ein normales Niveau zurückgeführt und weiter priorisiert werden muss, um das Wachstumspotenzial zu erhalten.

2.1 Haushaltspolitik

Die griechischen Behörden verpflichtet sich, tragfähige Staatsfinanzen sicherzustellen und mittelfristig erhebliche und nachhaltige Primärüberschüsse zu erzielen, mit denen die Schuldenquote kontinuierlich gesenkt wird. Dementsprechend werden die Behörden einen neuen haushaltspolitischen Kurs verfolgen, der ein Primärüberschussziel von $-\frac{1}{4}$, 0,5, 1 $\frac{1}{4}$ bzw. 3,5 Prozent des BIP für 2015, 2016, 2017 bzw. 2018 und darüber hinaus vorsieht. Die Entwicklung der Haushaltsziele entspricht den angenommenen Wachstumsraten der griechischen Wirtschaft, die sich von ihrer bisher schwersten Rezession erholt.

Die Regierung hat kürzlich eine Mehrwertsteuerreform und die erste Phase der Reform der Rentensysteme verabschiedet, den Körperschaftsteuersatz erhöht, die Anwendung der Luxussteuer ausgedehnt, Maßnahmen ergriffen, um die Körperschaftsteuervorauszahlung (advance corporate income tax) im Jahr 2015 zu erhöhen und bis 2017 schrittweise Vorauszahlungen von 100 % für Personengesellschaften usw. sowie bei der Einkommensteuer von Einzelunternehmen anzuordnen, und den Solidaritätsbeitrag erhöht.

Als **Vorabmaßnahme** wird die Regierung darüber hinaus Rechtsvorschriften mit folgenden Zielen verabschieden:

- *Erhöhung der Einnahmen:* a) schrittweise Abschaffung der Erstattung der Verbrauchsteuer auf Dieselkraftstoff für Landwirte in zwei gleichen Schritten im Oktober 2015 und Oktober 2016, b) Erhöhung der Tonnagesteuer. Die Behörden werden Schritte zur Einleitung der ENFIA-Maßnahme 2015 unternehmen, um im Oktober 2015 Bescheide auszustellen, wobei die letzte Rate im Februar 2016 fällig ist. Darüber hinaus werden sie durch die kürzlich umgesetzten einnahmenseitigen Maßnahmen Korrekturen vornehmen.
- *Einsatz und Begrenzung der Ausgaben:* a) mit sofortiger Wirkung, i) Wiederherstellung der Verschreibung nach internationalem Freinamen (INN) in vollem Umfang, ii) Reduzierung der Preise aller patentfreien Arzneimittel, b) Einleitung der umfassenden Überprüfung der Sozialfürsorge (siehe Abschnitt 2.5.3).
- Das Paket wird weitere Maßnahmen mit Auswirkungen auf den Haushalt umfassen, wie z. B. Reformen der öffentlichen Verwaltung, Reformen zum Abbau der Defizite bei der Steuerbeitreibung und weitere parameterbezogene Maßnahmen, die in anderen Abschnitten dieses Dokuments erläutert werden.

Um ihr Engagement für eine glaubwürdige Haushaltspolitik unter Beweis zu stellen, wird die Regierung im Oktober 2015 Folgendes verabschieden (**zentrale Forderung**): ggf. einen Nachtragshaushalt für 2015, den Haushaltsentwurf für 2016 und eine mittelfristige Haushaltsstrategie für 2016–2019, gestützt von einem umfassenden und glaubwürdigen Paket parameterbezogener Maßnahmen und struktureller Haushaltsreformen einschließlich a) einer zweiten Phase der Rentenreformen (siehe Abschnitt 2.5.1), b) einer Reform des Einkommensteuergesetzes (siehe Abschnitt 2.2.2), c) der schrittweisen Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Landwirten im Einkommensteuergesetz mit einem Satz von 20 % im Rahmen der Maßnahme für 2016 bzw. 26 % im Rahmen der Maßnahme für 2017, während eine Strategie für die Landwirtschaft entwickelt wird, d) einer Steuer auf Fernsehwerbung, e) der Ankündigung einer internationalen öffentlichen Ausschreibung über den Erwerb von Fernsehlicenzen sowie nutzungsbezogene Gebühren für relevante Frequenzen, f) der Ausdehnung der Besteuerung von Brutto-Glücksspieleinnahmen in Höhe von 30 % auf VLT-Glücksspiele, wobei die Einführung voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2015 und im Jahr 2016 erfolgt, g) einer Anhebung des Steuersatzes für Mieteinkünfte, für Jahreseinkommen unter 12.000 EUR auf 15 % (von 11 %) und für Jahreseinkommen über 12.000 EUR auf 35 % (von 33 %), h) der schrittweisen Abschaffung der steuerlichen Sonderbehandlungen für die Schifffahrt, i) der Verlängerung des vorübergehenden freiwilligen Beitrags der Schifffahrtsbranche bis 2018, j) der dauerhaften Reduzierung des Ausgabenplafonds bei den Militärausgaben um 100 Mio. EUR im Jahr 2015 und 400 Mio. EUR im Jahr 2016 mithilfe eines zielgerichteten Maßnahmenbündels, darunter Reduzierungen in den Bereichen Personalbestand und Beschaffung, k) der gezielten Steuerung der Anspruchsvoraussetzungen, sodass die Ausgaben für Heizölsubventionen im Haushalt 2016 halbiert werden.

Neben den vorstehend genannten Maßnahmen verpflichten sich die Behörden, im Oktober 2015 glaubwürdige Strukturmaßnahmen zu erlassen, die 2017 und 2018 wirksam werden und mindestens $\frac{3}{4}$ % des BIP bzw. $\frac{1}{4}$ % des BIP einbringen, um das Erreichen des mittelfristigen Primärüberschussziels von 3,5 % des BIP zu unterstützen. Die Behörden verpflichten sich im Oktober 2016 weitere Strukturmaßnahmen zu ergreifen, sofern diese zur Sicherung der Ziele für 2017 und 2018 erforderlich sind. Dazu zählen die Begrenzung der Verteidigungsausgaben, die geplante PIT-Reform und das Einfrieren gesetzlicher Ausgaben.

Die parameterbezogenen Haushaltsmaßnahmen werden durch ein breites Spektrum an Verwaltungsmaßnahmen unterstützt, um Unzulänglichkeiten in der Steuererhebung und -beitreibung zu beseitigen: Diese Maßnahmen werden erst nach einiger Zeit Früchte tragen, könnten jedoch in Zukunft zu erheblichen Haushaltserträgen führen.

Die griechische Regierung wird die Haushaltsrisiken einschließlich Gerichtsentscheidungen überwachen und ggf. erforderliche Ausgleichsmaßnahmen zur Erreichung der Haushaltsziele einleiten. Die Behörden beabsichtigen mindestens 30 Prozent der über die vereinbarten Ziele hinaus erreichten Überschüsse dem Sonderkonto zur Erfüllung der Schuldendienstverpflichtungen zuzuführen. Zudem würden weitere 30 Prozent der Mehreinnahmen zur Begleichung unbezahlter staatlicher Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit verwendet werden.

2.2 Reform der Steuerpolitik

Die Regierung verpflichtet sich, Reformen der direkten und indirekten Steuern zu verabschieden, um die Effizienz, Beitreibbarkeit und das Arbeitskräfteangebot zu verbessern.

Im Juli 2015 hat die Regierung bereits eine umfassende Mehrwertsteuerreform verabschiedet, um die Mehrwertsteuerstruktur zu vereinfachen, die Steuerbemessungsgrundlage zu erweitern und Befreiungen abzuschaffen und abzubauen, womit jährliche Einnahmen in Höhe von etwa 1 % des BIP erzielt werden.

Die Regierung verpflichtet sich zu folgenden weiteren Reformen:

- i. Als **Vorabmaßnahme** wird die Regierung a) die durch das Vorauszahlungsgesetz (Gesetz 4321/2015) eingeführte Quellensteuer auf grenzüberschreitende Erträge abschaffen und die in den Gesetzen 4328/2015 und 4331/2015 eingeführten jüngsten Änderungen des Einkommensteuergesetzes aufheben, b) klarstellen, dass die Mehrwertsteurrabatte für Inseln bis Ende 2016 vollständig abgeschafft werden, und die Übergangsregelungen festlegen.
- ii. *Steuergesetze:* Verabschiedung ausstehender Reformen der Steuerverfahrensgesetze bis September 2015: a) Einführung neuer strafrechtlicher Bestimmungen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, um das Sonderstrafgesetz 2523/1997 und andere einschlägige Rechtsvorschriften zu ändern, und Ersetzung von Artikel 55 Absätze 1 und 2 des Steuerverfahrensgesetzes mit dem Ziel, u. a. die Definition von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu modernisieren und auf alle Steuerarten auszuweiten, Abschaffung aller Geldbußen gemäß dem Gesetz über die Buchführung (Code of Books and Records), einschließlich derjenigen, die gemäß dem Gesetz 2523/1997 erhoben werden b) Veröffentlichung eines Rundschreibens zu Bußgeldern, um die umfassende und einheitliche Anwendung des Steuerverfahrensgesetzes sicherzustellen c) Sicherstellung angemessener Geldstrafen für einzelne Verstöße gegen das Rechnungslegungsgesetz; Verstöße in Verbindung mit der Nichtausstellung oder falschen Ausstellung von Einzelhandelsquittungen gelten als einzelner, jedoch schwerer MwSt.-Verfahrensverstoß (**zentrale Forderung**). Die Behörden werden bis Februar 2016 eine umfassende Prüfung der verbleibenden Steuergesetze vornehmen, die im Widerspruch zum Einkommensteuer- und Steuerverfahrensgesetz stehen, und diese Gesetze ggf. integrieren sowie bis März 2016 sämtliche sekundärrechtlichen Vorschriften zur Umsetzung des Einkommensteuer- und Steuerverfahrensgesetzes erlassen.
- iii. *Einkommensteuer:* Bis Oktober 2015 wird die Regierung a) das System der Steuerfreibeträge bei den Privateinkommen vereinfachen, b) den Solidaritätsbeitrag für Einkünfte ab 2016 neugestalten und in das Einkommensteuergesetz einbinden, um auf wirksamere Art und Weise eine Progressivität im Einkommensteuersystem zu erzielen, c) sämtliche Anreize bei der Einkommensteuer von Unternehmen ermitteln und die Steuerbefreiungen in das Einkommensteuergesetz einbinden, wobei die als ineffizient oder ungerecht

Anlage 2 a
BMF-Beschlussantrag

geltenden Anreize abgeschafft werden, d) das Gesetz über öffentliche Einnahmen (KEDE) einschließlich Verfahren der Steuerverwaltung für den Zwangsverkauf von Vermögenswerten bei öffentlichen Auktionen prüfen und reformieren, e) sicherstellen, dass die Steuerverwaltung einen ausreichenden Zugang zu den Räumlichkeiten von Steuerpflichtigen für Zwecke der Durchführung fristgerechter Prüfungen und für Vollstreckungszwecke hat, f) den Rahmen für die Vermögensbesteuerung überprüfen und die steuerlichen Rahmenbedingungen für gemeinsame Anlageinstrumente und deren Beteiligte in Übereinstimmung mit dem Einkommensteuergesetz und im Einklang mit den in der EU geltenden bewährten Verfahren ausarbeiten, g) die Quellensteuer auf technische Dienstleistungen überprüfen, h) im Hinblick auf eine Überarbeitung der gebietsbezogenen Immobilienwerte die Vermögensteuersätze ggf. anpassen, um 2016 Vermögensteuereinnahmen von mindestens 2,65 Mrd. EUR sicherzustellen, und die alternative Mindestbesteuerung von Privateinkommen anpassen, i) die Anwendung der alternativen Mindeststeuer überprüfen (und etwaige Rückschritte korrigieren), j) Möglichkeiten zur Umgehung der Einkommensteuer beseitigen und k) die Definition des Begriffs des Landwirts enger fassen (**zentrale Forderung**).

- iv. *Mehrwertsteuer*: Bis März 2016 werden die Behörden a) das Mehrwertsteuerrecht kodifizieren und vereinfachen und es an das Steuerverfahrensgesetz anpassen, wobei noch vorhandene Schlupflöcher gestopft und die Fristen für die Entrichtung der Mehrwertsteuer verkürzt werden, b) das Einkommensteuersystem vereinfachen und die Kontinuität der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge kleiner Unternehmen unterhalb der Schwelle für die mehrwertsteuerliche Erfassung gewährleisten, c) das Körperschaftsteuergesetz zu Fusionen und Übernahmen sowie Reservekonten von Unternehmen innerhalb des Einkommensteuergesetzes modernisieren und die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes zu grenzüberschreitenden Transaktionen und Verrechnungspreisgestaltungen umsetzen (**zentrale Forderung**).
- v. *Vermögensteuer*: Bis September 2016 werden die Behörden sämtliche Schätzwerte von Immobilien an die Marktwerte anpassen (mit Wirkung vom Januar 2017). Bis zu diesem Datum werden alle Eigentumsanteile mit den Angaben zu einzelnen Liegenschaften im Grundbuch verglichen (**zentrale Forderung**).

2.3. Reformen der Steuerverwaltung

Die Fähigkeit zur Erhebung von Steuereinnahmen wird schon seit langem durch komplizierte Rechtsvorschriften, mangelhafte Verwaltung, politische Einflussnahme und großzügige Amnestien bei gleichzeitig chronisch geringem Beitreibungsniveau beeinträchtigt. Um diese Praxis zu beenden und die Zahlungsdisziplin bei Steuern und Sozialabgaben zu verbessern, verpflichtet sich die Regierung nachdrücklich, konsequente Maßnahmen zur Verbesserung der Steuererhebung zu ergreifen und weder neue Teilzahlungs- oder sonstige Amnestie- oder Vergleichsregelungen einzuführen noch bestehende Regelungen zu verlängern.

Als **Vorabmaßnahme** erlässt die Regierung Rechtsvorschriften zur a) Abschaffung der 25%-Obergrenze auf Gehälter und Renten bei Pfändungen und Senkung sämtlicher Pfändungsgrenzen von 1.500 EUR unter Gewährleistung angemessener Lebensbedingungen in allen Fällen, b) Änderung der Steuer- und Sozialabgaben-Teilzahlungsregelungen für 2014-15 mit dem Ziel, sämtliche säumigen Schuldner davon auszuschließen, die Steuer- und Sozialversicherungsverwaltung zu verpflichten, die Dauer für die Personen, die früher zahlen können, zu verkürzen und unter gezieltem Schutz für prekäre Schuldner (mit Schulden unter 5.000 EUR) marktgestützte Zinssätze einzuführen, c) Änderung der Basisteilzahlungsregelung (TPC), um die Marktzinssätze anzupassen und bis Ende 2017 Überprüfungen durch Dritte und Anforderungen an Bankgarantien auszusetzen, d) beschleunigten Beschaffung einer Software zur Mehrwertsteuer-Netzwerkanalyse und weiteren Automatisierung der Betreuung, u. a. mit voll automatisierten Pfändungsverfahren, e) unmittelbaren Übertragung aller steuer- und zollbezogenen Kapazitäten und Aufgaben sowie aller steuer- und zollbezogenen Beschäftigten der SDOE und anderer Stellen auf die Finanzverwaltung; alle seit dem Gesetz 4321/2015 von der SDOE erstellten nicht bewerteten Prüfberichte gelten als ausführliche Datenblätter für die Steuerverwaltung.

Die Behörden verpflichten sich, gegenüber Schuldnern, die ihre Teilzahlungen oder laufenden Verpflichtungen nicht fristgerecht leisten, unverzüglich Vollstreckungsmaßnahmen einzuleiten. Die Behörden werden keine neuen Teilzahlungs- oder sonstige Amnestie- oder Vergleichsregelungen einführen oder bestehende Regelungen, beispielsweise durch Fristverlängerung, ändern.

Des Weiteren werden die Behörden unter Inanspruchnahme technischer Hilfe

- i. *die Steuerdisziplin verbessern:* So wird die Regierung bis Oktober 2015 a) einen voll ausgearbeiteten Plan zur Erhöhung der Steuerehrlichkeit verabschieden, b) zusammen mit der griechischen Notenbank und dem Privatsektor einen Kostenplan zur Förderung der verstärkten Nutzung elektronischer Zahlungsmittel und Rückführung von Barzahlungen aufstellen, der ab März 2016 umgesetzt werden soll, c) eine Aufstellung der seit über drei Monaten säumigen Steuer- und Sozialabgabenschuldner veröffentlichen;
- ii. *die Steuerhinterziehung bekämpfen:* Die Behörden werden bis November 2015 einen umfassenden Plan zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung anhand einer wirksamen behördenübergreifenden Zusammenarbeit erstellen, der u. a. Folgendes vorsieht: a) Ermittlung von Schwarzgeldkonten durch die Prüfung von Banktransaktionen bei Banken in Griechenland und im Ausland, b) Einführung eines Selbstanzeigeprogramms mit geeigneten Sanktionen, Anreizen und Kontrollverfahren gemäß international bewährten Verfahren und ohne Amnestieregelungen, c) Ersuchen an EU-Mitgliedstaaten um Übermittlung von Daten zu Vermögensbesitz und -erwerb durch griechische Bürger, d) erneutes Ersuchen um technische Hilfe für die Steuerverwaltung sowie vollständige Inanspruchnahme der Ressourcen im Kapazitätsaufbau, e) Aufbau eines Vermögensregisters zur besseren Überwachung, f) Verabschiedung gesetzlicher Regelungen zur Bekämpfung des Treibstoffschmuggels durch die Lokalisierung von (stationären oder mobilen) Speichertanks, g) Einrichtung einer Datenbank zur Überwachung der Bilanzen von Mutter-/Tochter-Gesellschaften zur Verbesserung der Risikoanalyse-Kriterien bei Verrechnungspreisgestaltungen;

- iii. *vorrangig Maßnahmen zur Sicherung beitreibarere Steuern ergreifen*: Die Behörden werden bis September 2015 den Ministerialbeschluss zur Ausweitung des indirekten Bankkontenregister unterzeichnen, um Finanztransaktionen der letzten 10 Jahre abdecken zu können. Bis Oktober 2015 werden die Behörden – unter Inanspruchnahme der technischen Hilfe – die Beschränkungen bei der Durchführung von Prüfungen von Steuererklärungen im Rahmen der Regelung über externe Steuerbescheinigungen abbauen. Bis November 2015 werden die Behörden Maßnahmen zur Prioritätensetzung bei Steuerprüfungen anhand von Risikoanalysen statt wie derzeit nach zeitlicher Fälligkeit (d. h. Jahr der Abschreibung) ergreifen;
- iv. *die Beitreibung von Steuerforderungen verbessern*: Um die Beitreibung von Steuerforderungen zu verbessern, werden die Behörden bis Oktober 2015 Folgendes tun (**zentrale Forderung**): a) Verbesserung der Abschreibungsregeln für uneinbringliche Steuerforderungen, b) Abschaffung der persönlichen Haftung von Steuerbeamten bei der Nichtverfolgung von Altschulden, c) Vorlage und Umsetzung einer nationalen Beitreibungsstrategie im Jahr 2016, einschließlich weiterer Automatisierung der Beitreibung und bis November d) Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen zur fristgerechten Beitreibung der Bußgelder für unversicherte oder die Kfz-Inspektionspflicht verletzende Fahrzeuge sowie der Abgaben für die unerlaubte Nutzung von Frequenzen, e) Erlass von Rechtsvorschriften zur Aussonderung uneinbringlicher Sozialabgaben und f) Verbesserung der Abschreibungsregeln für uneinbringliche Sozialabgabenforderungen sowie g) Beitreibung von Vorauszahlungen bei Steuerstreitigkeiten, sofern gesetzlich möglich;
- v. *die Beitreibung von Sozialabgaben verbessern*: Die Behörden werden bis September 2015 a) der für die Beitreibung von Sozialabgaben zuständigen Behörde (KEAO) Zugang zum indirekten Bankkontenregister und zu Daten der Steuerverwaltung verschaffen sowie b) eine einheitliche Sozialabgaben-Datenbank schaffen, die sämtliche Sozialversicherungen abdeckt. Die Behörden werden bis Ende Dezember 2016 in Einklang mit der Konsolidierung der Rentenversicherung ein zentrales Beitragszahlerregister schaffen und bis Ende 2017 die Integration der Erhebung der Sozialabgaben in die Steuerverwaltung abschließen;
- vi. *die Mehrwertsteuereinnahmen erhöhen*: Die Behörden werden die Mehrwertsteuererhebung und -beitreibung u. a. durch vereinfachte Verfahren und Maßnahmen zur Bekämpfung des Karussellbetrugs verbessern. Sie werden bis Oktober 2015 Rechtsvorschriften erlassen, um a) Abmeldeverfahren zu beschleunigen und zum Schutz der Mehrwertsteuereinnahmen Wiederanmeldungen einzuschränken sowie b) die erforderlichen sekundärrechtlichen Vorschriften einzuführen, um die Mehrwertsteuer-Betrugsbekämpfungsabteilung spürbar zu stärken und entsprechend umzuorganisieren mit dem Ziel der verstärkten Mehrwertsteuerdisziplin und Bekämpfung von Karussellbetrug. Die Behörden werden dem Mehrwertsteuerausschuss der EU einen Antrag vorlegen und eine Folgenabschätzung zu den Auswirkungen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer-Schwelle auf 25.000 EUR erstellen;

- vii. *die Verwaltungskapazitäten stärken:* Die Behörden werden bis Oktober 2015 die Personalbesetzung der KEAO vollständig sicherstellen, die Kontrollkapazitäten der Sozialversicherungsanstalt (IKA) stärken und die für Großschuldner zuständige Arbeitseinheit (LDU) verstärken, um die Kapazitäten in den Bereichen Abwicklung und Steuererhebung sowie – mit hochqualifizierten Rechtsberatern und Unterstützung einer internationalen unabhängigen Beratungsfirma – zur Beurteilung der Zahlungsfähigkeit von Schuldern zu verbessern. Bis Dezember 2015 wird die LDU eine Klassifizierung gewerblicher Schuldner mit hohen öffentlichen Schulden anhand ihrer Zahlungsfähigkeit vornehmen;
- viii. *die Unabhängigkeit der Finanzverwaltung stärken:* Bis Oktober 2015 werden die Behörden Rechtsvorschriften zur Einrichtung einer autonomen Steuerbehörde erlassen, in denen Folgendes festgelegt wird (**zentrale Forderung**): a) Rechtsform, Organisation, Status und Zuständigkeitsbereich der Behörde, b) die Befugnisse und Aufgaben des Vorstands und des unabhängigen Verwaltungsrats, c) das Verhältnis zum Finanzminister und anderen Regierungsstellen, d) die personelle Flexibilität der Behörde und ihr Verhältnis zum öffentlichen Dienst, e) die Haushaltsautonomie, mit eigener Generaldirektion der Finanzdienste (GDFS) und einer neuen Finanzierungsformel, um Anreize zur Steuererhebung zu schaffen und haushalterische Plansicherheit und Flexibilität zu gewährleisten, sowie f) die Berichterstattung an die Regierung und das Parlament. Die Behörden werden bis Dezember 2015 (**zentrale Forderung**) den Verwaltungsrat benennen und prioritäre sekundärrechtliche Vorschriften (Personalausstattung, Haushalt) des Gesetzes über die autonome Steuerbehörde erlassen, damit diese bis Juni 2016 voll arbeitsfähig ist.

Die Behörden werden die Arbeitsabläufe weiter verbessern, was anhand der zentralen Leistungsindikatoren gemessen wird. Mittelfristig werden die Behörden die Reformen zur Verbesserung der Steuerverwaltung gemäß künftiger Vereinbarungen mit den Institutionen und unter Berücksichtigung der Empfehlungen der von Kommission/IWF erstellten Berichte zur technischen Hilfe fortsetzen.

2.4 Öffentliches Finanz- und Beschaffungswesen

2.4.1 Öffentliches Finanzwesen

Die Behörden verpflichten sich zur Fortsetzung der Reformen, mit denen das Haushaltsverfahren und die Ausgabenkontrollen verbessert, Zahlungsrückstände beglichen und die Haushaltsberichterstattung und Kassenführung gestärkt werden sollen.

Die Behörden werden bis Oktober 2015 Rechtsvorschriften zur Aktualisierung des Haushaltsrahmengesetzes verabschieden (**zentrale Forderung**), um a) einen Rahmen für unabhängige Stellen einzuführen, b) Ex-ante-Prüfungen des griechischen Rechnungshofs und der Rechnungsprüfer (ypologos) schrittweise abzuschaffen, c) der Generaldirektion für Finanzdienstleistungen (GDFS) die ausschließliche Kompetenz im Bereich Finanzdienstleistungen und dem Obersten Rechnungshof Aufsichtsbefugnisse über die öffentlichen Finanzen zu übertragen sowie d) die Betriebsprüfungsämter bis Januar 2017 schrittweise abzuschaffen. Die Behörden werden sekundärrechtliche Vorschriften erlassen,

um die Übergangsregelungen der Reform des Haushaltsrahmengesetzes bis Ende Dezember 2015 festzulegen und die Reform bis Ende 2016 abzuschließen.

Die griechische Regierung verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass der Finanzplanungsrat (Fiscal Council) vor Abschluss des Memorandum of Understanding (MoU) arbeitsfähig ist. Dazu hat die Regierung einen Ministerialbeschluss erlassen, um das Auswahlverfahren für die Vorstandsmitglieder dieses Gremiums einzuleiten. Sobald das Verfahren zur Bestellung der Vorstandsmitglieder abgeschlossen ist, wird die Regierung bis September 2015 die erforderlichen sekundärrechtlichen Vorschriften erlassen, damit der Rat bis November 2015 voll arbeitsfähig ist (einschließlich Finanz- und Personalausstattung). Die Behörden werden die Arbeit des Finanzplanungsrates mit Unterstützung technischer Hilfe von der Kommission bis Ende 2016 überprüfen und ggf. Rechtsvorschriften erlassen (März 2017).

Die griechische Regierung wird in Einklang mit dem Fiskalpakt jedes Frühjahr die Eckwerte ihrer mittelfristigen Finanzplanung der Europäischen Kommission und dem Ecofin-Rat vorlegen und ihre mittelfristige Haushaltsstrategie jedes Jahr bis Ende Mai in Übereinstimmung mit den Programmzielen entsprechend fortschreiben. Darüber hinaus wird Griechenland im Rahmen des gemeinsamen Haushaltszeitplans der Europäischen Kommission jedes Jahr bis zum 15. Oktober den Haushaltsentwurf für das Folgejahr vorlegen, zusammen mit der zugrunde liegenden unabhängigen gesamtwirtschaftlichen Prognose. Die Regierung wird rechtzeitig bis zur Aufstellung des Haushalts 2018 eine neue Haushaltsgliederung und Kontendarstellung erarbeiten (September 2016).

Die Behörden werden bis September 2016 einen Plan zur abschließenden Begleichung von Zahlungsrückständen, Steuererstattungs- und Rentenansprüchen vorlegen und unmittelbar mit dessen Umsetzung beginnen. Die Behörden werden dann die noch offenen Zahlungsrückstände in Höhe von 7,5 Mrd. EUR nach einer bis Ende Dezember 2016 abzuschließenden gründlichen Prüfung bis Ende 2016 begleichen; die unbearbeiteten Steuererstattungs- bzw. Rentenansprüche werden ebenfalls bis Ende Dezember 2016 beglichen. Des Weiteren wird die Regierung dafür sorgen, dass die im Haushalt eingestellten Sozialversicherungsbeiträge von den Sozialversicherungen auf die Krankenkassen und Krankenhäuser überwiesen werden, damit die Zahlungsrückstände im Gesundheitswesen beglichen werden.

Die Regierung wird bis November 2015 einen mittelfristigen Aktionsplan vorlegen, um die Anforderungen der Zahlungsverzug-Richtlinie zu erfüllen; der Plan wird u. a. konkrete Maßnahmen und Schutzvorkehrungen enthalten, um sicherzustellen, dass die Verbindlichkeiten der Sozialversicherungsanstalt IKA (Barüberweisungen und -ausgaben) während des betreffenden Zeitraums an die Krankenversicherungsanstalt EOPYY übertragen werden. Die Behörden werden bis Januar 2016 eine externe Prüfung der Verbindlichkeiten der EOPYY abschließen und die Zahlungsprozesse im Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen bis Ende Juni 2016 straffen. Die Behörden werden die Arbeitsabläufe weiter verbessern, was anhand der zentralen Leistungsindikatoren gemessen wird.

Um das fragmentierte Kassenwesen zu verbessern, wird die Regierung bis Ende Dezember 2015 alle zentralstaatlichen Stellen in das zentrale Haushaltskonto einbinden. Nach Umsetzung der Reform des Kassenwesens werden die Behörden die Staatskonten

bei Geschäftsbanken dann schließen und in dem zentralen Haushaltskonto zusammenführen. Als **Vorabmaßnahme** wird das Finanzministerium das Konto für die Verwaltung von EU-Strukturfondsinstrumenten und Griechenlands nationalen Beiträgen abschirmen.

2.4.2 Öffentliches Beschaffungswesen

Griechenland muss weitere Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens ergreifen, um die Effizienz und Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens in Griechenland zu erhöhen, Fehlverhalten zu verhindern und mehr Rechenschaftspflicht und Kontrolle zu gewährleisten. Bis September 2015 werden sich die Behörden mit der bei der Umsetzung behilflichen Europäischen Kommission auf einen Aktionsplan einigen, um die Details der nachstehenden Aktionen festzulegen (**zentrale Forderung**).

- Bis Januar 2016 wird ein konsolidierter, umfassender und vereinfachter Rechtsrahmen (Primär- und Sekundärrecht) für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen, einschließlich der Umsetzung der neuen EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe und Konzessionen (2014/23, 2014/24, 2014/25), in Kraft treten.
- Bis Dezember 2016 wird die Reform der außergerichtlichen/behördlichen Rechtsmittel in Kraft treten. Die Behörden werden der Kommission bis Oktober 2015 einen detaillierten Reformvorschlag vorlegen.
- Bis Februar 2017 werden die Behörden Maßnahmen zur Verbesserung des Systems der Rechtsbehelfe ergreifen. Im Vorfeld werden die Behörden bis September 2016 in Zusammenarbeit mit der Kommission eine umfassende Bewertung der Effektivität des bestehenden Systems der Rechtsbehelfe vornehmen und Probleme identifizieren (z. B. Fehlen wirksamer und schneller Rechtsmittel, Verzögerungen, Schwierigkeiten bei der Erlangung von Schadensersatz, Gerichtskosten).
- Die Behörden werden die Umsetzung des Aktionsplans im Bereich der elektronischen Beschaffung (e-procurement) wie mit der Kommission vereinbart fortsetzen.
- Bis Mai 2016 wird ein neues, in Zusammenarbeit mit der Kommission und der OECD geschaffenes zentrales Beschaffungssystem in Kraft treten, das für den Bedarf 2017 genutzt wird.

Die Behörden werden sicherstellen, dass die SPPA die Hauptinstitution im Bereich der öffentlichen Beschaffung in Griechenland bleibt; die SPPA wird zusammen mit anderen griechischen Institution und der Kommission bis März 2016 an der Vorbereitung einer nationalen Strategie arbeiten, systemische Mängel des nationalen öffentlichen Beschaffungswesens identifizieren und realistische Lösungen vorschlagen, die von den Behörden mithilfe eines Aktionsplans umgesetzt werden.

2.5 Nachhaltigkeit der Sozialfürsorge

2.5.1 Renten

Die Rentenreformen von 2010 und 2012 würden, bei vollständiger Umsetzung, die längerfristige Tragfähigkeit des Rentensystems insgesamt erheblich verbessern. Allerdings

ist das Rentensystem noch immer fragmentiert und teuer und benötigt erhebliche jährliche Transferzahlungen aus dem Staatshaushalt. Daher bedarf es weitaus ehrgeizigerer Schritte zur Bewältigung der zugrundeliegenden strukturellen Herausforderungen und Zusatzbelastungen im System aufgrund der Wirtschaftskrise. Infolge hoher Arbeitslosenzahlen sind die Beiträge zurückgegangen, und gleichzeitig hat der Ausgabendruck durch vermehrte Frühverrentungen zugenommen.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen verpflichten sich die Behörden zur vollständigen Umsetzung der laufenden Reformen, und sie werden darüber hinaus weitere Reformen zur Stärkung der langfristigen Tragfähigkeit in die Wege leiten und Einsparungen von ca. 0,25 % des BIP 2015 und ca. 1 % des BIP bis 2016 anstreben. Ziel dieser Maßnahmen ist *unter anderem* die Schaffung starker negativer Anreize für die Frühverrentung durch Anhebung der Abzüge bei vorzeitigem Eintritt in den Ruhestand und den allmählichen Abbau des Bestandsschutzes in Bezug auf das Recht auf Renteneintritt vor Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters.

Die Behörden haben bereits die Krankenversicherungsbeiträge für Rentner auf ihre Hauptrenten auf 6 % erhöht und ab dem 1. Juli 2015 Krankenversicherungsbeiträge in Höhe von 6 % auf Zusatzrenten erhoben; alle Zusatzrentenkassen werden bis zum 01. September 2015 in die Vereinte Zusatzversicherungsanstalt ETEA eingegliedert und es wird sichergestellt, dass alle Zusatzrentenkassen ab dem 1. Januar 2015 ausschließlich aus eigenen Beiträgen finanziert werden; die monatlichen Obergrenzen für die garantierte beitragsabhängige Rente werden nominal bis 2021 eingefroren, und es wird sichergestellt, dass Personen, die nach dem 30. Juni 2015 in den Ruhestand treten, nur nach Erreichen des regulären gesetzlichen Renteneintrittsalters von derzeit 67 Jahren die Grundrente, garantierte beitragsabhängige Rente und bedarfsabhängige Rente gewährt wird.

- i. Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden a) die Regeln für die Berechtigung für die garantierten Mindestrenten nach 67 Jahren präzisieren, b) alle Rundschreiben zur Sicherstellung der Umsetzung des Gesetzes von 2010 herausgeben, c) das Gesetz 4334/2015 korrigieren, damit unter anderem die monatlich garantierten Leistungen ordnungsgemäß eingefroren werden (statt staatlicher Subventionen von Beiträgen) und dies auf den öffentlichen Sektor ausgeweitet wird, d) den Bestandsschutz beim gesetzlichen Renteneintrittsalter und den Vorruhestandsregelungen allmählich abbauen und eine schrittweise Angleichung an die Grenze eines gesetzlichen Renteneintrittsalters von 67 Jahren bzw. 62 Jahren bei 40 Beitragsjahren bis spätestens 2022 vornehmen, wobei dies für alle Personen mit sofortiger Wirkung gilt (ausgenommen körperlich anstrengende Berufe und Mütter mit Kindern mit Behinderungen).
- ii. Die Behörden werden bis Oktober 2015 (**zentrale Forderung**) weitere Reformen mit Wirkung vom 1. Januar 2016 erlassen: a) gezielte konzeptionelle und parametrische Verbesserungen, um eine engere Verknüpfung zwischen Beiträgen und Leistungen herzustellen; b) Erweiterung und Modernisierung der Beitrags- und Rentenbemessungsgrundlage für alle Selbständigen, u. a. durch eine Umstellung von fiktiven auf tatsächliche Einkünfte, gemäß den Vorschriften über erforderliche Mindestbeiträge; c) Überarbeitung und Straffung der verschiedenen Systemkomponenten Grundrente, garantierte beitragsabhängige Rente und

bedarfsabhängige Rente unter Berücksichtigung von Arbeits- und Beitragsleistungsanreizen; d) die wichtigsten Elemente einer umfassenden Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger, einschließlich der noch ausstehenden Harmonisierung von Verfahren der Beitrags- und Leistungszahlung bei allen Versicherungsträgern; e) schrittweise Abschaffung der staatlich finanzierten Ausnahmeregelungen innerhalb von drei Jahren und Anpassung von Beitragsregeln für alle Rentenkassen an die Beitragsstruktur des Hauptsozialversicherungsträgers für Beschäftigte (IKA); f) Abschaffung aller Bagatellabgaben zur Finanzierung von Renten, die durch Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen bei bestimmten Versicherungsträgern mit Wirkung ab dem 31. Oktober 2015 auszugleichen sind; g) allmähliche anteilmäßige Anpassung der Vorschriften für die Rentenleistungen der Versicherungsanstalt für die Landwirtschaft (OGA) an das übrige Rentensystem; h) Abzug von 10 Prozent zusätzlich zu dem bereits geltenden jährlichen Abzug von 6 Prozent für Frühverrentungen für von der Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters betroffene Personen; i) gezieltere Steuerung der Sozialrenten durch Erhöhung der OGA-Rente für Unversicherte; j) schrittweise Abschaffung der Solidaritätszulage (EKAS) für alle Rentner bis Ende Dezember 2019, wobei dies ab März 2016 für die oberen 20 % der Leistungsempfänger gilt; k) Wiederherstellung des Nachhaltigkeitsfaktors der Reform von 2012 bzw. Einigung auf einvernehmlich vereinbarte Alternativmaßnahmen im Rentensystem; i) die griechische Regierung wird bis Oktober 2015 gleichwertige Maßnahmen bestimmen und erlassen, um die Auswirkung des Gerichtsurteils über die Rentenmaßnahmen von 2012 vollständig zu kompensieren und die mit den Gesetzen 4325/2015 und 4331/2015 eingeführten Änderungen am Rentensystem in Übereinstimmung mit den Institutionen aufzuheben.

- iii. Die Regierung wird bis Dezember 2015 (**zentrale Forderung**) alle Sozialversicherungen in einer einzigen Stelle integrieren, alle gegenwärtigen Verwaltungs- und Managementvereinbarungen abschaffen, einen neuen Vorstand und ein neues Management unter Inanspruchnahme der Infrastruktur und Organisation des IKA einrichten, ein zentrales Beitragszahlerregister und gemeinsame Dienste einführen und ein Programm zur Schaffung eines gemeinsamen Finanzierungsbestands einführen, der bis Ende Dezember 2016 voll funktionsfähig ist. Die Behörden werden die Integration der Einreichung, Zahlung und Beitreibung von Sozialversicherungsbeiträgen in der Steuerverwaltung bis Ende 2017 ansteuern.

Die Institutionen sind bereit, als Ersatz für einige der oben genannten Maßnahmen andere parametrische Strukturmaßnahmen innerhalb des Rentensystems mit gleichwertiger Wirkung in Erwägung zu ziehen, und zwar unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf das Wachstum und vorausgesetzt, dass diese Maßnahmen den Institutionen während der konzeptionellen Phase vorgelegt werden und ausreichend konkret und quantifizierbar sind und dass im Fall der Nichterfüllung dieser Voraussetzungen die oben angegebenen Maßnahmen gelten.

2.5.2 Gesundheitsversorgung

Die Behörden haben sich verpflichtet, den Gesundheitssektor weiter zu reformieren, die öffentlichen Ausgaben zu kontrollieren, die Preise von Arzneimitteln zu verwalten, die Verwaltung von Krankenhäusern zu verbessern, die zentrale Beschaffung von Krankenhauszubehör auszubauen, die Nachfrage nach Arzneimitteln und Gesundheitsversorgung durch evidenzbasierte elektronische Verschreibungsprotokolle zu verwalten, Anbieter des Privatsektors im Gesundheitswesen vor dem Hintergrund der Kosteneffizienz zu beauftragen, IT-Systeme zu modernisieren und ein neues elektronisches Überweisungssystem für die Primär- und Sekundärversorgung zu entwickeln, mit dem Wege der Patientenversorgung entworfen werden.

Als **Vorabmaßnahme** haben sich die Behörden verpflichtet, frühere zentrale Reformelemente im Gesundheitssystem wiederherzustellen. Insbesondere werden sie a) das Gesetz 4332/2015 ändern, mit dem ein Teil des Gesetzes 4052/2012 über die Ernennung von Geschäftsführern in Krankenhäusern aufgehoben wird (Reorganisation und Umstrukturierung des Gesundheitssektors gemäß dem MoU), b) den Ministerialbeschluss FEK 1117/2015 aufheben, um Sanktionen und Strafen im Zuge der Auswertung und Meldung von Fehlverhalten und Interessenkonflikten bei der Verschreibungspraxis sowie bei Nichterfüllung der EOF-Verschreibungsrichtlinien zu verschärfen (Wiederherstellung der früheren Verpflichtung gemäß dem MoU); c) die Verschreibung nach internationalem Freinamen (INN) wieder einführen, u. a. dadurch, dass das Rundschreiben 26225/08.04.2015 mit den in Art 6.4 bis 6.6 des Ministerialbeschlusses FEK 3057/2012 beschriebenen Ausnahmen aufgehoben wird; d) den Preis aller patentfreien Arzneimittel auf 50 Prozent und aller Generika auf 32,5 % des Preises der patentierten Produkte durch die Aufhebung der Bestandsschutzklausel für Arzneimittel, die 2012 bereits auf dem Markt waren, reduzieren; e) Rückforderungen für 2015 für die Bereiche Diagnostik und Privatkliniken festsetzen und die Rückforderung für das Jahr 2014 im Bereich der Privatkliniken von der für 2013 entkoppeln.

Bis September 2015 werden die Rückforderungsobergrenzen für das Jahr 2015 für die Bereiche Diagnostik, Privatkliniken und Pharmazeutika auf die nächsten drei Jahre ausgedehnt, und bis Oktober 2015 werden die Behörden (a) die ausstehenden Rückforderungen bis zum 1. Halbjahr 2015 in Bezug auf Pharmazeutika, Diagnostik und Privatkliniken geltend machen und betreiben, (b) ein Mitteilungsblatt mit Preisen veröffentlichen und alle sechs Monate veröffentlichen, um die Preise für Pharmazeutika zu verringern und c) die Preise für Untersuchungsmethoden prüfen und begrenzen, um die strukturellen Ausgaben mit den Rückforderungszielen in Einklang zu bringen (**zentrale Forderung**). Die Rückforderungen werden alle sechs Monate gestellt. Bis Oktober 2015 werden die Behörden entscheiden, ob eine einkommensabhängige Gebühr in Höhe von 5 EUR für Krankenhausbesuche wieder eingeführt wird, oder ob äquivalente Maßnahmen in Bezug auf die Finanz- und Nachfrageverwaltung eingeführt werden.

Bis Dezember 2015 werden die Behörden nach Bedarf weitere strukturelle Maßnahmen ergreifen (**zentrale Forderung**), um die Übereinstimmung der Ausgaben für 2016 mit den Rückforderungsgrenzen sicherzustellen, einschließlich der Entwicklung neuer Protokolle für die teuersten pharmazeutischen Wirkstoffe und Diagnoseverfahren. Die Behörden werden die Preise für Generika weiter verringern, u. a. indem ggf. vermehrt

Mengenrabattvereinbarungen genutzt werden. In den nächsten drei Jahren werden sie zusätzliche Verschreibungsrichtlinien entwickeln, wobei die Priorität auf solchen mit den größten Auswirkungen auf die Kosten und Therapie liegt. Es bedarf seitens der Behörden ehrgeiziger aber realisierbarer Zeitpläne.

Bis Dezember 2015 (bzw. bis Dezember 2016) werden von den Behörden konkrete Schritte unternommen zur Steigerung des Anteils der zentralen Beschaffung auf 60 Prozent (bzw. auf 80 Prozent), des Anteils der generischen Arzneimittel für ambulante Patienten volumenmäßig auf 40 Prozent (bzw. 60 Prozent), des Anteils der Generika bei stationären Patienten auf 50 (bzw. 60 Prozent) und des Anteils der Beschaffung von pharmazeutischen Produkten nach Wirkstoff durch Krankenhäuser auf zwei Drittel (bzw. drei Viertel) der gesamten Beschaffung, und zwar in Einklang mit den vereinbarten Zielen. Die Generika-Penetration sollte bis August 2016 durch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Anreizstruktur für Apotheker unterstützt werden, u. a. im Hinblick auf die Gewinnstruktur.

Die Behörden werden auf Grundlage der im Ministerialbeschluss 2912/B/30.10.2012 und damit zusammenhängender Verordnungen aufgeführten Kriterien und gemäß den Verschreibungsrichtlinien neue Medikamente in die Positivliste aufnehmen, wobei die Preisfestsetzung auf dem Niveau der drei niedrigsten Preise in der EU erfolgt bzw. auf einem niedrigeren Niveau, wenn die Behörden einen Rabatt aushandeln können. Bis Dezember 2017 werden die Behörden ein HTA-Zentrum schaffen, das bei der Aufnahme von Medikamenten in die Positivliste beteiligt ist.

Zur Verbesserung der finanziellen Verwaltung von Krankenhäusern werden die Behörden bis Dezember 2015 (**zentrale Forderung**) einen Plan zur Anwendung eines DRG-Systems oder einer anderen auf einem internationalen Standard basierenden Methode der Kostenberechnung nach Tätigkeit in Krankenhäusern innerhalb der nächsten drei Jahre erarbeiten; bis Dezember 2017 werden sie das neue DRG-System bzw. das alternative tätigkeitsbezogene Kostenrechnungssystem umsetzen; bis Juni 2016 werden sie einen Plan zur Durchführung von jährlichen unabhängigen Finanzprüfungen von Buchhaltungsunterlagen von Krankenhäusern erarbeiten, wobei dessen Umsetzung 2017 beginnt und bis 2018 für alle Krankenhäuser gilt. Zu diesem Zweck werden sie die verfügbare technische Unterstützung in Anspruch nehmen.

Zur Leistungsbewertung der öffentlichen und privaten Anbieter im Gesundheitswesen wird EOPYY auch künftig die entsprechenden Daten monatlich/quartalsweise sammeln und veröffentlichen. Bis Juni 2016 werden die Behörden eine Methode zur Bewertung der Kapazitäten des öffentlichen Sektors nach Region und Fachgebiet entwickeln und diese Methode anwenden, um den Bedarf an privaten Anbietern pro Region zu prüfen; zudem werden sie eine neue elektronische Patientenakte entwickeln. Bis August 2016 werden sie ein neues elektronisches Überweisungssystem für die Sekundärversorgung auf Grundlage elektronischer Verschreibungen und der elektronischen Patientenakte entwickeln, das die Kontrolle von Wartezeiten ermöglicht. Bis Juni 2017 werden die Behörden einen Plan zur Vorabgenehmigung von Überweisungen an Anbieter aus dem Privatsektor auf der Grundlage der elektronischen Patientenakte, des elektronischen Überweisungssystems und der Abbildung der Kapazitäten des öffentlichen Sektors entwickeln. In den nächsten drei Jahren werden die Behörden Therapieprotokolle für Wege der Patientenversorgung (Primär- und Sekundärversorgung) entwickeln, und zwar für diejenigen, für die die größten Kosten-

und Therapieauswirkungen bestehen, und sie mithilfe des elektronischen Verschreibungssystems umsetzen.

Bis Dezember 2015 werden die Behörden die flächendeckende Gesundheitsversorgung engmaschig kontrollieren und vollständig umsetzen, Bürger über ihre Rechte diesbezüglich aufklären und mit der Einführung des neuen Systems der primären Gesundheitsversorgung und der Herausgabe eines Ministerialbeschlusses, wie im Gesetz 4238 angestrebt, fortfahren. Zu diesem Zweck werden sie die verfügbare technische Unterstützung in Anspruch nehmen.

2.5.3 Die sozialen Sicherungssysteme

Die Wirtschaftskrise hat sich in bisher nicht gekannter Weise auf das Sozialwesen ausgewirkt. Höchste Priorität hat für die Regierung die unmittelbare Unterstützung der sozial Schwächsten, um die Auswirkungen des erneuten Konjunkturabschwungs zu lindern. Ein Paket mit Maßnahmen in den Bereichen Nahrungsmittel, Wohnraum und Zugang zur Gesundheitsversorgung wurde bereits verabschiedet und wird derzeit umgesetzt. Um die Menschen wieder in Arbeit zu vermitteln, haben die Behörden in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern durch die Schaffung von 50.000 kurzfristigen Arbeitsplätzen, die insbesondere auf Langzeitarbeitslose abzielen, Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung ergriffen.

Bis März 2016 wird die Regierung ein weiteres Paket an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für 150.000 Arbeitslose, darunter Langzeitarbeitslose (29+), junge Menschen (16-29) und Benachteiligte (u. a. Bezieher des garantierten Mindesteinkommens), mit individuellen aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen für die Beteiligten verabschiedet und dabei auf lokale Partnerschaften zurückgreifen, die Privat- und Sozialwirtschaft einbeziehen sowie eine effiziente und wirksame Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen sicherstellen.

Für eine gerechtere Gesellschaft muss Griechenland die Struktur seines Sozialsystems verbessern, damit ein echtes soziales Sicherungssystem vorhanden ist, das die knappen Mittel denen zukommen lässt, die sie am dringendsten benötigen. Die Behörden beabsichtigen, bei der Überprüfung der Sozialfürsorge und der Einführung des garantierten Mindesteinkommens die technische Unterstützung internationaler Organisationen in Anspruch zu nehmen.

- i. Die Regierung verpflichtet sich, als **Vorabmaßnahme** mit Unterstützung der Weltbank auf gesamtstaatlicher Ebene die konkrete Aufgabenstellung zu vereinbaren und eine umfassende Überprüfung der Sozialfürsorge (Geld- und Sachleistungen, Steuervergünstigungen, Sozialversicherungs- und sonstige Sozialleistungen) einzuleiten, zu der bis Dezember 2015 erste operative Ergebnisse vorliegen sollen und die darauf abzielt, Einsparungen in Höhe von ½ Prozent des BIP pro Jahr zu generieren, die als Grundlage für die Neugestaltung eines gezielten Sozialfürsorgesystems dienen werden, die auch die haushaltsneutrale schrittweise landesweite Einführung des garantierten Mindesteinkommens umfasst. Das Gesamtkonzept für das garantierte Mindesteinkommen wird ebenfalls mit den Institutionen abgestimmt werden.

- ii. Bis September 2015 werden die Behörden ihre detaillierten Vorbereitungen auf die schrittweise landesweite Einführung eines garantierten Mindesteinkommens zum 1. April 2016 darlegen, insbesondere auf die Einrichtung eines Leistungsregisters und die Erarbeitung einer Strategie zur Gewährleistung der Einbeziehung sozial Schwacher sowie zur Verhinderung von Betrug. Zu den Kommunen und Arbeitsvermittlungstellen werden enge Verbindungen aufgebaut.
- iii. Bis Januar 2016 werden die Behörden in Abstimmung mit den Institutionen Reformen bei den Sozialleistungen vorschlagen und per Gesetz beschließen sowie die zum Zeitpunkt der Ersteinführung geltenden Leistungssätze für das garantierte Mindesteinkommen festlegen. Das Konzept für das garantierte Mindesteinkommen wird sich nach der Auswertung durch die Weltbank stark auf die Parameter der Pilotprogramme stützen, wobei kurzfristig zusätzlich gezielt auf vorrangige Bedürfnisse eingegangen werden kann, um Haushaltsengpässe aufzufangen.
- iv. Bis September 2016 werden die Behörden einen Rahmen für institutionelle Leistungen schaffen, um das garantierte Mindesteinkommen und weitere Leistungen verwalten, überwachen und kontrollieren zu können. Es wird eine Bewertung der Effektivität des garantierten Mindesteinkommens erfolgen mit dem Ziel, dieses bis Ende 2016 landesweit vollständig einzuführen (**zentrale Forderung**).

3. Wahrung der Stabilität des Finanzsystems

Es werden alle erforderlichen politischen Maßnahmen ergriffen, um die Stabilität des Finanzsystems zu wahren und die Tragfähigkeit des Bankensystems zu verbessern. Die Behörden werden keine einseitigen haushaltspolitischen oder sonstigen Maßnahmen ergreifen, die die Liquidität, Solvenz oder künftige Tragfähigkeit der Banken beeinträchtigen würden. Alle gesetzgeberischen oder anderweitigen Maßnahmen, die während der Programmlaufzeit ergriffen werden und Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, Solvenz, Liquidität, Werthaltigkeit der Aktiva usw. der Banken haben könnten, sollten in enger Abstimmung mit Europäischer Kommission/EZB/IWF und gegebenenfalls dem ESM durchgeführt werden.

Bis Ende August 2015 werden die Behörden eine umfassende Strategie für das Finanzsystem erarbeiten, das seit Ende 2014 deutliche Verschlechterungen verzeichnet. Kernpunkte der Strategie werden die Wiederherstellung der Stabilität des Finanzsystems und die Verbesserung der Tragfähigkeit der Banken durch (i) Normalisierung der Liquiditäts- und Zahlungslage sowie Verbesserung der Kapitalausstattung der Banken, (ii) Verbesserung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen und (iii) Abbau notleidender Kredite sein. Diese Strategie, die sich unter Berücksichtigung des veränderten Umfelds und der veränderten Bedingungen des Finanzsystems auf das Strategiepapier von 2013 stützen wird, wird Pläne für die ausländischen Tochtergesellschaften der griechischen Banken im Einklang mit den von der Europäischen Kommission gebilligten Umstrukturierungsplänen umfassen und soll

Anreize für strategische Investitionen in die Banken schaffen, damit diese mittelfristig in Privatbesitz zurückgeführt werden können.

Wiederherstellung der Liquidität und Kapitalausstattung im Bankensystem

Die Behörden sind bestrebt, im Bankensystem ausreichende Liquidität entsprechend den Vorgaben des Eurosystems zu erhalten und mittelfristig ein nachhaltiges Bankenfinanzierungsmodell einzurichten. In diesem Zusammenhang werden die Banken der griechischen Zentralbank vierteljährliche Finanzierungsberichte vorlegen müssen, damit eine kontinuierliche Überwachung und Bewertung des Liquiditätsbedarfs gewährleistet ist. Die Behörden werden das Verfahren zur Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen überwachen und leiten und dabei die Liquiditätslage im Bankensystem berücksichtigen sowie gleichzeitig die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Kontrollen zu minimieren versuchen.

Das Programm sieht in vollem Einklang mit den EU-Vorschriften zu Wettbewerb und staatlichen Beihilfen einen Puffer von bis zu 25 Mrd. EUR für einen möglichen Rekapitalisierungsbedarf bei den tragfähigen Banken sowie mögliche Abwicklungskosten bei den nicht tragfähigen Banken vor. Im Anschluss an eine vorausschauende Bewertung des Kapitalbedarfs der vier Kernbanken durch die EZB und die Vorlage von Kapitalplänen durch die Banken werden festgestellte verbleibende Kapitallücken bis spätestens Ende 2015 vollständig gedeckt. Sofern in letzter Zeit nicht bereits erfolgt, wird die griechische Zentralbank den Kapitalbedarf weiterer Banken prüfen. Der Rekapitalisierungsrahmen wird erarbeitet, um die private Führung rekapitalisierter Banken zu erhalten und strategische Privatinvestitionen zu ermöglichen. Das Gesetz über staatliche Garantien für latente Steueransprüche wird geändert, um die Finanzierung im Rahmen des Programms zu minimieren und die Verbindung zwischen Banken und Staat zu begrenzen.

Abwicklung notleidender Kredite

Im weiteren Verlauf dieses Dokuments werden kurzfristige Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems des hohen und steigenden Anteils notleidender Kredite aufgeführt; möglicherweise werden in der Zukunft jedoch zusätzliche Maßnahmen und Schritte erforderlich sein, um die notleidenden Kredite im Bankensektor abzuwickeln. Bis Ende August 2015 wird die griechische Zentralbank nach Vornahme von Verbesserungen in Abstimmung mit den Institutionen alle notwendigen Vorschriften zur Umsetzung des Verhaltenskodex erlassen.

Als **Vorabmaßnahme** werden die Behörden a) eine glaubwürdige Strategie zur Lösung des Problems notleidender Kredite erarbeiten, die auf eine Minimierung der Umsetzungsdauer sowie die Inanspruchnahme der Eigenmittel abzielt, und sowohl bei der Erarbeitung als auch bei der Umsetzung dieser Strategie auf die Fachkenntnis externer Berater zurückgreifen sowie b) folgende kurzfristige Reformen verabschieden: (i) Änderungen am Gesetz über Unternehmensinsolvenzen dahingehend, dass alle gewerblichen Schuldner davon erfasst werden und es mit international bewährten Verfahren in Einklang steht – u. a. soll die wirksame Sanierung zahlungsfähiger Schuldner gefördert, das Abwicklungsverfahren für nicht zahlungsfähige Schuldner effizienter gestaltet und die Entschuldungsfrist für Unternehmer gemäß der Empfehlung der Europäischen Kommission von 2014 auf 3 Jahre gesenkt werden; (ii) Änderungen am Gesetz über Privatinsolvenzen zur Einführung eines

fristgebundenen Vollstreckungsaufschubs im Einklang mit länderübergreifenden Erfahrungen; Schaffung eines strengeren Prüfverfahrens, um strategische Schuldner von der Insolvenzanmeldung nach dem Gesetz abzuhalten, Einbeziehung der Forderungen öffentlicher Gläubiger in den Geltungsbereich des Gesetzes, sodass qualifizierten Schuldnern ein Neustart ermöglicht wird, Verschärfung der Anspruchskriterien für den Schutz des Hauptwohnsitzes und Einleitung von Maßnahmen zum Abbau des hohen Verfahrensstaues (z. B. Erhöhung der Anzahl der Richter und Justizangestellten, Priorisierung von Fällen, in denen es um hohe Beträge geht, und verkürzte Verfahren für Schuldner ohne Vermögen und Einkommen); (iii) Verabschiedung eines Gesetzes zur Schaffung des reglementierten Berufs des Insolvenzverwalters, bei dem der Zugang nicht auf eine bestimmte berufliche Qualifikation beschränkt ist, im Einklang mit bewährten länderübergreifenden Erfahrungen; (iv) Verabschiedung von Vorschriften zur Reaktivierung des Regierungsrats für die Verschuldung privater Haushalte und Einrichtung eines Sondersekretariats zu dessen Unterstützung.

Bis Ende Oktober 2015 (**zentrale Forderung**) wird die griechische Zentralbank unter Hinzuziehung eines externen Beraters mit entsprechenden Fachkenntnissen einen Bericht über die Segmentierung notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken sowie eine Bewertung der Fähigkeit der Banken, die einzelnen Segmente notleidender Kredite in den Griff zu bekommen, vorlegen. Der griechische Finanzstabilisierungsfonds HFSF wird in Zusammenarbeit mit der griechischen Zentralbank eine Analyse zur Ermittlung nicht regulierungsbedingter Beschränkungen und Hürden (z. B. verwaltungsbedingter, wirtschaftlicher, rechtlicher usw.) im Zusammenhang mit dem Aufbau eines dynamischen Markts für notleidende Kredite vorlegen. Bis zum selben Termin wird eine Arbeitsgruppe unter Hinzuziehung unabhängiger Fachleute und länderübergreifender Erfahrungen eine Beschleunigung der Abwicklung notleidender Kredite prüfen und diesbezüglich konkrete Maßnahmen empfehlen, u. a. den Abbau unnötiger rechtlicher und sonstiger Hürden im Zusammenhang mit der Bedienung und Veräußerung notleidender Kredite bei gleichzeitigem Schutz schwacher Privathaushalte im Einklang mit dem von der griechischen Zentralbank aufgestellten Verhaltenskodex. Die Behörden werden per Gesetz ein Schuldeninformationsnetz und eine Schuldeninformationsstelle zur Erbringung rechtlicher und wirtschaftlicher Schuldenberatung einrichten.

Bis Ende November 2015 (**zentrale Forderung**) wird die Regierung den institutionellen Rahmen zur Vereinfachung der Abwicklung notleidender Kredite stärken, u. a. durch (i) Verbesserung des Justizrahmens für Unternehmens- und Privatinsolvenzverfahren durch Verabschiedung geeigneter Rechtsinstrumente zur Einrichtung von Fachkammern sowohl für Unternehmens- als auch für Privatinsolvenzfälle sowie Ernennung und Schulung einer geeigneten Anzahl zusätzlicher Richter (auf Grundlage der planmäßig zu bearbeitenden Fälle) und Justizangestellter sowohl für Unternehmens- als auch für Privatinsolvenzfälle, (ii) Einrichtung einer Kredit- und Vermögensauskunftei als unabhängige Stelle, die zur Förderung von Bankinstituten die Zahlungsfähigkeit von Kreditgebern ermittelt, (iii) Änderung des Gesetzes über außergerichtliche Abwicklungen, um Schuldner zur aktiven Beteiligung zu ermutigen, unter Gewährleistung der gerechten Behandlung sowohl privater als auch öffentlicher Gläubiger sowie (iv) vollständige Arbeitsaufnahme der Fachkammern für Unternehmensinsolvenzen in den Gerichten. Die Regierung wird ein dauerhaftes soziales Sicherungssystem schaffen, u. a. Unterstützungsmaßnahmen für die sozial schwächsten Schuldner, und dabei zwischen strategischen und redlichen Schuldnern unterscheiden. Der

HFSF wird in Abstimmung mit der griechischen Zentralbank Mechanismen und Verfahren zur Beschleunigung der Abwicklung notleidender Kredite ermitteln. Der HFSF wird ein Mitglied seines Leitungsausschusses sowie ein internes Team bestimmen, das für das neue Ziel der Vereinfachung der Abwicklung notleidender Kredite der Banken zuständig ist. Die griechische Zentralbank wird einen Sonderabwickler damit beauftragen sicherzustellen, dass die einzelnen Abwickler die operativen Ziele wirksam erfüllen. In Abstimmung mit dem HFSF wird ein leistungsorientiertes Vergütungssystem für alle Sonderabwickler eingeführt, um die Beitreibungsquote zu maximieren.

Bis Dezember 2015 (**zentrale Forderung**) werden die Behörden (i) einen Koordinierungsmechanismus für Fälle von Schuldern mit hohen öffentlichen und privaten Schulden einführen – erstens durch Segmentierung der gewerblichen Schuldner mit hohen öffentlichen Schulden entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit und zweitens durch Verabschiedung von Rechtsvorschriften zur Ermöglichung der Abwicklung nicht zahlungsfähiger Institute im Schnellverfahren bis Ende März 2016 und Abschluss des Bereinigungsprozesses bis Ende Dezember 2016 – und (ii) die notwendigen Rechtsinstrumente zur Festlegung der geltenden Rahmenbedingungen und Regelungen für den Beruf des Insolvenzverwalters (u. a. Art der Organisation des Berufsstands, erforderliche Qualifikationen, Verfahren für eine effektive Zulassung, Befugnisse und Pflichten, Vorgehensweise bei Bestellung und Entlassung, Aufsicht und Überwachung, Sanktionierungs- und Haftungsbestimmungen, Honorarstruktur) verabschieden.

Bis Ende Februar 2016 (**zentrale Forderung**) vereinbart die griechische Zentralbank bei Erhalt der Vorschläge der Banken mit diesen operative Ziele für die Abwicklung notleidender Kredite, u. a. zu Umschuldungen und zur Gründung von Joint Ventures. Die Banken melden der griechischen Zentralbank ab Juni 2016 vierteljährlich Daten zu zentralen Leistungsindikatoren. Der HFSF wird die Leistungskriterien betreffend die Abwicklung notleidender Kredite auch auf das Abschneiden der Banken im Hinblick auf die zwischen den Banken und der griechischen Zentralbank vereinbarten operativen Ziele anwenden. Der HFSF wird einen Maßnahmenplan zur Abwicklung notleidender Kredite vorlegen und umsetzen, um die Koordinierung zwischen den Banken zu verbessern und die Umstrukturierung großer Unternehmen zu beschleunigen, und sich bei Bedarf gemeinsam um ganze Wirtschaftszweige kümmern.

Bis Ende März 2016 wird die griechische Zentralbank den Verhaltenskodex um Leitlinien zu Umschuldungen ergänzen, um auf der Grundlage klarer Kriterien zur Segmentierung von Kleinkundenportfolios gezielt auf einzelne Gruppen von Kreditnehmern (z. B. KMU) eingehen zu können, und in Abstimmung mit dem HFSF Schnellverfahren – u. a. standardisierte Bewertungsvorlagen, Umschuldungsverträge und Abwicklungslösungen – einführen.

Die Behörden verpflichten sich, bis Ende Juni 2016 die Wirksamkeit des rechtlichen und institutionellen Insolvenzrahmens zu überprüfen und ggf. erforderliche Änderungen daran vorzunehmen.

Führungs- und Verwaltungsstruktur des HFSF

Die Unabhängigkeit des griechischen Finanzstabilisierungsfonds HFSF wird vollständig respektiert und seine Führungs- und Verwaltungsstruktur gestärkt, um jegliche Einmischung seitens der Politik in sein Management oder seine Tätigkeiten zu vermeiden.

Bis Mitte Oktober 2015 (**zentrale Forderung**) wird das Gesetz über den HFSF geändert, um (i) es mit der Umsetzung der BRRD in nationales Recht und dem noch zu erarbeitenden Rekapitalisierungsrahmen in Einklang zu bringen und (ii) die Regelungen zur Führungs- und Verwaltungsstruktur des HFSF im Einklang mit der Erklärung des Eurogipfels zu stärken, insbesondere durch Änderung des Auswahl- und Ernennungsverfahrens, vor allem durch (a) Schaffung eines neuen Verfahrens für die Auswahl und Ernennung von Mitgliedern des Leitungsausschusses und des Allgemeinen Rates, das den Institutionen eine größere Rolle einräumt als in der Vergangenheit, bis Ende September 2015 und (b) Einrichtung eines Auswahlgremiums, das aus sechs unabhängigen Experten besteht, von denen drei – darunter der Vorsitzende, dessen Stimme bei Stimmengleichheit ausschlaggebend ist – von den EU-Institutionen und drei von den griechischen Behörden (zwei vom Finanzministerium und einer von der Zentralbank) ernannt werden. Das griechische Finanzministerium, die griechische Zentralbank, die Europäische Kommission, die EZB und der ESM entsenden jeweils einen Beobachter in das Auswahlgremium. Das Auswahlgremium wird von einem vom Gremium ausgewählten internationalen Personalberater unterstützt; (c) das Finanzministerium trifft die Entscheidung für einen der vom Gremium in die engere Auswahl genommenen Bewerber; (d) das Gremium legt auch die Vergütung und die weiteren Beschäftigungsbedingungen einschließlich des Bewertungs- und Entlassungsverfahrens fest. Das Gesetz wird außerdem sicherstellen, dass (i) die Vergütung und die sonstigen Beschäftigungsbedingungen so attraktiv sind, dass hochqualifizierte internationale Bewerber sich für Managementposten beim HFSF interessieren, (ii) darin Befugnisse, Kriterien und Verfahren vorgesehen sind, anhand derer der HFSF die Gremien und Ausschüsse der unter seiner Kontrolle stehenden Banken überprüfen und ggf. ändern kann, (iii) durch die jährliche Veröffentlichung von Strategien und die halbjährliche Meldung von Leistungsdaten zu zentralen Zielen die Transparenz und Rechenschaftspflicht des HFSF erhöht wird und (iv) die Ziele des HFSF auch die Vereinfachung des Managements notleidender Kredite bei den Banken umfassen.

Zur Erhöhung seiner Transparenz und Rechenschaftspflicht wird der HFSF spätestens ab Ende März 2016 jährlich eine operative Strategie veröffentlichen und ab Juni 2016 halbjährlich Leistungsdaten zur Umsetzung dieser Strategie melden.

Führungs- und Verwaltungsstruktur der Banken

Die Regierung wird nicht in die Geschäftsführung, Entscheidungsfindung oder Geschäftstätigkeit der Banken eingreifen, die weiterhin streng nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. Die Mitglieder der Geschäftsleitung und hochrangigen Führungskräfte werden ohne Einmischung der Regierung ernannt. Diese Ernennungen werden im Einklang mit dem EU-Recht und international bewährten Verfahren erfolgen, wobei die besonderen Regelungen des HFSF-Gesetzes in Bezug auf die Rechte privater Anteilseigner, die sich an den Kapitalerhöhungen der Banken innerhalb des bestehenden Rahmens beteiligt haben, berücksichtigt werden. Durch die Rahmenvereinbarungen über die Geschäftsbeziehungen (Relationship Framework Agreements) gewährleistet der HFSF, dass die Laufzeit der

Verträge externer Wirtschaftsprüfer mit den Banken ab dem Finanzjahr 2016 maximal fünf Jahre betragen kann.

Bis Ende Februar 2016 (**zentrale Forderung**) wird der HFSF mit Unterstützung unabhängiger internationaler Berater ein Programm zur Überprüfung der Geschäftsleitung der Banken einführen, in denen die Rahmenvereinbarungen Anwendung finden. Durch die Anwendung von Kriterien, die geeignete aufsichtsrechtliche Anforderungen übersteigen, wird diese Überprüfung umsichtigen internationalen Verfahren entsprechen. Bis Ende Juni 2016, nach der Überprüfung der Mitglieder der Geschäftsleitung durch den HFSF anhand des oben beschriebenen Verfahrens, können diese so ausgetauscht werden, dass gewährleistet ist, dass die Geschäftsleitungen der Banken mindestens drei Mitglieder aufweisen, die unabhängige internationale Sachverständige mit geeigneten Kenntnissen und langjähriger einschlägiger Erfahrung im Bankwesen sowie ohne Verbindungen zu griechischen Finanzinstituten während der vergangenen zehn Jahre sind. Diese Sachverständigen werden auch allen Ausschüssen der Geschäftsleitung vorsitzen.

Bis Oktober 2015 wird geprüft, ob zusätzlich zu den oben genannten Maßnahmen weitere Maßnahmen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die Führungs- und Verwaltungsstruktur der Banken ausreichend gestärkt ist, sodass diese vollkommen unabhängig ist und international bewährten Verfahren entspricht.

4. Strukturpolitische Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums

4.1 Arbeitsmarkt und Humankapital

In den vergangenen Jahren wurden bei den griechischen Arbeitsmarktinstitutionen und Tarifverhandlungssystemen bedeutende Veränderungen vorgenommen, um die Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen. Die griechischen Behörden haben sich verpflichtet, in allen Arbeitsmarktinstitutionen bewährte EU-Praktiken umzusetzen und einen konstruktiven Dialog unter Sozialpartnern zu fördern. Bei diesem Ansatz muss nicht nur ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Gerechtigkeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber hergestellt werden, sondern auch die sehr hohe Arbeitslosenquote sowie die Notwendigkeit, ein nachhaltiges und integratives Wachstum und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, berücksichtigt werden. Die Regierung hat zugesagt, als **Vorabmaßnahme** die Gesetzgebung über die Nachwirkung der am 2. Juli 2015 in Artikel 72 des Gesetzes 4331/2015 verabschiedeten Vereinbarungen aufzuheben.

Prüfung der Arbeitsmarktinstitutionen. Die Regierung wird bis Oktober 2015 einen von unabhängigen Sachverständigen geführten Konsultationsprozess einleiten, um unter Berücksichtigung von auf internationaler und europäischer Ebene bewährten Verfahren eine Reihe bestehender Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen, darunter Massenentlassungen, Arbeitskampfmaßnahmen und Tarifverhandlungen. Weitere Beiträge zum vorstehend beschriebenen Konsultationsprozess werden internationale Organisationen, darunter die IAO, leisten. Die Organisation, Vorgaben und Zeitpläne sind mit den Institutionen zu vereinbaren. Nach Abschluss des Prüfungsprozesses werden die Behörden die Rahmen für Massenentlassungen und Arbeitskampfmaßnahmen sowie das

Tarifverhandlungssystem an die in der EU geltenden bewährten Verfahren anpassen. Vor Abschluss der Prüfung werden keine Änderungen an dem gegenwärtigen Rahmen für Tarifverhandlungen vorgenommen. Bei den auf dem Arbeitsmarkt zu ergreifenden Maßnahmen sollte es keine Rückkehr zu den politischen Vorgaben der Vergangenheit geben, die nicht mit den Zielen der Förderung von nachhaltigem und integrativem Wachstum vereinbar sind

Schwarzarbeit. Die Behörden werden bis Dezember 2015 einen integrierten Aktionsplan zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und unvollständig angezeigter Erwerbstätigkeit verabschieden (**zentrale Forderung**), um die Wettbewerbsfähigkeit legaler Unternehmen zu stärken, Arbeitnehmer zu schützen und die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zu erhöhen. Dazu gehört die Optimierung der Verwaltungsstrukturen bei der Arbeitsaufsicht und die Konkretisierung der technischen Unterstützung. Als ersten Schritt werden die Behörden das Meldewesen der Steuerverwaltung, des IT-Systems ERGANI sowie der Sozialversicherung verknüpfen, um Schwarzarbeit aufzudecken.

Berufliche Aus- und Weiterbildung. Des Weiteren wird die Regierung unter Einhaltung des Haushaltsplans 2016 sowie zur Modernisierung und Ausweitung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und auf der Grundlage der 2013 verabschiedeten Reform (Gesetz 4186/2013) bis Dezember 2015 folgende Maßnahmen ergreifen (**zentrale Forderung**): (i) Verabschiedung eines modernen Qualitätsrahmens für die berufliche Aus- und Weiterbildung/Lehrstellen, (ii) Einrichtung eines Systems zur Ermittlung von benötigten Qualifikationen und eines Verfahrens für Förderprogramme und Akkreditierungen, (iii) Einrichtung von Pilotpartnerschaften mit regionalen Behörden und Arbeitgebern im Zeitraum 2015-2016; (iv) Bereitstellung eines integrierten Umsetzungsplans des Ministeriums für Arbeit, Ministeriums für Bildung und der Arbeitsverwaltungsbehörde OAED, damit bis 2016 allen Schülern einer Berufsschule (EPAS) und eines Berufsausbildungsinstituts (IEK) sowie bis 2016-2017 mindestens 33 % aller Schüler eines Beruflichen Lyzeum (EPAL) die geforderte Anzahl an Lehrstellen zur Verfügung gestellt werden kann; (v) Gewährleistung einer stärkeren Einbeziehung von Arbeitgebern und stärkere Inanspruchnahme privater Finanzierungsquellen. Während des akademischen Jahres 2015-16 werden regionale öffentlich-private Partnerschaften eingesetzt.

Kapazitätsaufbau. Die Kapazitäten des Ministeriums für Arbeit werden im Bereich Politikgestaltung, -umsetzung und -überwachung mittelfristig gestärkt, um seine Fähigkeiten zur Umsetzung der Reform des Sozialsystems und von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie zur vorzeitigen Inanspruchnahme der Mittel aus dem Strukturfonds zu stärken. Dies umfasst die Optimierung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen durch Abschluss der Umstrukturierung der OAED. Bestehende Arbeitsgesetze werden durch die Kodifikation in ein Arbeitsgesetzbuch bis Ende 2016 vereinfacht und zusammengefasst (**zentrale Forderung**).

Technische Unterstützung. Zur wirksamen Umsetzung der Reformagenda, darunter der Reform des Arbeitsmarktes, der beruflichen Aus- und Weiterbildung und des Aufbaus von Kapazitäten, werden die Behörden technische Unterstützung in Anspruch nehmen und dabei unter anderem von der Fachkompetenz internationaler Organisationen wie der OECD und der ILO profitieren.

Bildung. Die Behörden werden die weitere Modernisierung des Bildungssektors im Einklang mit bewährten EU-Verfahren sicherstellen, was in die allgemeine Wachstumsstrategie einfließen wird. Die Behörden werden zusammen mit der OECD und unabhängigen Sachverständigen bis April 2016 eine Aktualisierung der 2011 von der OECD durchgeführten Bewertung des griechischen Bildungssystems erstellen. Diese Überprüfung umfasst alle Ebenen des Bildungssystems, einschließlich der Verknüpfung von Forschung und Ausbildung und der Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zur Förderung von Innovationen und Unternehmertum (s. auch Abschnitt 4.2). Im Rahmen der Überprüfung werden u. a. die Umsetzung der Reform der „neuen Schule“, der Spielraum für weitere Rationalisierungen (von Klassen, Schulen und Universitäten), die Funktionsweise und Verwaltung von Hochschuleinrichtungen, die Effizienz und Autonomie der öffentlichen Bildungseinheiten sowie die Beurteilung und Transparenz auf allen Ebenen bewertet. In der Überprüfung werden Empfehlungen im Einklang mit den in OECD-Ländern bewährten Verfahren abgegeben.

Auf der Grundlage dieser Empfehlungen werden die Behörden einen aktualisierten Aktionsplan für das Bildungswesen erstellen und bis spätestens Mai 2016 Vorschläge für konkrete Maßnahmen vorlegen, die bis Juni 2016 verabschiedet werden sollen. Die Maßnahmen sollten, wenn möglich, vor Beginn des akademischen Jahres 2016/2017 in Kraft treten. Die Behörden verpflichten sich insbesondere, die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Mitarbeiter und das Verhältnis von Schülern pro Klasse sowie Schülern pro Lehrer bis spätestens Juni 2018 an die bewährten Verfahren der OECD-Länder anzupassen. Die Beurteilung von Lehrern und Schuleinheiten wird im Einklang mit dem allgemeinen Beurteilungssystem der öffentlichen Verwaltung erfolgen. Die Behörden werden durch die Festlegung von Mindestanforderungen eine gerechte Behandlung aller Bildungsanbieter, auch der privaten Einrichtungen, sicherstellen.

4.2 Produktmärkte und Geschäftsumfeld

Offenere Märkte sind eine Grundvoraussetzung, um wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und die soziale Gerechtigkeit zu verbessern, indem auf Spekulationsgewinne ausgerichtetes und monopolistisches Verhalten, das zu höheren Preisen und niedrigeren Lebensstandards geführt hat, eingeschränkt wird. Im Einklang mit ihrer Wachstumsstrategie werden die Behörden ihre Anstrengungen, wichtige Initiativen und Reformvorschläge zum Erfolg zu bringen, verstärken und weitere ehrgeizige Reformen auf die Agenda setzen, die die Rückkehr Griechenlands zu nachhaltigem Wachstum fördern, Investitionen anziehen und Arbeitsplätze schaffen werden.

Die Regierung erlässt Rechtsvorschriften als **Vorabmaßnahmen**, um

- i. alle ausstehenden Empfehlungen des Toolkit I der OECD zur Bewertung des Wettbewerbs mit Ausnahme derer zu rezeptfreien Arzneimitteln, verkaufsoffenen Sonntagen, Baustoffen und einer Bestimmung zu Nahrungsmitteln, sowie eine bedeutende Anzahl der Empfehlungen des Toolkit II der OECD zu Getränken und Erdölprodukten umzusetzen;
- ii. die reglementierten Berufe des Notars, Versicherungsmathematikers und Gerichtsvollziehers zu öffnen und den Markt für Vermietungen an Touristen zu liberalisieren;

- iii. einseitige Bagatellgebühren abzuschaffen und die wechselseitigen Bagatellgebühren an die erbrachten Dienstleistungen anzupassen;
- iv. Bürokratie abzubauen, u. a. bei horizontalen Zulassungsanforderungen an Investitionen und bei risikoarmen Tätigkeiten gemäß den Empfehlungen der Weltbank, sowie den Verwaltungsaufwand der Unternehmen auf der Grundlage der OECD-Empfehlungen zu senken und einen Ausschuss für die ressortübergreifende Ausarbeitung von Rechtsvorschriften einzurichten.

Im Hinblick auf den *Wettbewerb* wird die Regierung bis Oktober 2015 die ausstehenden Empfehlungen des Toolkit I der OECD zu Nahrungsmitteln und des Toolkit II zu Getränken und Erdölprodukten umsetzen und eine neue Wettbewerbsbewertung in den Bereichen Großhandel, Bauwesen, E-Commerce, Medien und dem übrigen produzierenden Gewerbe einleiten. Bis Juni 2016 wird die Regierung Rechtsvorschriften zur Behandlung aller in dieser Bewertung ermittelten Probleme erlassen (**zentrale Forderung**). Bis Dezember 2015 wird die Regierung die Empfehlung zu rezeptfreien Arzneimitteln aus dem Toolkit I der OECD zur Bewertung des Wettbewerbs in ein nationales Gesetz umwandeln, das im Juni 2016 in Kraft treten soll (**zentrale Forderung**). Die Regierung wird bis Juni 2016 die ausstehende Empfehlung zu Baustoffen aus dem Toolkit 1 der OECD übernehmen. Die Regierung wird nach der bevorstehenden Entscheidung des Staatsrats die Regelung zu verkaufsoffenen Sonntagen liberalisieren. Die Behörden verpflichten sich, in den nächsten drei Jahren die regulären Wettbewerbsbewertungen in zusätzlichen Sektoren weiterzuführen. Die Regierung wird bis Oktober 2015 Rechtsvorschriften erlassen, damit die Liberalisierung der Vermietung von Immobilien an Touristen vollständig in Kraft treten kann. Die Interessenvertretung der griechischen Wettbewerbskommission wird durch zwölf zusätzliche Posten verstärkt und mit Unterstützung der Europäischen Kommission und internationalen Sachverständigen wird eine Überprüfung durchgeführt, um zu gewährleisten, dass das Wettbewerbsrecht im Einklang mit bewährten EU-Verfahren steht.

Im Hinblick auf die *Investitionsgenehmigungen* wird die Regierung bis September 2015 einen Fahrplan für die Reform der Investitionsgenehmigungen einschließlich Priorisierung verabschieden. Im Einklang mit dieser Priorisierung wird die Regierung bis Juni 2016 sekundäre Rechtsvorschriften erlassen (**zentrale Forderung**) und andere im Fahrplan vorgesehene Reformen weiter umsetzen.

Im Hinblick auf den *Verwaltungsaufwand* wird die Regierung bis November 2015 die ausstehenden OECD-Empfehlungen zur Umwelt und zu Kraftstoffhandelsgenehmigungen übernehmen. Darüber hinaus wird die Regierung bis Juni 2016 den Verwaltungsaufwand weiter verringern, u. a. durch zentrale Anlaufstellen für Unternehmen (**zentrale Forderung**). Die Regierung wird das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsetzung bis Juni 2016 vollständig umsetzen.

Im Hinblick auf den *Wettbewerb, Investitionsgenehmigungen und den Verwaltungsaufwand* wird die Regierung bis Oktober 2015 eine nachträgliche Folgenabschätzung für ausgewählte Reformen und ihre Umsetzung einleiten und bis Juni 2016 die ausstehenden Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung ermitteln (**zentrale Forderung**).

Im Hinblick auf die *reglementierten Berufe* wird die Regierung bis Oktober 2015 den Präsidialerlass zu Bauingenieuren und ähnlichen Berufen vorbehaltenen Aktivitäten

vorlegen (**zentrale Forderung**), um ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Beschränkungen zu beseitigen, und bis Dezember 2015 die Empfehlungen eines externen Beraters (**zentrale Forderung**) sowie bis Februar 2016 die Empfehlungen des ressortübergreifenden Ausschusses auf der Grundlage anderer aktueller Berichte übernehmen.

Im Hinblick auf *Handelserleichterungen* wird die Regierung bis Dezember 2015 die Zollvorverfahren vereinfachen. Zusätzlich werden die Behörden unter Beteiligung öffentlicher und privater Akteure den Aktionsplan für Handelserleichterungen für den nationalen zentralen Schalter ("Single Window") aktualisieren und bis Dezember 2015 einen Aktionsplan zur Exportförderung verabschieden und deren Umsetzung vorantreiben. Die Regierung wird bis März 2016 im Einklang mit den Empfehlungen der Weltzollorganisation institutionelle Änderungen bei den nachträglichen Prüfungen vornehmen und die Risikoanalyseabteilung umstrukturieren sowie bis September 2016 die Umstrukturierung des Zolls abschließen (**zentrale Forderung**). Bei der Schmuggelbekämpfung werden die Behörden bis September 2015 drei mobile Eingreifteams aufstellen, bis Dezember 2015 eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Kraftstoff- und Zigarettenschmuggel auf der Grundlage einer wirksamen dienststellenübergreifenden Zusammenarbeit verabschieden, bis Juni 2016 das Zufluss-Abfluss-System in allen Tanks der Steuer- oder Zolllager vollständig installieren und bis Dezember 2016 die drei größten internationalen Häfen mit Scannern ausstatten (**zentrale Forderung**), wobei sichergestellt wird, dass jeder dieser Häfen bis März 2016 mindestens einen Scanner erhält.

Im Hinblick auf die *Flächennutzung* wird die Regierung bis September 2015 den ressortübergreifenden Raumplanungsausschuss unter Beteiligung unabhängiger Sachverständiger wieder einberufen. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Institutionen und mit deren Zustimmung wird die Regierung im Oktober 2015 einen Fahrplan mit Terminvorgaben für ausgewählte Verbesserungen des Raumplanungsgesetzes vorlegen, einschließlich Verbesserungen bei einigen Flächennutzungskategorien, sowie für die vollständige Verabschiedung sekundärer Rechtsvorschriften bis Juni 2016, um sicherzustellen, dass durch die Rechtsvorschriften Investitionen tatsächlich erleichtert und die Planungsprozesse vereinfacht und verkürzt werden und gleichzeitig die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden können. Wird im Hinblick auf die notwendigen Änderungen keine Einigung erzielt, wird das Raumplanungsgesetz von 2014 vollständig umgesetzt (**zentrale Forderung**). Die Regierung wird bis Dezember 2015 den Präsidialerlass zu forstwirtschaftlichen Definitionen verabschieden und bis Juli 2016 das Forstwirtschaftsgesetz vollständig umsetzen. Darüber hinaus wird die Regierung bis Februar 2016 den Rechtsrahmen für landesweite Katasterämter auf der Grundlage eines Geschäftsplans, von Erfahrungen der zwei Pilotämter und der aktuellen technischen Unterstützung verabschieden und die angemessene finanzielle Unabhängigkeit sowie angemessene Verwaltungskapazitäten für die Katasterbehörde sicherstellen (**zentrale Forderung**).

Im Hinblick auf die Verknüpfung von *Ausbildung und Forschung und Entwicklung* verpflichten sich die griechischen Behörden, nach der Prüfung der Verknüpfungen zwischen Ausbildung und Forschung und Entwicklung (s. Abschnitt 4.1 „Bildung“) einen umfassenden Konsultationsprozess mit Blick auf die Umsetzung der empfohlenen bewährten Verfahren einzuleiten. Organisation und Zeitplanung für die Konsultation sind bis Oktober 2015 aufzustellen.

Im Hinblick auf die *Landwirtschaft* werden die Behörden bis Dezember 2015 eine Strategie zur Wettbewerbsfähigkeit verabschieden. Diese wird umfassen: a) Verbesserungen bei der Absorption von EU-Mitteln; b) Maßnahmen zur Verbesserung der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, darunter eine sofortige Reform der Marktgenehmigungen, um den Zugang zu landwirtschaftlichen Erzeugnissen für Verbraucher zu verbessern, sowie Gründung einer Initiative für griechische Nahrungsmittel zur Förderung und Verwaltung von Exportvertriebsnetzen; c) Strukturreformen zur Einführung neuer Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Genossenschaften, Förderung von Strukturreformen zur Begünstigung junger und aktiver Bauern, verstärkte Zusammenführung der landwirtschaftlichen Nutzung sowie ein durch EU-Mittel finanziertes Programm zur Verbesserung der Ressourceneffizienz bei der Energienutzung, der Wasserwirtschaft und guten landwirtschaftlichen Verfahren.

Im Hinblick auf die *Strukturfonds* werden die Behörden bis Oktober 2015 das Gesetz 4314/2014 zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds vollständig umsetzen, sämtliche für die Aktivierung der verfügbaren Mittel unerlässlichen delegierten Rechtsakte verabschieden und alle Ex-ante-Bedingungen erfüllen.

Im Hinblick auf die *technische Unterstützung* beabsichtigen die Behörden, unverzüglich in drei wichtigen Bereichen ein Unterstützungsersuchen zu stellen: eine Wettbewerbsbewertung im Bereich Großhandel, Bauwesen, E-Commerce, Medien und dem übrigen produzierenden Gewerbe mit Unterstützung der OECD; Reform der Investitionsgenehmigungen mit Unterstützung der Weltbank; eine neue Runde beim Bürokratieabbau. Als nächsten Schritt beabsichtigen die Behörden, im Rahmen der technischen Unterstützung die Umsetzung der Reformen in den Bereichen Wettbewerb, Verwaltungsaufwand und Investitionsgenehmigungen zu bewerten. Darüber hinaus werden die Behörden zur Gewährleistung einer wirksamen Umsetzung der Reformen in anderen Bereichen bei Bedarf technische Unterstützung in Anspruch nehmen, unter anderem durch die Kommissionsdienststellen, Sachverständige aus den Mitgliedstaaten, internationale Organisationen und unabhängige Berater. Dazu gehören die reglementierten Berufe, Handelserleichterungen, Exportförderung, Flächennutzung, Ausbildung und Forschung und Entwicklung, Tourismusinfrastruktur, Landwirtschaft und Strukturfonds.

4.3. Regulierte Netzindustrien (Energie, Verkehr, Wasser)

Energie

Für die griechischen Energiemärkte sind weitreichende Reformen notwendig, um diese mit EU-Rechtsvorschriften und -Vorgaben in Einklang zu bringen, sie moderner und wettbewerbsfähiger zu gestalten, Monopolrenten und Ineffizienzen zu reduzieren, Innovation zu fördern, die stärkere Nutzung von erneuerbaren Energien und Gas zu unterstützen und die Weitergabe der Vorteile all dieser Änderungen an die Verbraucher sicherzustellen.

Als **Vorabmaßnahmen** werden die Behörden die Reform des Gasmarkts und den entsprechenden Fahrplan verabschieden, was unter anderem die uneingeschränkte Wahlfreiheit beim Wechsel des Anbieters für alle Kunden bis 2018 zur Folge hat; die Behörden werden der Europäischen Kommission zudem das reformierte System der

kapazitätsbezogenen Zahlungen (einschließlich eines vorläufigen und eines dauerhaften Mechanismus) und NOME-Produkte melden.

Bis September 2015 werden die Behörden ein Programm für das vorläufige und das dauerhafte System der kapazitätsbezogenen Zahlungen einführen; Regeln für den Strommarkt ändern, um zu verhindern, dass Kraftwerke unter ihren variablen Kosten betrieben werden müssen, und um Regulierungen gemäß der Entscheidung des Staatsrats über die Aufrechnung der Rückstände zwischen PPC und Marktteilnehmer vorzunehmen; entsprechend dem vereinbarten Zeitplan mit der Umsetzung der Reform des Gasmarkts beginnen, wobei der Schwerpunkt auf den Versorgungstarifen liegt; unterbrechbare Verträge einführen, wie von der Europäischen Kommission genehmigt; PPC-Tarife auf Grundlage der Kosten überarbeiten, einschließlich Ersetzung der 20-Prozent-Vergünstigung für energieintensive Kunden durch Tarife basierend auf bei der Erzeugung anfallenden Grenzkosten, bei denen sich das Verbrauchsverhalten der Kunden, das sich auf die Kosten auswirkt, berücksichtigt wird (**zentrale Forderung**).

Im September 2015 werden die Behörden den Aufbau des NOME-Auktionssystems mit der Europäischen Kommission erörtern, wobei das Ziel darin besteht, die Marktanteile von PPC im Einzel- und Großhandel um 25% zu senken und bis 2020 auf unter 50% zu reduzieren; parallel wird es Mindestgebote geben, welche die Erzeugungskosten berücksichtigen und in vollem Umfang den EU-Vorschriften entsprechen. Sollte bis Ende Oktober 2015 keine Einigung zu NOME erzielt werden können, werden sich die Behörden mit den Institutionen auf sofort umzusetzende Strukturmaßnahmen einigen, mit denen bezüglich Marktanteile und Zeitpläne die oben aufgeführten Ergebnisse erzielt werden sollen (**zentrale Forderung**). In jedem Fall wird es bis 2020 keinem Unternehmen möglich sein, direkt oder indirekt über 50% des insgesamt in Griechenland erzeugten oder eingeführten Stroms zu erzeugen oder einzuführen (Rechtsvorschrift als **Vorabmaßnahme** zu erlassen).

Bis Oktober 2015 werden die Behörden: a) unumkehrbare Schritte (einschließlich der Bekanntgabe des Datums für die Einreichung verbindlicher Angebote) zur Privatisierung des Stromnetzbetreibers ADMIE unternehmen, sofern kein Alternativkonzept mit hinsichtlich des Wettbewerbs und der Investitionsaussichten gleichwertigen Ergebnissen vorgelegt wird, das den bewährten europäischen Verfahren entspricht und mit den Institutionen vereinbart wurde, um eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung von PPC zu erzielen (**zentrale Forderung**). Zu diesem Zweck haben die Behörden den Institutionen im August 2015 den ersten Vorschlag vorgelegt; b) die Energiebesteuerung überprüfen; c) die finanzielle und operative Unabhängigkeit der Stromaufsichtsbehörde stärken; d) die Energieeffizienz-Richtlinie 27/2012 in nationales Recht umsetzen, wodurch die dem Parlament bereits vorgelegten Rechtsvorschriften umgesetzt werden.

Bis Dezember 2015 werden die Behörden unter Wahrung der Finanzstabilität einen neuen Rahmen für die Förderung von erneuerbaren Energien und zur Verwirklichung von Energieeffizienz genehmigen; zur Steigerung der Energieeffizienz werden sie EU-Mittel und Finanzierungsmittel internationaler offizieller Geber sowie privater Geber bestmöglich nutzen. Außerdem werden die Behörden einen neuen Plan für die Aufrüstung der Stromnetze zur Leistungsverbesserung, Verbesserung der Interoperabilität und Kostenreduzierung für Verbraucher einbringen. Die Behörden werden mit der Umsetzung des Fahrplans für die Einführung des von der EU angestrebten Modells für den Strommarkt

beginnen, die bis Dezember 2017 abgeschlossen sein wird (**zentrale Forderung**); in diesem Zusammenhang wird die Entwicklung des Ausgleichsmarkts bis Juni 2017 abgeschlossen (**zentrale Forderung**).

Die Behörden werden bei der Ausarbeitung des neuen Rahmens für erneuerbare Energien und Energieeffizienz fachliche Unterstützung nutzen. Weitere wichtige Bereiche, in denen auf Unterstützung zurückgegriffen wird – sowohl bei Rechtsvorschriften als auch bei Verordnungen – sind die Umsetzung der Reform des Gasmarkts und der Übergang zu dem von der EU angestrebten Modell für den Strommarkt.

Wasserversorgung

Ein stabiler regulatorischer Rahmen ist unerlässlich, um dringend benötigte Investitionen in die Wassernetze zu ermöglichen und die Verbraucher im Hinblick auf die Preisgestaltung zu schützen. Die Regierung wird mit fachlicher Unterstützung der EU bis Dezember 2015 die Maßnahmen einleiten, die zur vollständigen Umsetzung des Regulierungsrahmens für die Wasserversorgung basierend auf dem 2014 vom Sondersekretariat für Wasser ausgearbeiteten Verfahren unter Berücksichtigung des aktuellen Rechtsrahmens notwendig sind; ferner strebt die Regierung eine weitere Verbesserung und Stärkung der Wasserbehörde an, damit diese notwendige und unabhängige aufsichtsrechtliche Entscheidungen treffen kann (Juni 2016, **zentrale Forderung**).

Verkehr und Logistik

Betreffend Verkehr und Logistik werden die Behörden bis Juni 2016 einen allgemeinen Masterplan für Verkehr und Logistik für Griechenland, der alle Verkehrsmittel umfasst (Straßen-, Schienen-, Schifffahrts- und Luftfahrtsverkehr sowie multi-modaler Verkehr), sowie einen fristgebundenen Aktionsplan für die Logistikstrategie erlassen; zudem werden Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem Logistikgesetz umgesetzt (**zentrale Forderung**). Bezüglich des Schifffahrtsverkehrs wird die Regierung die Besatzungsvorschriften für Inlandsdienste an die für internationale Fährlinien angleichen, wobei allgemein bewährte sichere Besatzungsgrundsätze eingehalten werden, und Gesetzesänderungen verabschieden.

Die Hafen-Regulierungsbehörde wird bis Juni 2016 voll einsatzfähig sein. Die Regierung wird den Präsidialerlass zum operativen Aufbau der Regulierungsbehörde bis Oktober 2015 verabschieden (**zentrale Forderung**). Die Regierung wird fachliche Unterstützung bei der Festlegung der Aufgaben der Hafen-Regulierungsbehörde und der Hafenbehörden und bei der Erarbeitung interner Vorschriften und erforderlicher Gesetze, die zur Sicherung der vollen Funktionsfähigkeit bis März 2016 verabschiedet werden müssen, einholen.

Zusätzlich zu dieser Reformagenda im Bereich der Netzindustrien beabsichtigen die Behörden, bei Bedarf auf fachliche Unterstützung zurückzugreifen, auch zur Stärkung der Regulierungsbehörde und im Bereich Logistik.

4.4 Privatisierungen

Privatisierungen können dazu beitragen, die Wirtschaft effizienter zu gestalten und die

Staatsverschuldung zu verringern. Die Privatisierung ist seit Jahresbeginn zum Stillstand gekommen, doch hat sich die Regierung jetzt zur Fortsetzung eines ehrgeizigen Privatisierungsprogramms und zur Prüfung der Möglichkeiten zur Reduzierung des Finanzierungsrahmens durch einen alternativen Konsolidierungspfad oder höhere Einnahmen aus Privatisierungen verpflichtet.

Zur Aufrechterhaltung des laufenden Privatisierungsverfahrens und des Anlegerinteresses an wichtigen Ausschreibungen verpflichtet sich die Hellenische Republik dazu, das laufende Privatisierungsverfahren fortzusetzen. Das Direktorium des Privatisierungsfonds HRADF (Hellenic Republic Asset Development Fund) hat seinen Vermögensentwicklungsplan bereits genehmigt, der die am 31.12.2014 vom HRADF gehaltenen Vermögenswerte für die Privatisierung umfasst.

Durch die Umsetzung dieses Programms sollen 2015, 2016 und 2017 jährliche Erlöse in Höhe von je 1,4 Mrd. EUR, 3,7 Mrd. EUR und 1,3 Mrd. EUR erzielt werden (mit Ausnahme von Bankaktien).

Als **Vorabmaßnahme** und zur Wiederaufnahme des Privatisierungsprogramms wird die Regierung folgende Maßnahmen verabschieden:

- i. Die Behörden werden den vom HRADF am 30.7.2015 genehmigten Vermögensentwicklungsplan billigen. Der Vermögensentwicklungsplan ist diesem Memorandum in der Anlage beigelegt und ist Bestandteil dieser Vereinbarung. Der Vermögensentwicklungsplan wird halbjährlich aktualisiert und vom HRADF genehmigt, das Kabinett oder KYSOIP werden den Plan billigen.
- ii. Die Regierung und der HRADF werden verbindliche Daten zur Angebotsabgabe für die Häfen Piräus und Thessaloniki spätestens für Ende Oktober 2015 und für TRAINOSE ROSCO ohne wesentliche Änderungen der Ausschreibungsbedingungen bekanntgeben.
- iii. Die Behörden werden unumkehrbare Schritte für den Verkauf der Regionalflughäfen zu den gegenwärtigen Bedingungen, bei denen der erfolgreiche Bieter bereits feststeht, durchführen.
- iv. Die Behörden werden etwa 20 ausgewählte ausstehende Maßnahmen abschließen, die vom HRADF bestimmt wurden.

Die Regierung verpflichtet sich, das Privatisierungsverfahren zu vereinfachen und alle zur erfolgreichen Durchführung von Ausschreibungen notwendigen staatlichen Maßnahmen abzuschließen. In diesem Zusammenhang wird sie sämtliche notwendigen Maßnahmen abschließen, die vierteljährlich vom HRADF, von den Institutionen und von der Regierung vereinbart werden. Die Liste der ausstehenden Maßnahmen der Regierung wurde vom Direktorium des Privatisierungsfonds HRADF genehmigt; sie ist diesem Memorandum in der Anlage beigelegt und ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

In Übereinstimmung mit der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015 wird ein neuer eigenständiger Fonds („Fonds“) geschaffen, in dessen Besitz sich werthaltige griechische Vermögenswerte befinden werden. Übergeordnetes Ziel des Fonds ist die Verwaltung werthaltiger griechischer Vermögenswerte sowie der Schutz, die Schaffung und letztlich die Maximierung ihres Werts, wobei die Vermögenswerte durch Privatisierungen und andere Maßnahmen veräußert werden.

Der Fonds würde in Griechenland eingerichtet und von den griechischen Behörden unter Aufsicht der betreffenden europäischen Institutionen verwaltet. Der Fonds soll seine Ziele durch Einhaltung international bewährter Verfahren hinsichtlich Governance, Aufsicht und Transparenz von Berichtsstandards sowie Compliance erreichen.

Bis Oktober 2015 werden die Behörden eine unabhängige Taskforce einsetzen, die im Zusammenhang mit dem zu schaffenden Fonds Optionen prüfen und Empfehlungen für operative Ziele, Aufbau und Governance erarbeiten soll. Die Taskforce würde bis Dezember 2015 Bericht erstatten; die Regierung wird in Abstimmung mit den Institutionen Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen bis März 2016 unternehmen (**zentrale Forderung**). Die Behörden würden das Mandat und die Zusammensetzung der Taskforce in Abstimmung mit den europäischen Institutionen und im Einvernehmen mit der Eurogruppe festlegen. Sie können diesbezüglich fachliche Unterstützung anfordern. Das Mandat der Taskforce wird folgende Punkte umfassen:

1. Identifizierung von Vermögenswerten, die auf den neuen Fonds übertragen werden könnten, und der besten Möglichkeiten ihrer Veräußerung: Besondere Aufmerksamkeit würde auf die Wertschöpfung aus Immobilienwerten der Hellenischen Republik gelegt werden, einschließlich der bereits von ETAD gehaltenen.
2. Identifizierung angemessener Governance-Strukturen des neuen Fonds, einschließlich Prüfung der Option, innerhalb des Fonds spezifische untergeordnete Ebenen für verschiedenartige Vermögenswerte einzurichten, die ggf. auf Grundlage der Erfahrungen von Einrichtungen wie dem Privatisierungsfonds HRADF und ETAD erfolgen würde; Prüfung der Frage, ob solche bestehenden Einrichtungen reformiert und vom Fonds getrennt, bei Abschluss ihres Mandats aufgelöst oder in den neuen Fonds aufgenommen würden.
3. Vorlage eines Vorschlags für den Übergang zum neuen Fonds, um Kontinuität gegenüber vorherigen Regelungen sicherzustellen, einschließlich der möglichen Übertragung von Vermögenswerten im Rahmen des Vermögensentwicklungsplans.
4. Gemäß der Erklärung des Euro-Gipfels wird die Veräußerung der Vermögenswerte eine Maßnahme sein, um die geplante Rückzahlung des neuen ESM-Darlehens sicherzustellen und während der Laufzeit des neuen Darlehens insgesamt 50 Mrd. EUR zu erwirtschaften, wovon 25 Mrd. EUR für Rückzahlungen im Zusammenhang mit der Rekapitalisierung von Banken und anderer Vermögenswerte, 50 % jedes verbleibenden Euros (d. h. 50 % von 25 Mrd. EUR) für die Verringerung der Schuldenquote und die übrigen 50 % für Investitionen verwendet werden. Die Taskforce wird hinsichtlich der Umsetzung Optionen prüfen und Empfehlungen erarbeiten.
5. Optionen für die Verabschiedung eines Rechtsrahmens, mit dem transparente Verfahren und eine angemessene Festsetzung der Verkaufspreise für Vermögenswerte nach den OECD-Grundsätzen und -Standards für die Verwaltung staatseigener Unternehmen sowie die Einhaltung international bewährter Verfahren sichergestellt würden. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Erzielung höchstmöglicher Werte aus den Vermögenswerten des Fonds und auf die Vermeidung der Veräußerung von Vermögenswerten unter ihrem Zeitwert gelegt.
6. Bewertung möglicher Strategien, die zur Veräußerung der Vermögenswerte durch

Privatisierungen und andere Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden, gemäß international bewährten Verfahren; Prüfung von Optionen der professionellen Verwaltung der Vermögenswerte.

7. Prüfung der statistischen Zuordnung der neuen Einrichtung im Hinblick auf deren Einstufung als gesamtstaatliche Einrichtung, und insbesondere der Auswirkungen auf die Ausgabe von Schuldverschreibungen oder Garantien, um sicherzustellen, dass diese nicht zulasten der griechischen Bruttoverschuldung gehen oder Eventualverbindlichkeiten für die griechischen Steuerzahler schaffen.

5. Moderner Staat und öffentliche Verwaltung

5.1. Öffentliche Verwaltung

Die Behörden beabsichtigen, die griechische Verwaltung zu modernisieren und erheblich zu stärken sowie in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ein Programm zum Aufbau von Kapazitäten in der griechischen Verwaltung und zu deren Entpolitisierung einzurichten.

Zu diesem Zweck wird auf Grundlage des am 20. Juli von den Behörden der Europäischen Kommission übermittelten Schreibens bis Dezember 2015 in Abstimmung mit der Europäischen Kommission und unter möglichst umfangreicher Nutzung sämtlicher verfügbarer fachlicher Unterstützung eine über drei Jahre laufende umfassende Reformstrategie entwickelt (**zentrale Forderung**). Hauptbestandteile dieser Strategie sind die Neugestaltung von Verwaltungsstrukturen, Rationalisierung von Verwaltungsverfahren, Optimierung der Personalausstattung, Stärkung von Transparenz und Rechenschaftspflicht, elektronische Verwaltung und eine bessere Kommunikationsstrategie. Zentrale Forderungen sind eine bessere Koordinierung der Maßnahmen, bessere Einstellungsverfahren für Führungskräfte, Personalplanung zur rechtzeitigen Bewertung und Erfüllung des Personalbedarfs, eine haushaltsneutrale Reform der Tarifordnung, ein modernes Leistungsbewertungssystem, die Stärkung politischer Arbeitseinheiten in Schlüsselbereichen, eine erhebliche Aufwertung der Rolle der lokalen Gebietskörperschaften auf beiden Ebenen zwecks Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Rationalisierung der Verwaltungsstrukturen der Kommunalbehörden, Rationalisierung von Staats- und Kommunalbetrieben sowie Modernisierung von Einstellungsverfahren, verbesserte Mobilität im öffentlichen Dienst zur Förderung einer besseren Nutzung der Ressourcen.

Als **Vorabmaßnahmen** werden die Behörden Lohnnebenleistungen, wie z. B. Tagegeld, Reisekosten und Vergünstigungen, mit Wirkung vom 1. Januar 2016 an die bewährten Verfahren der EU angleichen. Bis September 2015 werden die Behörden den mit den Institutionen abgestimmten Umstrukturierungsplan für die Athener Verkehrsbetriebe OASA durch Rechtsvorschriften annehmen (**zentrale Forderung**).

Bis Oktober 2015 werden die Behörden die einheitliche Tarifordnung mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 reformieren, wobei die Schlüsselparameter haushaltsneutral und entsprechend den vereinbarten Zielvorgaben für die Lohn- und Gehaltskosten festgelegt und flächendeckend im öffentlichen Sektor angewendet werden, einschließlich der Dekomprimierung der Lohnskala für alle Gehaltsgruppen in Bezug auf die Fähigkeiten,

Leistung, Aufgaben und Position der Beschäftigten (**zentrale Forderung**), außerdem werden sie die Urlaubsregelungen an die bewährten Verfahren der EU angleichen. Bis 2018 wird das aktuelle „klados“-System reformiert, um eine bessere Verknüpfung der Aufgabenbeschreibungen zu erhalten, die sich in der Tarifordnung niederschlagen wird. Die Behörden werden bis November 2015 Rechtsvorschriften verabschieden zum Erlass aller sekundärrechtlichen Vorschriften zur Umsetzung der Reform der Tarifordnung sowie bis Juni 2016 die fachbezogenen Tarifordnungen mit Wirkung im Jahr 2017 rationalisieren.

Gestützt auf den Rat internationaler Sachverständiger, koordiniert von der Europäischen Kommission, werden die Behörden i) (bis Oktober 2015) Rechtsvorschriften für die Auswahl von Führungskräften prüfen und deren Umsetzung einleiten (**zentrale Forderung**). Die Auswahl neuer Führungskräfte wird bis Ende 2016 abgeschlossen, wobei Generaldirektoren bis Dezember 2015 und Direktoren bis Mai 2016 ausgewählt werden sollen. Durch die Reform wird die Einstellung von Führungskräften auf der Grundlage ihrer Leistung und Kompetenz erfolgen, wobei die technische Umsetzung von der politischen Entscheidung entkoppelt wird, außerdem werden die Vorschriften für Generalsekretäre und andere oberste Führungsebenen in öffentlichen Einrichtungen wie Staatsbetrieben geändert, um eine Entpolitisierung und ein besseres institutionelles Gedächtnis zu erzielen, dabei werden Effektivität und angemessene Übertragung von Befugnissen sichergestellt; ii) bis November 2015 Vorschriften für den neuen Rechtsrahmen zur Leistungsbewertung aller Mitarbeiter erlassen, um eine ergebnisorientierte Kultur aufzubauen.

Bis Oktober 2015 werden die Behörden innerhalb der neuen mittelfristigen Haushaltsstrategie Obergrenzen für die Lohn- und Gehaltskosten und das Beschäftigungsniveau im öffentlichen Sektor festlegen, soweit dies mit dem Erreichen der Haushaltsziele und der Gewährleistung eines Abwärtstrends der Lohn- und Gehaltskosten im Verhältnis zum BIP im Zeitraum 2016-2019 vereinbar ist (**zentrale Forderung**). Zu diesem Zweck verpflichten sich die Behörden, die Personalabbauquote 2016 beizubehalten, während die Quote für die Jahre 2017-2019 in der im Oktober 2015 anzunehmenden mittelfristigen Haushaltsstrategie festgelegt wird. Im Hinblick auf spätere Maßnahmen wird die Personalabbauquote für die Jahre nach dem nächsten Jahr (t+2) im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsstrategie jährlich überarbeitet.

Bis November 2015 wird das derzeitige Generalsekretariat für Koordinierung gestärkt, um eine wirksame Planung und Koordinierung der Regierungsarbeit, von Gesetzesinitiativen, der Überwachung der Reformumsetzung und von Arbitragefunktionen bei allen Maßnahmen sicherzustellen.

Bis Dezember 2015 werden die Behörden ein neues Programm für dauerhafte Mobilität einführen. Dieses Programm wird die Verwendung von Stellenbeschreibungen fördern und mit einer online zugänglichen Datenbank verknüpft sein, die alle aktuellen Stellenangebote enthält. Die endgültige Entscheidung über die Mobilität eines Mitarbeiters wird von der jeweiligen Dienststelle getroffen. Dadurch werden Mittelzuweisung und Personalausstattung auf gesamtstaatlicher Ebene rationalisiert.

Die Behörden werden weiterhin unrechtmäßige Einstellungen und einstweilige Anordnungen sowie Disziplinarfälle ermitteln und entsprechende Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen.

Mit fachlicher Unterstützung werden sich die Behörden an einem Programm beteiligen, das den Zugang der Bürger zum Recht verbessern soll. Dies umfasst einen langfristigen Plan zur Kodifizierung der wichtigsten Rechtsvorschriften, der bis März 2016 vorgeschlagen und bis Juni 2018 vollständig umgesetzt wird. Außerdem umfasst das Programm die Einrichtung eines elektronischen Portals bis Dezember 2016, das Zugang zu Rechtsvorschriften bietet, sowohl in der im Staatsanzeiger (FEK) veröffentlichten Form als auch in einer konsolidierten Fassung der unterschiedlichen Bestimmungen.

5.2 Justiz

Am 22. Juli 2015 verabschiedeten die Behörden die neue Zivilprozessordnung, die ab 1. Januar 2016 in Kraft treten wird. Die Behörden werden die überarbeitete Zivilprozessordnung im Einklang mit den Anforderungen umsetzen, die in den Übergangsbestimmungen des Artikels 1 (Neunter Artikel) des Gesetzes 4335/2015 und im bis September 2015 fertigzustellenden Fahrplan für die Umsetzung der überarbeiteten Zivilprozessordnung festgelegt sind.

Die Behörden werden die Gerichtsgebühren rationalisieren und deren selektive Erhöhung einführen sowie diesbezüglich die Transparenz erhöhen (Oktober 2015). Sie werden Maßnahmen vorschlagen, mit denen der Zugang schutzbedürftiger Personen zur Justiz sichergestellt werden soll (Dezember 2015).

Die Behörden werden Maßnahmen zum Abbau des Bearbeitungsrückstands in den Verwaltungsgerichten bis September 2015 und in Zivilgerichten bis Oktober 2015 vorschlagen; sie werden einen Aktionsplan mit den europäischen Institutionen vereinbaren, der fachliche Unterstützung bei E-Justice, Mediation und Rechtsprechungsstatistiken umfasst (Oktober 2015).

Die Behörden werden bis November 2015 einen über drei Jahre laufenden Strategieplan zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Justizwesens vorschlagen und anschließend umsetzen. Der Plan sollte wichtige Maßnahmen umfassen zur Steigerung der Effizienz der Gerichte, Beschleunigung von Gerichtsverfahren und Behebung von Mängeln in der Funktionsweise der Gerichte, wie z. B. Erfassung von Informationen über die Situation der Gerichte, Informatisierung, Entwicklung alternativer Möglichkeiten der Streitbeilegung wie Mediation, Rationalisierung der Verfahrenskosten sowie Verbesserung der Funktionsfähigkeit und Verwaltung der Gerichte.

5.3 Korruptionsbekämpfung

Die Behörden werden als **Vorabmaßnahme** einen überarbeiteten strategischen Plan zur Korruptionsbekämpfung aktualisieren und veröffentlichen; und sie werden diesen fristgerecht umsetzen.

Die Behörden werden bis Oktober 2015 Rechtsvorschriften erlassen, mit denen Ermittlungen gegen Finanzkriminalität und Korruption vor politischer Einflussnahme in Einzelfällen geschützt werden, insbesondere durch Änderung des Artikels 12 des Gesetzes 4320/2015 und durch Einrichtung eines Systems zur Gewährleistung ordnungsgemäßer Koordinierung, Priorisierung von Ermittlungen und Informationsaustausch

zwischen Ermittlungsbehörden mittels einer von den Staatsanwaltschaften für Finanz- und Korruptionsdelikte geleiteten Koordinierungsstelle.

Die Behörden werden den Rechtsrahmen für die Offenlegung des Vermögens (Oktober 2015) und der Finanzierung der politischen Parteien im Hinblick auf zentrale Schwachstellen, wie z. B. die Zusammensetzung des gemeinsamen Ausschusses für beide Regulierungsbereiche, anonyme Spenden, Beschränkungen für die Einziehung und Übertragbarkeit öffentlicher Finanzmittel sowie die fehlende Festlegung von Steuerabzugsätzen (November 2015) ändern und umsetzen; die Behörden werden eine Bewertung der im Gesetz 4312/2014 vorgesehenen Verringerung des Strafmaßes für Finanzdelikte durchführen und dieses Gesetz bei Bedarf ändern (November 2015); sie werden einen Entwurf eines Verhaltenskodex für Abgeordnete annehmen (März 2016).

Die Regierung verpflichtet sich, die GRECO-Empfehlungen vollständig und fristgerecht umzusetzen.

Die Behörden werden weiterhin fachliche Unterstützung vom Unterstützungsdienst für Strukturreformen der Europäischen Kommission (Structural Reform Support Service – SRSS) in den Bereichen der Korruptionsbekämpfung, in denen bereits Unterstützung geleistet wurde, in Anspruch nehmen.

5.4 Statistiken

Die Regierung wird die im März 2012 unterzeichnete Verpflichtung zu zuverlässigen Statistiken vollständig erfüllen, indem sie alle vorgesehenen Maßnahmen umsetzt, darunter die Einhaltung der internationalen Statistikstandards, die Gewährleistung, Verteidigung und öffentliche Förderung der professionellen Unabhängigkeit von ELSTAT, die Unterstützung von ELSTAT bei der Wahrung des Vertrauens in die griechischen Statistiken und deren Verteidigung gegen alle Versuche, ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben, sowie die jährliche Berichterstattung gegenüber dem griechischen Parlament und der Europäischen Kommission.

Die Regierung wahrt in vollem Umfang die Unabhängigkeit von ELSTAT bei der Erfüllung seiner Aufgaben und der Erstellung qualitativ hochwertiger Statistiken. Hierzu wahrt sie die finanzielle Unabhängigkeit von ELSTAT und stellt alle erforderlichen Mittel gemäß dem genehmigten Jahresetat von ELSTAT rechtzeitig zur Verfügung, damit diese Behörde ihre Aufgaben ohne Unterbrechung erfüllen kann.

Die Regierung wird sicherstellen, dass ELSTAT bis September 2015 gemäß Art. 17 des Gesetzes 4174/2013 in der durch die Gesetze 4254/2014 und 4258/2014 geänderten Fassung sowie entsprechend der von ELSTAT, dem Finanzministerium (GSIS), dem Generalsekretär für Staatseinnahmen und dem Sozialversicherungsträger IKA am 17.04.2014 unterzeichneten Vereinbarung Zugang zu administrativen Datenquellen erhält.

Als **Vorabmaßnahme** wird die Regierung das Verfahren zur Ernennung eines ELSTAT-Präsidenten nach den Gesetzen 4334/2015 und 3832/2010 einleiten.

ANLAGEN

1 – HRDAF – Vermögensentwicklungsplan – 30. Juli 2015

2 – HRDAF – ausstehende Maßnahmen der Regierung – 30. Juli 2015



EUROPEAN COMMISSION

DIRECTORATE GENERAL
ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS

Brussels, 14 August 2015

Report on Greece's compliance with the draft MOU commitments and the commitments in the Euro Summit statement of 12 July 2015

Main Findings

Greece has requested support from its European partners, to restore sustainable growth, create jobs, reduce inequalities, and address the risks to its own financial stability and to that of the euro area. A Memorandum of Understanding (MoU) has been prepared in response to a request of 8 July 2015 from the Hellenic Republic to the Chairperson of the Board of Governors of the European Stability Mechanism (ESM) for stability support in the form of a loan with an availability period of three years.

The Euro Summit of 12 July stressed the crucial need to rebuild trust with the Greek authorities. The MoU outlines a set of prior actions for a first disbursement under the ESM programme, which follows on from two sets set of measures already adopted by the Greek authorities on 16 and 22 of July 2015. This report assesses compliance with the prior actions. It was compiled by European Commission staff, in liaison with ECB staff.

This report provides an assessment of the 58 prior actions identified in the MoU or related to the correction of legislation passed on 16 or 22 July.

Pending a final version and translation of the legislation passed in the morning of 14 August 2015 (the "Omnibus law"), this report assesses that the received legislation broadly complies with the prior actions identified in the draft MoU. The prior actions include measures that (i) reverse most policy roll-backs of recent months, (ii) amend and complete some reforms in the package of measures adopted on 15 and 22 July 2015, and (iii) are covered in the main chapters of the MoU. This includes important reforms on fiscal measures, revenue collection, pension and health systems, competition in product market reforms including energy, and in regulated professions, and insolvency codes.

The institutions consider that, in some areas, further steps are needed to clarify and implement the adopted measures, or to complete the actions. Also, there is a need for further corrections of legislation adopted over the past months, but which still required technical work before being adopted, or of legislation passed as part of the package of prior actions, to ensure full consistency with reforms agreed with the institutions. In the absence of overriding technical constraints, all of these actions should be completed by September 2015.

2.1 FISCAL POLICY

Action 1 - Gradually abolish the refund of excise duty on diesel oil for farmers in two equal steps in October 2015 and October 2016

The Omnibus law (subparagraph D5) reduces the subsidy to €200 per 1000 litres from 1 October 2015 and to 0 from 1 October 2016. However, the text does not make it entirely clear that the diesel oil subsidy will be fully repealed as of October 2016.

DONE – pending further clarification

Action 2 - Increase the tonnage tax

The Omnibus law (subparagraph D4.2) provides for an increase in the tonnage tax of 4% p.a. for the coming 5 years (2016-2020). In addition, the levy on maritime intermediary companies (e.g. chartering, brokerage of sales and purchases of ships), which was initially imposed in 2013 for a four (4) year period (2012-2015), was extended for another 4 years (i.e. 2016-2019) and the respective levy rates were increased for that period by 2 p.p. compared to the current ones.

DONE

Action 3 - Launch the 2015 ENFIA exercise in order to issue bills in October 2015 with the final instalment due in February 2016

The MoU requires that the ENFIA property tax should raise €2.65 billion revenues in 2015. The Omnibus law (subparagraph D3.a) ensures that the first instalments will be paid at the end of October 2015 with the final instalment at the end of February 2016.

DONE

2.2 TAX POLICY REFORMS

Action 4 - Eliminate the cross-border withholding tax introduced by the instalments act

Paragraph 1 of Article 21 of Law 4321/2015 imposed a 26% withholding tax on cross-border transactions with non-cooperative jurisdictions, with jurisdictions that have a privileged tax regime (defined as a CIT rate less than half that in Greece). A Ministerial decree determined that the withholding tax was to come into operation on 1 September 2015. The withholding tax is clearly in breach of the requirement for the free movement of capital. The Omnibus (subparagraph D1.11.g) law repeals this article.

DONE

Action 5 - Reverse the recent amendments to the ITC introduced in laws

A number of amendments to the Income Tax Code were made in the laws 4321/2015, 4328/2015, 4030/2015 and 4031/2015. A substantial number of these amendments have been reversed in the Omnibus Law (see prior actions 48-50 and 53-56 below). In addition, a reduction in the advanced rate of tax for farmers introduced with article 2(8) of 2028/2015 has been reversed by the Omnibus Act.

A number of further important amendments need to be modified or repealed by October 2015. These include articles 2(1) and 2(3) of law 4028/2015, concerning taxation of agricultural income and rents respectively. The regime of alternative minimum taxation, imputed rents on own-use business property

also need to be re-examined. The system of late payment of interest and the filing deadlines for Personal Income Tax will also need to be reviewed.

DONE –further measures are due by October 2015

Action 6 - Clarify that the VAT island discounts will be fully eliminated by end-2016 and define the transitional arrangements.

As a correction to the legislation adopted on 15 July 2015, the Omnibus law (subparagraph D2.3) clarifies that the VAT discounts for Aegean Islands will be phased out by 31 December 2016. The reduced rates of VAT will be phased out progressively between three groups of islands currently benefitting of the discount: the first group from 1.10.2015, the second group from 1.6.2016, and 1.1.2017 in the rest of the islands. A joint Ministerial decision will determine the composition of the three groups. A further change was made to ensure that both processed and unprocessed meat products were taxed at the same reduced VAT rate, reducing the scope for a VAT fraud.

DONE

2.3 REVENUE ADMINISTRATION REFORMS

Action 7 - Modify the legislation applicable to garnishment for collection of public debt

The legislation on garnishments provided for a very high threshold (1500 euros) and a limit of 25% above the threshold, which limited the capacity to collect on high income debtors. This legislation is provided for in the article 31 of the code of public collection, which is amended by the Omnibus law (subparagraph D1.8). The authorities reduced the threshold to a lower limit (1000 euros for salaries and pensions, and 1250 on a bank account), and raised the cap, in a progressive way, up to the level where all the salary or pension is garnished (1500 euros). These limits are made applicable for social security contribution debt by a specific provision.

DONE

Action 8 - Amend the 2014–15 tax and SSC debt instalment schemes

The Omnibus law (subparagraph D1.14 and D1.15) addresses the issues in the instalment schemes introduced in autumn 2014 and in March 2015. It increases the interest rates to the ECB refinancing rate +5% in order to discourage arbitration of debt against the state. It allows the administration to reduce duration of a scheme. It allows the tax administration to exclude from a scheme a debtor who would not remain compliant on his new taxes payments. A social measure was included by which vulnerable debtors (high income to debt ratio, low debt, real estate under a threshold) could retain their 0% interest rate. Secondary legislation is needed implement the schemes. A technical error seems to have been made in making the final amendment to Omnibus law. If that is confirmed the provision must be corrected

DONE – pending editorial correction Action 9 - Amend the basic instalment scheme/TPC to adjust the market-based interest rates and suspend until end-2017 third-party verification and bank guarantee requirements

The Omnibus law (subparagraph D1.14 and D1.15) modifies certain elements of the Basic instalment scheme introduced in 2013 to allow debtors in temporary shortage of liquidity to repay their tax and social security debt within a year. The interest rates are lowered by 3p.p. (to ECB refinancing +5%), in

order to remain slightly above market rates, and some burdensome administrative conditions for entering (bank guarantee, for instance) are suspended for 2 years..

DONE

Action 10 - Accelerate procurement of software for VAT network analysis and for further automation of the debt collection, embracing inter alia fully automatized garnishment procedures

The Omnibus law (subparagraph D1.16) provides the elements justifying application of an accelerated procurement, in derogation from standard procurement rules, to allow for swift purchase of important software to support debt collection, one enabling identification and analysis of VAT carousels and other fraud and another to improve automation of collection of tax debt, including by expanding automated electronic garnishment.

DONE

Action 11 - Adopt immediately legislation to transfer, by end October 2015 all tax- and customs-related capacities and duties and all tax- and customs-related staff in SDOE and other entities to the revenue administration and

Action 51 - Tax competences given to SDOE

In March 2015 the authorities gave back tax investigation competences to the corps for the prosecution of financial crime (SDOE). In the MoU they agreed to suppress this competence and transfer to the tax administration the related staff and resources. The Omnibus law (subparagraph D7) passes legislation repealing the provisions adopted in March 2015, provides for this transfer and establishes key principles. An action plan has been provided to the institutions, and the action will be completed by October 2015.

DONE

2.4.1 Public Financial Management
--

Action 12 - Ring-fence the account for the management of EU structural funds instruments and of Greece's national contributions

A Joint Ministerial Decision signed on 14 August 2015 ring-fences the account for the management of EU structural funds instruments and of Greece's national contributions in order to ensure timely disbursements on EU co-financed projects. A reference to this was made on the Omnibus law. The Joint Ministerial Decision sets the modalities on how this ring-fencing will be implemented.

DONE

Action 57 - Fiscal council - as requested from the Euro Summit

The Greek government committed at the Eurosummit of 12 July 2015 to making the Fiscal Council operational before finalizing the MoU. For this to happen, the government adopted a Ministerial Decision to start on 17 July 2015 the open procedure to select the members of the board. The selection process regarding the members was completed and government decision was adopted on [13] August 2015. The minister of finance will be in a position to issue the nomination decision only following confirmation of selected candidates by the ethical committee in parliament, which is expected as soon as Parliament resumes from the current recess. As specified in the MoU, following completing the process for the appointment of the Board Members of the Fiscal Council, the Government will by

September 2015 issue the needed secondary legislation to make the Council fully operational (including budgeting and staffing) by November 2015.

DONE – further steps necessary ahead of full operationalization by November 2015

Action 58 – Quasi-automatic correction mechanism

The authorities have included in the Omnibus the corrections to the 15 July legislation concerning the automatic spending cuts.

DONE

2.5.1 PENSIONS

Action 13 - Clarify the rules for eligibility for the minimum guaranteed pensions after 67 years

A clarification of the existing rules for all pension funds was required to ensure that the amendments to paragraph 27 in law 4334/2015 apply to all minimum guaranteed pensions. The Authorities provided on 31.7.2015 an explanatory note to law 4334/2015 that describes adequately the current rules of guaranteed minimum pensions for all private sector pension funds with direct reference to these rules in the secondary legislation. A similar explanatory note concerning public sector pensions was received on 1.8.2015. Circular not yet issued.

PENDING check of adopted Omnibus Law

Action 14 - Issue all circulars to ensure the implementation of the 2010 laws

The full implementation of the 2010 pension law (law 3863/2010 for private sector pensions and law 3865/2010 for the public sector) required that necessary circulars will be issued. The circulars that ensure the implementation of the private sector (L. 3863/2010) and public sector (L. 3865/2010) pension laws were received by the institution on 31.7.2015 and 1.8.2015 respectively, but are not yet issued.

PENDING

Action 15 - Correct law 4334/2015 to among others correctly apply the freeze on monthly guaranteed benefits

The Omnibus law (subparagraph E2.3) ensures that by 31.12.2021 the thresholds of pension for old age, invalidity and death of main or supplementary insurance bodies, including the Bank of Greece, as provided for in the relevant statutory and general provisions, are kept at the rates of 31.07.2015.

DONE

Action 16 - Extend the freeze of guaranteed minimum pensions to the public sector

The Omnibus law amends the provisions in law 3865/2010, to extend the freeze of guaranteed minimum pensions until 31.12.2021..

PENDING check of adopted Omnibus Law

Action 17 - Eliminate gradually the grandfathering to statutory retirement age and early retirement pathways

The Omnibus law legislates the gradual abolition of the grandfathering of statutory retirements rights by 2022 for both the private [and the public] sector, by providing a table with transitional retirement ages.

PENDING check of adopted Omnibus Law

2.5.2 HEALTH CARE

Action 18 - Appointment of hospital CEOs

The Omnibus law (subparagraph F.4) repeals Article 15 of Law 4332/2015 giving full power to the Minister of Health to dismiss existing hospital CEOs, which, by allowing appointment decisions not only based on merit, undermined the efforts towards a more efficient, cost-effective and depoliticised health care system.

DONE

Action 19 – Repeal MD FEK 117/2015 on sanctions for misconduct relating to prescriptions

The authorities adopted the Ministerial Decision 117/2015 following a Council of State Decision. After interactions with the institution, it has been assessed that it would be preferable not to repeal that MD until a new legislation would be introduced, to avoid a legislative vacuum. The authorities have committed to continue reforming the health care sector, by, amongst others, controlling public expenditure and managing demand for pharmaceuticals. They have expressed the intention to re-enforce sanctions and penalties as a follow-up to the assessment and reporting of misconduct and conflict of interest in prescription behaviour and non-compliance with the EOF prescription guidelines, thereby re-establishing a prior MoU commitment. In line with this commitment, the authorities have agreed to formulate a new legislation upon completion of a dialogue at technical level with the authorities that is currently ongoing and expected to be completed by October 2015. The ongoing dialogue will ensure that the legislative measures are calibrated so as to correct the legislative setting, currently allowing doctors to exceed expenditure limits, while ensuring that doctors are able to perform their duties at the highest standard, in a constant effort towards greater efficiency and quality for patients.

NOT APPLICABLE – repeal not possible without creating legal vacuum, legislation will be changed by October 2015

Action 20 – Re-establish INN prescriptions based on active substance

The Omnibus Law introduce amendments to Circular No G5/oik.26225 of 8 April 2015. These amendments re-instate the obligation for doctors to exclusively prescribe the active substance, with due exceptions in cases of chronic diseases as set out in articles 6.4 and 6.5 of the Ministerial Decree FEK 3057/B/18-11.2012. The proportion of prescriptions including a specific medicine brand, according to these exceptions, cannot represent more than 15% of the total number of prescriptions per doctor per year, in line with article 6.6 of the MD of 18 November 2012. These exceptions are meant to leave room for complex cases, while maintaining the overall objective to manage pharmaceutical demand and contain overall costs.

DONE

Action 21 – Repealing the grandfathering for medicines in the market in 2012

The penultimate draft of the Omnibus law (subparagraph F1) did not properly repeal a provision in paragraph 4 of article 22 of Law 4213/2013 so that the rules on pricing as set in that article shall apply retrospectively to all medicines, irrespective of the date of their adoption.

PENDING check of adopted Omnibus Law

Action 22 - Clawbacks

The authorities have agreed in the MoU to establish claw backs for 2015 for diagnostics and private clinics and delink the 2014 claw back for private clinics from the 2013 one. The agreed commitments have been substantiated by the adoption of various Ministerial Decrees to implement the necessary extension of the claw backs to the expenditure on pharmaceuticals, as well as to on diagnostics services and on services provided by private clinics.

The Omnibus Law modifies art.11 par e of L.4052/2012 to extend past pharmaceutical claw back until the end of 2018.

In addition to this, the authorities have circulated a Ministerial Decree by the Ministry of Health setting up an extension of the claw back system for 2015 using the 2014 ceiling levels. A further Ministerial Decree has been received which sets the 2015 claw back in the area of diagnostic tests and extends it until 2018. The authorities have also produced a Ministerial Decree extending the expenditure provisions to 2018 and they have circulated a decision from EOPYY, as well as an MD, detailing budgets and formulae to specify the amount of expenditure that is allowed on private clinics. Several details of these MDs are currently undergoing potentially important revision and have not yet been agreed.

PENDING - signature of MD only possible after adoption of Omnibus law

2.5.3 SOCIAL SAFETY NETS

Action 23 - Agree the terms of reference and launch a comprehensive Social Welfare Review

The Terms of Reference to launch the Social Welfare Review [were in the process of being agreed] by the Government and the institutions. According to the latest text sent to the authorities by the institutions, an initial report with recommendations for policy reforms will be issued in December 2015. This report will contain a synthesis of the work done up to that date and indicative fiscal savings. The government also has agreed the design principles of a further Guaranteed minimum income scheme for Greece. The final agreement and launching of the review is thus still pending.

PENDING

3. SAFEGUARDING FINANCIAL STABILITY

Action 24 - Develop a credible strategy for addressing the issue of non-performing loans (NPLs)

A Working Group has been established by the authorities composed of all relevant stakeholders in order to develop a holistic strategy on the management of NPLs that aims to minimize implementation time and the use of capital resource while drawing on the expertise of external consultant(s) for both strategy development and implementation. To this extent the strategy should identify a number of impediments in reducing the NPL burden to the financial system and the Greek Economy. A NPL strategy has been presented with a significant number of comprehensive proposals and amendments in

current laws and regulations and providing initiatives for increasing operational effectiveness in NPL management.

Nonetheless, the institutions uncovered a number of serious issues with the strategy (especially limitations on NPL market and proposal to set up a public Asset Management Company) and made proposals to the authorities for its improvement. An update strategy has not yet been received.

PENDING

Action 25 - Amendments to the corporate insolvency law

The Omnibus law (subparagraph C3) includes amendments to the corporate insolvency law necessary as a first step in the short term to improve the efficiency of legislative framework and procedure and help banks' efforts to recover NPLs. The institutions have received an action plan for addressing the issues associated to corporate bankruptcy judges (i.e. additional judges, longer term and training).

DONE

Action 26 - Amendments to the household insolvency law

The Omnibus law (subparagraph A4) amends the household insolvency law to ameliorate the framework and address the excessive backlog of pending cases that lead to overly debtor friendly environment prone to abuse. The main changes to the framework refer to the introduction of a time-bound stay on enforcement in line with cross country experience, the establishment of a stricter screening process to deter strategic defaulters from filing under the law, include public creditor claims in the scope of the law providing eligible debtors with a fresh start. Further measures to address the large backlog of cases were agreed (e.g. increasing the number of judges and judicial staff, prioritization of high value cases, and short-form procedures for debtors with no assets and no income). The Omnibus law demands to a Ministerial Decree the setting of criteria for the protection of the primary residence of truly vulnerable debtors. The authorities should issue primary legislation to tighten the eligibility criteria for protection of the primary residence while protecting the vulnerable debtor in line with the proposal made by the institutions.

PENDING – provisions on eligibility criteria to be adopted by September 2015

Action 27 - Adoption of the insolvency administrators

The Omnibus Law (subparagraph C3) contains enabling legislation for the creation of the regulated profession of insolvency administrators, not restricted to any specific profession and in line with good cross-country experience. The authorities will define by presidential decree the details for the exercise of this profession.

DONE

Action 28 - Adoption of provisions to reactivate the Governing Council of Private debt

The Omnibus Bill (subparagraph A4) includes legislation for the creation of a Special Secretariat to support the work of the Government Council for the Management of Private Debt and organise the information and the provision of advisory services to the consumers. The details for the functioning of the Special Secretariat will be determined by a Presidential Decree. A Prime Minister decision for the activation the Government Council of Private Debt is needed.

DONE – publication of decision pending

4.1 LABOUR MARKET AND HUMAN CAPITAL

29 - Reverse the legislation of the after-effect of agreements legislated in art 72 of 4331/2015 of 2 July 2015

The Omnibus (subparagraph E2.4) act explicitly repeals paragraph 1 of Article 72 of law 4331/2015, that fully restored the after-effect length and content amended in 2012..

DONE

4.2 PRODUCT MARKETS AND BUSINESS ENVIRONMENT

Action 30 - Implementation of all pending recommendations of the OECD competition toolkit I, except OTC pharmaceutical products, Sunday trade, building material and one provision on foodstuff.

In line with the commitment, the Omnibus Law (subparagraphs A.2 and A.3) adopts the pending OECD competition of toolkit I on bakeries, milk, promotions, sales periods, tourist buses, and truck licenses. On bakeries, the strict distinction between bakeries and bread stations is removed. On milk, the maximum shelf live restriction of pasteurised milk is removed. On promotions, when the product is being sold as part of a multi-package, the obligation to sell the product individually as well is removed. On sales periods, in addition to regular and interim sales periods, sales are permitted throughout the year. On tourist buses, the closed route restriction for tourist buses is explicitly repealed. On truck licenses, the gross profit and tonnage criteria and the temporary license for private-use trucks are removed. On foodstuff, in line with the commitment, the Joint Ministerial Decision of 12 August 2015 (protocol number 1349/88930) introduces more flexible definitions for ingredients of pudding and cream. On pharmacy ownership, the Omnibus law (subparagraphs D.12.17/18) abolishes the provision of Art. 6 of Law 328/1976 and provides for a Joint Ministerial Decision to define the criteria for an establishment licence of a pharmacy. This is not in line with the OECD recommendation and the agreed text during the negotiations as it does not open the ownership of pharmacies to non-pharmacists. While in line with the Euro summit statement, the MoU provides more time for the adoption of the recommendation for pharmacies related to over-the-counter-pharmaceuticals, the action on pharmacy ownership is part of the prior actions.

PARTIALLY DONE – Legislation on ownership of pharmacies to be adopted by September 2015

Action 31 - The implementation of a significant number of the OECD toolkit II recommendations on beverages and petroleum products.

The Omnibus law (subparagraphs D.6 and D.12) adopts provisions related to only 11 out of the 88 OECD toolkit II recommendations on beverages and petroleum. In addition, it also adopts one provision where additional clarifications are needed to ensure that this is in line with the OECD recommendation. The authorities have presented draft Ministerial Decisions related to 6 OECD toolkit II recommendations, and draft Presidential Decrees regarding 2 recommendations, but are as such not yet in force. Other recommendations could not be implemented for technical reasons. The authorities committed in the MoU to completing the adoption of the remaining recommendations by October 2015.

PARTIALLY DONE – the largest part of the recommendations will need to be adopted by October 2015

Action 32 - The opening of the restricted professions of notaries, actuaries, and bailiffs.

In line with the commitment, the Omnibus law (subparagraph C.2) reduces the fee of notary acts for property transactions up to EUR120,000 from 1 percent to 0.8 percent. In line with the commitment, the Association of Actuaries was accredited on 18 June 2015 in accordance with Presidential Decree 53/2013 as amended by Law 4254/2014. Examinations took place in July 2015. In line with the commitment, the Omnibus law (subparagraph G.1) broadens the geographic area in which court bailiffs can be active, with a Ministerial Decision to be issued by December 2015; and lays out criteria for the determination of fees, with a Ministerial Decision to be issued by October 2015.

DONE

Action 33 - The liberalisation of the market for tourist rentals.

In line with the commitment, the Omnibus law (subparagraph A.3.4) removes as of 1 November 2015 the 30-day restriction on tourist rentals. In the MoU, the authorities commit to adopting legislation to make the liberalisation of tourist rentals fully effective by October 2015.

DONE

Action 34 - The elimination of non-reciprocal nuisance charges and alignment of the reciprocal nuisance charges to the services provided.

In line with the commitment, the Omnibus law (subparagraph D.12.4-D.12.16) eliminates or removes earmarking for [13] nuisance charges. In the MoU, the authorities commit to eliminating pension-related nuisance charges by October 2015 and to continue work on reciprocal nuisance charges.

DONE

Action 35 - Reduction of red tape, including on horizontal licensing requirements of investments and on low-risk activities as recommended by the World Bank, and administrative burden of companies based on the OECD recommendations.

In line with the commitment, the authorities submitted on 12 August 2015 the Presidential Decree on the investment licensing law related to livestock activities (protocol number SD98/12-8-2015). In the MoU, the authorities commit to adopting a roadmap, including prioritisation, for the investment licensing reform by September 2015, and to adopting secondary legislation according to this prioritisation by June 2016.

In line with the commitment, the Omnibus law (subparagraph A.1) reduces administrative burden on small companies by simplifying financial statements and audit requirements. In the MoU, the authorities commit to adopting the pending OECD recommendations on environment and fuel trader licenses by November 2015.

DONE

Action 36 - The establishment of a committee for the inter-ministerial preparation of legislation.

The authorities aimed to adopt on 12 August 2015 the cabinet act for establishing the inter-ministerial committee for the investment licensing reform. The adoption of the cabinet act is pending.

PENDING

4.3 REGULATED NETWORK INDUSTRIES (ENERGY, TRANSPORT, WATER)

Action 37 - Adopt the reform of the gas market and its specific roadmap, leading inter alia to full eligibility to switch supplier for all customers by 2018.

The Omnibus Law (subparagraph B.1) introduces the reform of the Greek gas market, which removes significant restrictions to competition, coming from a specific exemption from the application of the Third Energy Package, and separates supply of gas from distribution, in order to properly regulate distribution and stimulate investment. The reform is underpinned by a roadmap including secondary legislation and regulation, to be implemented starting from September 2015. The market will be progressively liberalised, i.e. consumers will be able to choose their supplier, starting from industrial consumers and reaching full liberalisation in 2018.

DONE

Action 38 - Notify the reformed capacity payments system (including a temporary and a permanent mechanism)

Greece agreed with the European Commission a new scheme for capacity payments, focusing on the supply of flexibility services, at the end of 2014. Following a first notification, the Commission requested some clarifications that were pending and were blocking the adoption and implementation of the reform. The authorities have now resumed the notification process, sending the pending replies, in order to adopt a reformed temporary scheme in September 2015. This will still be at a regulated price, but with much lower levels of compensation per unit and with very significant overall savings, which are expected to be passed on to consumers. Further discussions with the Commission will be necessary to define the auction-based permanent scheme.

DONE

Action 39 - Notify NOME products to the European Commission.

NOME (Nouvelle Organisation du Marché de l'Electricité) is a system under which the incumbent in the Greek electricity market (PPC) will auction its lignite and hydro generation capacity, in order to spur competition in the supply market. Under the second programme, this was considered an interim measure in the process that would have led to the spin-off of a new company from PPC (Small PPC), which currently owns around 98% of the supply market. Under the third programme, the authorities have committed to discuss with the Commission the design of NOME in order to avoid the spin-off of Small PPC, however achieving equivalent results in terms of competition. The design process will be completed in agreement with the Institutions by October 2015, and should lead to an auction of 25% of PPC's lignite and hydro capacity, that should move to 50% by 2020. The authorities notified to the Commission (technically pre-notification) a proposal that was put in public consultation by RAE in May 2014.

DONE

Action 40 - Legislate that by 2020 no undertaking will be able to produce or import, directly or indirectly, more than 50% of total electricity produced and imported in Greece

The Omnibus law (subparagraph B.2) sets the deadline of 2020 by when no undertaking will be able to produce or import, directly or indirectly, more than 50% of total electricity produced and imported in Greece. This measure, complementary to NOME, gives a medium-term anchor of the evolution of the electricity market, as it explicitly limits the market shares of participants. This will lead to greater

competition and positive effects for consumers. The current incumbent has around 70% of the Greek generation capacity.

DONE

4.4 PRIVATISATION

Action 41 - The cabinet will endorse the Asset Development plan approved by HRADF on 30/7/2015

The Economic Council has endorsed the Asset Development plan on 14 August 2015. The plan envisages a comprehensive relaunch of the privatization plan by the Hellenic Republic Asset Development Fund, with proceeds of EUR 6 ½ billion by 2017 and some 10 billion by 2020, with major privatizations or concessions taking place during the next 3 years (ports, airports, railway, real estate etc). This endorsement gives political backing to HRADF to proceed with privatization.

DONE

Action 42 - The government and HRADF will announce binding bid dates for Piraeus and Thessaloniki ports of no later than end-October 2015, and for TRAINOSE ROSCO, with no material changes in the terms of the tenders;

The Board of Directors has approved a new timeline for the tenders (October 2015 for Piraeus Port Authority, February 2016 for Thessaloniki Port Authority, and December 201[5] for TRAINOSE ROSCO. The dates will be posted officially to the investors in the Virtual Data Room, and a press release by HRADF has been issued on 13 August 2015.

DONE

Action 43 - Authorities take irreversible steps for the sale of the regional airports at the current terms with the winning bidder already selected;

The Economic Council has [endorsed] the deal on 13 August 2015 and has authorized the Minister of Finance to sign the Concession agreement with the preferred bidders.

PENDING

Action 44 - Authorities will conclude around 20 selected pending actions identified by HRADF

The Government has concluded a number of pending actions needed to allow several ongoing tenders to continue/concluded, including for Hellinikon, regional airports, TRAINOSE-ROSCO, and other real estate tenders. These actions by various ministries would allow tenders to proceed as envisaged in the plan.

PENDING

5.1 PUBLIC ADMINISTRATION

Action 45 -Align non-wage benefits such as per diems, travel allowances and perks, with best practices in the EU, effective 1 January 2016.

The Omnibus bill (subparagraph D9) includes common rules to be followed across the public sector, and covers travel expenses, per diem, and some perks such as mobile phones. The reform of special leaves will be done in October 2015. Some further areas of non-wage benefits could be covered in October 2015.

DONE

5.3 ANTI-CORRUPTION

Action 46 - Update and publish a revised Strategic Plan against corruption; and they will implement it according to its timeline.

The authorities updated the revised Strategic Plan against corruption and published in Greek and in English on the website of the Secretariat General for combatting corruption on 13 August 2015. The plan sets an implementation timeline, which spans until the end-2017, and it includes key actions such as revision of the legal framework, including the law on financing of political parties, the adoption of a code of conduct for the members of the Parliament. It also clarifies the new organizational set up to be put in place in the wake of the nomination of a Minister of State in charge of the fight against fraud.

DONE

Action 56 - Repeal the amendment exempting political appointees in maritime ministry from wealth registry for some

Article 51 of Law 4331/2015 waived the obligation of the civilian staff of the former Ministry of Mercantile Marine and the Aegean to file a declaration of assets. The Omnibus law (paragraph Z) re-instated this obligation.

DONE

5.4 STATISTICS

Action 47 - Launch the process for appointing a President of ELSTAT in line with law

The process to appoint a new president of ELSTAT has been initiated. Eurostat has been formally asked to nominate three members, while the government will also nominate other two and the committee will be formed after 17 August 2015 to prepare the terms of the call.

DONE

- MEASURES TO ENSURE CONSISTENCY WITH EUROGROUP STATEMENT OF 20 FEBRUARY 2015 ON PRE-CONSULTATION

Action 48 - Tax Policy: cross-border withholding on non-deductible business expenses

Complied with, see prior action number 4 (above)

DONE

Action 49 - Tax Policy: VAT withheld instalment schemes

The Omnibus act (subparagraph D.12) repeals Article 18 of Law 4321/2015 that allowed withheld VAT to enter instalment schemes. VAT is withheld on behalf of the state and should therefore not be eligible for instalment schemes,

DONE

Action 50 - Tax Policy: deductions for VAT annual declarations

Article 22 of 4321/2015 allowed deductions from annual VAT returns until the 7th month of the next calendar year. The Omnibus Act (subparagraph D.2) reduces the period to the 4th month after the end of the calendar year.

DONE

Action 51 - L4321/2015 Tax Administration: Tax competences given to SDOE

Complied with. See Action number 11 above.

DONE

Action 52. Tax Administration: Competences of SGPR wrongly given to other authorities

The omnibus law (subparagraph D.7) corrects the March 2015 legislation, which has given to the minister or to head of the local tax offices powers that should have been granted to the head of the semi-autonomous public revenues administration.

DONE

Action 53 - Special deduction for agents of OPAP and exemption from ENFIA of the Hellenic Tourist organisation

The Omnibus law (subparagraph D.12) repeals Article 2(2) of law 4328/2015, which provided special deductions for agents of OPAP from realised sales for provisions for bad debt.

DONE

Action 54 - A 2 percent discount to individuals and legal entities for prompt filing of a personal income tax (article 2: 4, 5)

The Omnibus law (subparagraph D.12) [repeals] Articles 2(4) and 2(5) of [WHICH LAW?] provide a 2% discount for individuals and legal entities respectively. Such a discount is excessive amounting to effectively an annual interest rate of some 8%.

DONE

Action 55 - Exemption from ENFIA to Hellenic Tourism Organization

The Omnibus law repeals (subparagraph D.3) Article 3 of law 4328/2015 which provides exemptions from ENFIA for the Hellenic Tourist Organisation.

DONE

Action 56 – Law 4331/2015 Repeal the amendment exempting civil appointees in maritime ministry from wealth registry

The requirement for civil servants to make wealth declarations was suspended by law 4331/2015. This requirement has been restored by the Omnibus law (paragraph G).

DONE

Annex 1: Actions to be taken by Greece ahead of the next disbursement (set of Prior Actions)

Annex 1: Actions to be taken by Greece ahead of the next disbursement

	Action defined in MOU	Status
2.1 Fiscal policy		
1	gradually abolish the refund of excise tax on diesel oil for farmers in two equal steps in October 2015 and October 2016	Done pending clarifications
2	increase the tonnage tax	Done
3	launch the 2015 ENFIA exercise in order to issue bills in October 2015 with the final instalment due in February 2016	Done
2.2 Tax policy reforms		
4	eliminate the cross-border withholding tax introduced by the instalments act (law 4321/2015)	Done
5	reverse the recent amendments to the ITC introduced in laws (4328/2015 and 4331/2015)	Done further measures due by October
6	clarify that the VAT island discounts will be fully eliminated by end-2016 and define the transitional arrangements	Done
2.3 Revenue administration reforms		
7	on garnishments , eliminate the 25 percent ceiling on wages and pensions and lower all thresholds of €1,500 while ensuring in all cases reasonable living conditions	Done
8	amend the 2014–15 tax and SSC debt instalment schemes	Done pending editorial correction
9	amend the basic instalment scheme/TPC to adjust the market-based interest rates and suspend until end-2017 third-party verification and bank guarantee requirements	Done
10	accelerate procurement of software for VAT network analysis and for further automation of the debt collection, embracing inter alia fully automatized garnishment procedures	Done
11	adopt immediately legislation to transfer , by end October 2015 all tax- and customs-related capacities and duties and all tax- and customs-related staff in SDOE and other entities to the revenue administration	Done
2.4.1 Public Financial Management		
12	ring-fence the account for the management of EU structural funds instruments and of Greece's national contributions	Done
2.5.1 Pensions		
13	clarify the rules for eligibility for the minimum guaranteed pensions after 67 years	Pending check of Law
14	issue all circulars to ensure the implementation of the 2010 law	Pending check of Law
15	correct law 4334/2015 to among others correctly apply the freeze on monthly guaranteed benefits	Done
16	extend the freeze to the public sector	Pending check of Law
17	eliminate gradually the grandfathering to statutory retirement age and early retirement pathways	Pending check of Law
2.5.2 Health care		
18	amend Law 4332/2015 repealing part of Law 4052/2012 (reorganisation and restructuring of the health sector under the MoU) on the appointment of hospital CEOs	Done
19	repeal MD FEK 1117/2015, in order to re-enforce sanctions and penalties as a follow-up to the assessment and reporting of misconduct and conflict of interest in prescription behaviour and non-compliance with the EOF prescription guidelines	Not Applicable
20	re-establish full INN prescription	Done
21	reduce the price of all off-patent drugs	Pending check of Law
22	establish claw backs for 2015 for diagnostics and private clinics and delink the 2014 claw back for private clinics from the 2013 one	Pending Signature of MD only possible after adoption of law
2.5.3 Social safety nets		
23	agree the terms of reference and launch a comprehensive Social Welfare Review ,	Pending

3. Safeguarding financial stability		
24	develop a credible strategy for addressing the issue of non-performing loans	Pending
25	amendments to the corporate insolvency law	Done
26	amendments to the household insolvency law	Pending provision on eligibility criteria to be adopted by September 2015
27	adopt legislation to establish a regulated profession of insolvency administrators	Done
28	adopt provisions to re-activate of the Government Council of Private Debt , and establishing a Special Secretariat to support it	Done publication of the decision pending
4.1 Labour market and human capital		
29	reverse the legislation of the after-effect of agreements in art 72 of 4331/2015 of 2 July 2015	Done
4.2 Product markets and business environment		
30	implement all pending recommendations of the OECD competition toolkit I , except OTC pharmaceutical products, Sunday trade, building material and one provision on foodstuff	Partially Done legislation on ownership of pharmacies to be adopted by September 2015
31	implement a significant number of the OECD toolkit II recommendations on beverages and petroleum products	Partially Done largest part of recommendations to be adopted by October 2015
32	open the restricted professions of notaries, actuaries, and bailiffs	Done
33	liberalize the market for tourist rentals	Done
34	eliminate non-reciprocal nuisance charges and align the reciprocal nuisance charges to the services provided	Done
35	reduce red tape , including on horizontal licensing requirements of investments and on low-risk activities as recommended by the World Bank, and administrative burden of companies based on the OECD recommendations,	Done
36	establish a committee for the inter-ministerial preparation of legislation.	Pending
4.3 Regulated Network Industries (Energy, Transport, Water)		
37	Adopt the reform of the gas market and its specific roadmap, leading inter alia to full eligibility to switch supplier for all customers by 2018,	Done
38	notify the reformed capacity payments system (including a temporary and a permanent mechanism)	Done
39	notify NOME products to the European Commission.	Done
40	Legislate that by 2020 no undertaking will be able to produce or import, directly or indirectly, more than 50% of total electricity produced and imported in Greece	Done
4.4 Privatisation		
41	endorse the Asset Development plan approved by HRADF on 30/7/2015	Done
42	The government and HRADF will announce binding bid dates for Piraeus and Thessaloniki ports of no later than end-October 2015, and for TRAINOSE ROSCO , with no material changes in the terms of the tenders;	Done
43	take irreversible steps for the sale of the regional airports at the current terms with the winning bidder already selected;	Pending
44	authorities will conclude around 20 selected pending actions identified by HRADF	Pending
5.1 Public Administration		
45	align non-wage benefits such as per diems, travel allowances and perks, with best practices in the EU, effective 1 January 2016	Done
5.3 Anti-corruption		
46	update and publish a revised Strategic Plan against corruption ; and they will implement it according to its timeline.	Done
5.4 Statistics		
47	launch the process for appointing a President of ELSTAT in line with law	Done

Reviewing and amending measures to ensure consistency with the Eurogroup agreement of 20 February 2015

N	Action	
48	<u>L4321/2015 - Tax Policy: cross-border withholding on non-deductible business expenses</u>	Done
49	<u>L4321/2015 - Tax Policy: VAT withheld instalment schemes</u>	Done
50	<u>L4321/2015 - Tax Policy: deductions for VAT annual declarations</u>	Done
51	<u>L4321/2015 - Tax Administration: Tax competences given to SDOE</u>	Done
52	<u>L4321/2015 - Tax Administration: Competences of SGPR wrongly given to other authorities</u>	Done
53	<u>L4328/2015 - special deduction for agents of OPAP</u>	Done
54	<u>L4328/2015 - a 2 percent discount to individuals for prompt filing of a personal income tax (article 2: 4, 5)</u>	Done
55	<u>L4328/2015 - exemption from ENFIA to Hellenic Tourism Organization</u>	Done
56	<u>L4331/2015 - Repeal the amendment exempting political appointees in maritime ministry from wealth registry for some</u>	Done
57	<u>Fiscal council - as requested from the Euro Summit</u>	Done further steps necessary ahead of full operationalization by November 2015
58	<u>Quasi automatic correction mechanism</u>	Done



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GENERALDIREKTION

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Brüssel, 14. August 2015

Bericht über die Erfüllung der Zusagen im MoU-Entwurf und aus der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015 durch Griechenland

Wichtigste Ergebnisse

Griechenland hat seine europäischen Partner um Unterstützung ersucht, um zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren, Arbeitsplätze zu schaffen, Ungleichheiten abzubauen und die Risiken für seine eigene und die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets aktiv anzugehen. Anlässlich eines Ersuchens um Stabilitätshilfe in Form eines Darlehens mit einem Bereitstellungszeitraum von drei Jahren der Hellenischen Republik an den Vorsitzenden des Gouverneursrats des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vom 8. Juli 2015 wurde ein Memorandum of Understanding (MoU) ausgearbeitet.

Auf dem Euro-Gipfel vom 12. Juli wurde betont, dass unbedingt das Vertrauen in die griechischen Behörden wiederhergestellt werden muss. Im MoU ist ein Bündel von Maßnahmen festgelegt, die vor der ersten Auszahlung im Rahmen des ESM-Programms zu ergreifen sind; dieses Paket schließt sich an zwei von den griechischen Behörden bereits erlassene Maßnahmenbündel vom 16. und 22. Juli 2015 an. Der vorliegende Bericht bewertet die Umsetzung dieser Vorabmaßnahmen. Er wurde von Mitarbeitern der Europäischen Kommission in Abstimmung mit Mitarbeitern der EZB erstellt.

Der Bericht enthält eine Beurteilung der 58 Vorabmaßnahmen, die im MoU bezeichnet sind oder mit der Korrektur der am 16. bzw. 22. Juli verabschiedeten Rechtsvorschriften in Verbindung stehen.

Vorbehaltlich einer endgültigen Fassung und einer Übersetzung der am Morgen des 14. August 2015 verabschiedeten Gesetzesregelung (im Folgenden: Sammelgesetz) gelangt der vorliegende Bericht zu der Einschätzung, dass die angenommene Gesetzesregelung im Wesentlichen den im MoU-Entwurf bezeichneten Vorabmaßnahmen entspricht. Diese beinhalten u. a. Maßnahmen, die i) die meisten der in den vergangenen Monaten getroffenen Entscheidungen aufheben, mit denen bestimmte Politiken rückgängig gemacht wurden, ii) einige der mit dem Maßnahmenpaket vom 15. und 22. Juli 2015 beschlossenen Reformen abändern und komplettieren und iii) in den Hauptkapiteln des MoU erfasst sind. Hierzu gehören wichtige Reformen in den Bereichen Haushaltsmaßnahmen, Steuererhebung, Renten- und Gesundheitssysteme, Wettbewerb auf Produktmärkten einschließlich des Energiemarkts und bei den reglementierten Berufen sowie im Bereich des Insolvenzrechts.

Nach Auffassung der Institutionen sind auf einigen Gebieten weitere Schritte zu Klarstellung und Umsetzung bzw. Vervollständigung der beschlossenen Maßnahmen erforderlich. Außerdem bedarf es weiterer Korrekturen der Gesetzesregelungen, die in den vergangenen Monaten beschlossen wurden, für deren Umsetzung jedoch noch praktische Vorarbeiten erforderlich waren, sowie der im Rahmen des Vorabmaßnahmenpakets erlassenen Vorschriften, um eine umfassende Konformität mit den mit den Institutionen vereinbarten Reformen herzustellen. Da keine zwingenden praktischen Gründe entgegenstehen, sollten alle diese Maßnahmen bis September 2015 abgeschlossen sein.

2.1 HAUSHALTSPOLITIK***Maßnahme 1 – Schrittweise Abschaffung der Erstattung der Verbrauchsteuer auf Dieselmotorkraftstoff für Landwirte in zwei gleichen Schritten im Oktober 2015 und Oktober 2016***

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D5) senkt die Subventionen auf 200 EUR pro 1.000 Liter ab 1. Oktober 2015 und auf 0 EUR ab 1. Oktober 2016. Aus dem Wortlaut geht jedoch nicht unmissverständlich hervor, dass die Subventionierung von Dieselmotorkraftstoff ab Oktober 2016 gänzlich aufgehoben wird.

ERLEDIGT – vorbehaltlich weiterer Klarstellung

Maßnahme 2 – Erhöhung der Tonnagesteuer

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D4.2) sieht eine Erhöhung der Tonnagesteuer von 4 % p. a. für die nächsten fünf Jahre (2016–2020) vor. Des Weiteren wurden die von maritimen Vermittlungsunternehmen (z. B. Chartergesellschaften, Makler für den An- und Verkauf von Schiffen) zu entrichtenden Abgaben, die ursprünglich 2013 für einen Zeitraum von 4 (in Worten: vier) Jahren (2012–2015) festgelegt worden waren, um weitere vier Jahre (d. h. für den Zeitraum 2016–2019) verlängert und die jeweiligen Abgabensätze für diesen Zeitraum um 2 Prozentpunkte gegenüber den derzeit geltenden Sätzen erhöht.

ERLEDIGT

Maßnahme 3 – Einleitung der ENFIA-Maßnahme 2015, um im Oktober 2015 Bescheide auszustellen, wobei die letzte Rate im Februar 2016 fällig ist

Nach dem MoU sollen 2015 durch die ENFIA-Grundstücksteuer 2,65 Mrd. EUR eingenommen werden. Das Sammelgesetz (Unterabsatz D3.a) stellt sicher, dass die ersten Raten Ende Oktober 2015 und die letzte Rate Ende Februar 2016 gezahlt werden.

ERLEDIGT

2.2 REFORM DER STEUERPOLITIK***Maßnahme 4 – Abschaffung der durch das Vorauszahlungsgesetz eingeführten Quellensteuer auf grenzüberschreitende Erträge***

Artikel 21 Absatz 1 des Gesetzes 4321/2015 setzte eine Quellensteuer in Höhe von 26 % auf grenzüberschreitende Geschäfte mit nicht kooperierenden Ländern mit Steuervergünstigungsregelungen (definiert als Körperschaftsteuersatz, der weniger als die Hälfte des in Griechenland geltenden Satzes beträgt) fest. Nach Maßgabe eines Ministerialerlasses sollten die Quellensteuervorschriften am 1. September 2015 in Kraft treten. Die Quellensteuer verstößt eindeutig gegen die Kapitalverkehrsfreiheit. Das Sammelgesetz (Unterabsatz D1.11.g) hebt diesen Artikel auf.

ERLEDIGT

Maßnahme 5 – Aufhebung der jüngsten Änderungen des Einkommensteuergesetzes

Durch die Gesetze 4321/2015, 4328/2015, 4030/2015 und 4031/2015 erfolgte eine Reihe von Änderungen des Einkommensteuergesetzes. Das Sammelgesetz sieht die Aufhebung einer erheblichen

Anzahl dieser Änderungen vor (siehe Vorabmaßnahmen 48–50 und 53–56). Zudem wird die durch Artikel 2 Absatz 8 des Gesetzes 2028/2015 eingeführte Senkung des oberen Steuersatzes für Landwirte durch das Sammelgesetz aufgehoben.

Bis Oktober 2015 müssen mehrere weitere wichtige Novellierungen geändert oder aufgehoben werden. Hierzu gehören Artikel 2 Absätze 1 und 3 des Gesetzes 4028/2015 über die Besteuerung landwirtschaftlicher Einkommen und Mieten. Auch die Regelung einer alternativen Mindestbesteuerung, Zurechnung von Mieten für zur Eigennutzung bestimmte Gewerbeimmobilien bedarf einer erneuten Untersuchung. Das Vorschriftenwerk über Zinszahlungsverzug und die Fristen für die Einreichung persönlicher Einkommensteuererklärungen muss ebenfalls überprüft werden.

ERLEDIGT – weitere Maßnahmen sind bis Oktober 2015 fällig

Maßnahme 6 – Klarstellung, dass die Mehrwertsteuerrabatte für Inseln bis Ende 2016 vollständig abgeschafft werden, und Festlegung der Übergangsregelungen

Zur Korrektur der am 15. Juli 2015 erlassenen Rechtsvorschriften stellt das Sammelgesetz (Unterabsatz D2.3) klar, dass die Mehrwertsteuerrabatte für die Ägäischen Inseln zum 31. Dezember 2016 auslaufen. Die ermäßigten Mehrwertsteuersätze werden für drei Inselgruppen stufenweise auslaufen, denen der Rabatt derzeit zugutekommt: bei der ersten Gruppe ab 1. Oktober 2015, bei der zweiten Gruppe ab 1. Juni 2016 und für die übrigen Inseln ab 1. Januar 2017. Durch einen gemeinsamen Ministerialbeschluss wird die Zusammensetzung dieser drei Gruppen festgelegt. Durch eine weitere Änderung wird sichergestellt, dass verarbeitete und unverarbeitete Fleischerzeugnisse zum selben ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert werden, sodass weniger Möglichkeiten zum Mehrwertsteuerbetrug gegeben sind.

ERLEDIGT

2.3 REFORMEN DER STEUERVERWALTUNG

Maßnahme 7 – Änderung der Rechtsvorschriften über die Pfändung bei der Beitreibung öffentlicher Forderungen

Die Pfändungsvorschriften sahen eine sehr hohe Pfändungsgrenze (1.500 EUR) sowie eine 25%-Obergrenze über dem Freibetrag vor, sodass die Möglichkeiten der Beitreibung bei Schuldnern mit hohem Einkommen beschränkt waren. Diese Vorschriften finden sich in Artikel 31 des Gesetzes über die Beitreibung öffentlicher Forderungen, die durch das Sammelgesetz (Unterabsatz D1.8) geändert werden. Die Behörden haben die Pfändungsgrenze auf einen niedrigeren Betrag gesenkt (1.000 EUR für Gehälter und Renten, 1.250 EUR für Bankkonten) und die Obergrenze stufenweise so weit angehoben, dass das gesamte Gehalt bzw. die gesamte Rente pfändbar ist (1.500 EUR). Aufgrund einer Sonderbestimmung wird die Anwendbarkeit dieser Grenzen auf Sozialabgabenforderungen ausgedehnt.

ERLEDIGT

Maßnahme 8 - Änderung der Steuer- und Sozialabgaben-Teilzahlungsregelungen für 2014–2015

Das Sammelgesetz (Unterabsätze D1.14 und D1.15) geht die Probleme der im Herbst 2014 und März 2015 eingeführten Teilzahlungsregelungen an. Es kommt zu einer Erhöhung der Zinsen auf die EZB-Refinanzierung + 5 %, um von einem Abschluss von Vergleichen zulasten des Staates abzuhalten. Das

Sammelgesetz ermöglicht der Verwaltung, die Dauer einer Regelung zu verkürzen. Die Steuerverwaltung kann von einer Regelung diejenigen Schuldner ausschließen, die ihren neuen Steuerpflichten nicht nachkommen würden. Es wurde eine Härteregelung eingeführt, wonach für schutzbedürftige Schuldner (hohe Verschuldung im Verhältnis zum Einkommen, niedriger Forderungsbetrag, Immobilienwert unter einer bestimmten Schwelle) weiterhin der Nullsatz gilt. Zur Umsetzung dieser Regelungen bedarf es sekundärrechtlicher Vorschriften. Bei der endgültigen Fassung der Änderung im Sammelgesetz scheint ein redaktioneller Fehler unterlaufen zu sein. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, muss die Bestimmung korrigiert werden.

ERLEDIGT – vorbehaltlich der Korrektur eines redaktionellen Fehlers

Maßnahme 9 – Änderung der Basisteilzahlungsregelung (TPC), um die Marktzinssätze anzupassen und bis Ende 2017 Überprüfungen durch Dritte und Anforderungen an Bankgarantien auszusetzen

Durch das Sammelgesetz (Unterabsätze D1.14 und D1.15) werden bestimmte Merkmale der 2013 eingeführten Basisteilzahlungsregelung abgeändert, um Schuldnern mit vorübergehenden Liquiditätsengpässen die Begleichung ihrer Steuer- und Sozialabgabenschulden innerhalb eines Jahres zu ermöglichen. Die Zinssätze sinken um 3 Prozentpunkte (bezogen auf die EZB-Refinanzierung + 5 %), um das Niveau geringfügig über den marktüblichen Sätzen zu halten; außerdem werden einige belastende Verwaltungsaufgaben für den Eintritt (z. B. Bankgarantien) zwei Jahre lang ausgesetzt.

ERLEDIGT

Maßnahme 10 – Beschleunigte Beschaffung einer Software zur Mehrwertsteuer-Netzwerkanalyse und weiteren Automatisierung der Betreuung, u. a. mit voll automatisierten Pfändungsverfahren

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D1.16) schafft die Voraussetzungen für eine beschleunigte Beschaffung abweichend von den üblichen Vergabevorschriften, um den raschen Erwerb wichtiger Software zur Forderungsbeitreibung zu erlauben, und zwar einer Software, die die Aufdeckung und Auswertung von Mehrwertsteuer-Karussellen und anderen Betrugsformen ermöglicht, und einer weiteren Software, die die Automatisierung der Beitreibung von Steuerforderungen u. a. durch vermehrten Einsatz automatisierter elektronischer Pfändungen verbessert.

ERLEDIGT

Maßnahme 11 – Sofortiger Erlass von Rechtsvorschriften zur Übertragung aller steuer- und zollbezogenen Kapazitäten und Aufgaben sowie aller steuer- und zollbezogenen Beschäftigten der Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (SDOE) und anderer Stellen auf die Finanzverwaltung bis Ende Oktober 2015

und

Maßnahme 51 – Auf die SDOE übertragene Zuständigkeiten im Steuerbereich

Im März 2015 übertragen die Behörden Steuerfahndungszuständigkeiten zurück auf die Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (SDOE). Im MoU vereinbarten sie, diese Zuständigkeiten zu unterbinden und die entsprechende Personal- und Mittelausstattung auf die Finanzverwaltung zu übertragen. Das Sammelgesetz (Unterabsatz D7) enthält Vorschriften zur Aufhebung der im März 2015 erlassenen Vorschriften, sieht diese Übertragung vor und legt wichtige Grundsätze fest. Den Institutionen wurde ein Aktionsplan vorgelegt, die hier in Rede stehende Maßnahme wird bis Oktober 2015 abgeschlossen.

ERLEDIGT

2.4.1 Öffentliches Finanzwesen***Maßnahme 12 – Abschirmung des Kontos für die Verwaltung von EU-Strukturfondsinstrumenten und Griechenlands nationalen Beiträgen***

Durch einen gemeinsamen Ministerialbeschluss vom 14. August 2015 wird das Konto für die Verwaltung von EU-Strukturfondsinstrumenten und Griechenlands nationalen Beiträgen abgeschirmt, um rechtzeitige Auszahlungen für von der EU mitfinanzierte Projekte sicherzustellen. Im Sammelgesetz findet sich eine entsprechende Bezugnahme. Der gemeinsame Ministerialbeschluss legt die Modalitäten für die Durchführung der Abschirmungsregelung fest.

ERLEDIGT

Maßnahme 57 – Finanzplanungsrat auf Verlangen des Euro-Gipfels

Die griechische Regierung hat sich auf dem Euro-Gipfel vom 12. Juli 2015 verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der Finanzplanungsrat (Fiscal Council) vor Abschluss des MoU arbeitsfähig ist. Zu diesem Zweck hat die Regierung einen Ministerialbeschluss erlassen, um das offene Auswahlverfahren für die Vorstandsmitglieder dieses Gremiums am 17. Juli 2015 einzuleiten. Am [13.] August 2015 wurden das Auswahlverfahren für die Mitglieder abgeschlossen und der Regierungsbeschluss gefasst. Der Finanzminister kann die Nominierungsentscheidung erst erlassen, wenn der Ethikausschuss des Parlaments die Nominierung der ausgewählten Kandidaten bestätigt hat; diese Bestätigung wird erwartet, sobald das Parlament nach Ende der derzeitigen Sitzungspause wieder zusammentritt. Nach Maßgabe des MoU erlässt die Regierung nach Abschluss des Verfahrens zur Bestellung der Vorstandsmitglieder des Finanzplanungsrats bis September 2015 die erforderlichen sekundärrechtlichen Vorschriften, damit der Rat bis November 2015 voll arbeitsfähig ist (einschließlich Finanz- und Personalausstattung).

ERLEDIGT – vor Herstellung der vollständigen Arbeitsfähigkeit bis November 2015 sind noch weitere Schritte notwendig

Maßnahme 58 – Korrektur quasiautomatischer Mechanismen

Die Behörden haben die Korrekturen der Rechtsvorschriften vom 15. Juli über die automatischen Ausgabenkürzungen in das Sammelgesetz aufgenommen.

ERLEDIGT

2.5.1 RENTEN***Maßnahme 13 – Präzisierung der Regeln über die Anspruchsvoraussetzungen für die garantierte Mindestrente nach 67 Jahren***

Für sämtliche Rententräger war eine Präzisierung der geltenden Regeln erforderlich, um sicherzustellen, dass die Änderungen des Artikels 27 des Gesetzes 4334/2015 auf alle garantierten Mindestrenten Anwendung finden. Die Behörden legten am 31. Juli 2015 eine Erläuterung zum Gesetz 4334/2015 vor, in der die aktuellen Regeln über die garantierte Mindestrente für alle privatrechtlichen Rententräger mit direkten Verweisen auf die entsprechenden sekundärrechtlichen Regeln angemessen dargelegt sind. Eine entsprechende Erläuterung in Bezug auf öffentlich-rechtliche Rententräger ging am 1. August 2015 ein. Ein Rundschreiben ist noch nicht veröffentlicht worden.

AUSSTEHEND – Überprüfung des erlassenen Sammelgesetzes

Maßnahme 14 – Veröffentlichung aller Rundschreiben zur Sicherstellung der Umsetzung der Gesetze von 2010

Die vollständige Umsetzung der Rentengesetze von 2010 (Gesetz 3863/2010 für Renten des Privatsektors und Gesetz 3865/2010 für den öffentlichen Sektor) erforderte die Veröffentlichung entsprechender Rundschreiben. Diese Rundschreiben, die die Durchführung der Rentengesetze im Bereich des Privatsektors (Gesetz 3863/2010) und des öffentlichen Sektors (Gesetz 3865/2010) sicherstellen, sind am 31. Juli 2015 bzw. 1. August 2015 bei den Institutionen eingegangen, wurden aber noch nicht veröffentlicht.

AUSSTEHEND

Maßnahme 15 – Korrektur des Gesetzes 4334/2015, damit u. a. die monatlich garantierten Leistungen ordnungsgemäß eingefroren werden

Das Sammelgesetz (Unterabsatz E2.3) stellt sicher, dass die in den einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Schwellenbeträge der Alters-, Invaliditäts- und Sterberenten der Haupt- und Zusatzversicherer, einschließlich der griechischen Nationalbank, bis 31. Dezember 2021 auf dem Stand von 31. Juli 2015 gehalten werden.

ERLEDIGT

Maßnahme 16 – Ausweitung des Einfrierens der garantierten Mindestrenten auf den öffentlichen Sektor

Das Sammelgesetz ändert das Gesetz 3865/2010 dahin, dass die garantierten Mindestrenten bis 31. Dezember 2021 eingefroren bleiben.

AUSSTEHEND – Überprüfung des erlassenen Sammelgesetzes

Maßnahme 17 – Allmählicher Abbau des Bestandsschutzes beim gesetzlichen Renteneintrittsalter und den Vorruhestandsregelungen

Das Sammelgesetz schreibt den allmählichen Abbau des Bestandsschutzes für gesetzliche Ruhestandsansprüche bis 2022 sowohl im privaten [als auch im öffentlichen] Sektor mit einer Tabelle der im Übergangszeitraum geltenden Renteneintrittsalter vor.

AUSSTEHEND – Überprüfung des erlassenen Sammelgesetzes

2.5.2 GESUNDHEITSVERSORGUNG

Maßnahme 18 – Ernennung von Geschäftsführern in Krankenhäusern

Durch das Sammelgesetz (Unterabsatz F.4) wird Artikel 15 des Gesetzes 4332/2015 aufgehoben, der eine umfassende Ermächtigung des Gesundheitsministers zur Entlassung der vorhandenen Krankenhausgeschäftsführer vorsah; dadurch bestand die Möglichkeit, Ernennungsentscheidungen nicht nur nach Eignungskriterien zu treffen, was den Bemühungen um eine effizientere, kosteneffektivere und entpolitisierte Gesundheitsversorgung entgegenlief.

ERLEDIGT

Maßnahme 19 – Aufhebung des MB FEK 117/2015 über Sanktionen wegen Fehlverhaltens bei Verschreibungen

Die Behörden erließen den Ministerialbeschluss 117/2015 im Anschluss an eine Entscheidung des Staatsrats. Nach Interaktionen mit der Institution wird die Auffassung vertreten, dass der Ministerialbeschluss vorzugsweise erst nach Einführung neuer Rechtsvorschriften aufgehoben werden sollte, um eine Regelungslücke zu vermeiden. Die Behörden haben sich zu einer Fortführung der Gesundheitsversorgungsreformen verpflichtet, u. a. durch Kontrollen der öffentlichen Ausgaben und Steuerung der Arzneimittelnachfrage. Sie haben die Absicht bekundet, Sanktionen und Strafen im Anschluss an die Auswertung und Meldung von Fehlverhalten und Interessenkonflikten bei der Verschreibungspraxis sowie bei Nichterfüllung der EOF-Verschreibungsleitlinien zu verschärfen, und damit eine zuvor im MoU abgegebene Zusage wiederholt. Im Einklang mit dieser Zusage haben sich die Behörden zur Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften nach Abschluss des Dialogs verpflichtet, der derzeit auf technischer Ebene mit den Behörden geführt und voraussichtlich bis Oktober 2015 zu Ende gebracht wird. Der laufende Dialog wird einerseits gewährleisten, dass durch ausgewogene legislative Maßnahmen der gesetzliche Rahmen korrigiert wird, der derzeit den Ärzten eine Überschreitung der Ausgabengrenzen erlaubt, und andererseits sicherstellen, dass die Ärzte ihre Pflichten auf höchstem Niveau in ständigem Streben nach gesteigerter Effizienz und Qualität zum Wohl der Patienten erfüllen können.

NICHT ZUTREFFEND – Aufhebung nicht möglich, ohne eine Regelungslücke zu schaffen; die Vorschriften werden bis Oktober 2015 geändert

Maßnahme 20 – Wiederherstellung der Verschreibung nach internationalem Freinamen (INN) auf der Grundlage von Wirkstoffen

Das Sammelgesetz beinhaltet Änderungen des Rundschreibens Nr. G5/oik.26225 vom 8. April 2015. Durch diese Änderungen wird die Pflicht der Ärzte wiederhergestellt, ausschließlich den Wirkstoff zu verschreiben, es sei denn, es handelt sich um chronische Krankheiten im Sinne der Artikel 6.4 und 6.5 des Ministerialbeschlusses FEK 3057/B/18-11.2012. Gemäß Artikel 6.6 des Ministerialbeschlusses vom 18. November 2012 darf der Anteil der Verschreibungen, die aufgrund dieser Ausnahmeregelung eine bestimmte Arzneimittelmarke bezeichnen, 15 % der Gesamtzahl der Verschreibungen pro Arzt und Jahr nicht überschreiten. Diese Ausnahmeregelung soll Spielraum in komplexeren Fällen lassen, ohne die Erreichung des übergeordneten Ziels zu gefährden, die Arzneimittelnachfrage zu steuern und die Gesamtkosten in Grenzen zu halten.

ERLEDIGT

Maßnahme 21 – Abschaffung des Bestandsschutzes für im Jahr 2012 auf dem Markt befindliche Arzneimittel

Nach dem vorletzten Entwurf des Sammelgesetzes (Unterabsatz F1) wurde eine Bestimmung des Artikels 22 Absatz 4 des Gesetzes 4213/2013 nicht ordnungsgemäß aufgehoben, sodass die in dieser Vorschrift vorgesehene Preisregelung rückwirkend für alle Arzneimittel ungeachtet des Datums ihrer Zulassung gilt.

AUSSTEHEND – Überprüfung des erlassenen Sammelgesetzes

Maßnahme 22 – Rückforderungen

Die Behörden haben sich im MoU zur Schaffung von Rückforderungen für 2015 in den Bereichen Diagnostik und Privatkliniken und zur Entkoppelung der Rückforderung für das Jahr 2014 im Bereich

der Privatkliniken von der Rückforderung für das Jahr 2013 verpflichtet. Die vereinbarten Verpflichtungen wurden durch Erlass verschiedener Ministerialbeschlüsse substantiiert, durch die die erforderliche Erstreckung der Rückforderungsbestimmungen auf die Bereiche Arzneimittel sowie Diagnostik und Dienstleistungen privater Kliniken bewirkt wurde.

Das Sammelgesetz modifiziert Artikel 11 Buchstabe e des Gesetzes 4052/2012 und erweitert den Zeitraum für zurückliegende Rückforderungen im Bereich der Arzneimittel bis Ende 2018.

Außerdem haben die Behörden einen Ministerialerlass des Gesundheitsministeriums veröffentlicht, durch den eine Ausweitung der Rückforderungsregelung für 2015 auf dem Niveau der für 2014 geltenden Obergrenzen erfolgt. Darüber hinaus liegt ein weiterer Ministerialerlass vor, mit dem die Rückforderung im Bereich diagnostischer Tests für das Jahr 2015 festgesetzt und bis zum Jahr 2018 verlängert wird. Ferner haben die Behörden einen Ministerialerlass zur Fortgeltung der Ausgabenbestimmungen bis zum Jahr 2018 erstellt sowie einen Beschluss der EOPPY und einen Ministerialbeschluss bekannt gegeben, in denen Einzelheiten zu den Haushaltsposten und Formeln zur Berechnung der Beträge aufgeführt sind, die für Privatkliniken aufgewandt werden dürfen. Mehrere Details dieser Ministerialbeschlüsse werden derzeit einer möglicherweise weitreichenden Überprüfung unterzogen und sind noch nicht fest vereinbart.

AUSSTEHEND – Unterzeichnung der Ministerialbeschlüsse erst nach Verabschiedung des Sammelgesetzes möglich

2.5.3 DIE SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME

Maßnahme 23 – Vereinbarung der konkreten Aufgabenstellung und Einleitung einer umfassenden Überprüfung der Sozialfürsorge

Die Regierung und die Institutionen [standen im Begriff], die Aufgabenstellung bei der Einleitung einer Überprüfung der Sozialfürsorge [zu vereinbaren]. Nach der jüngsten Fassung, die die Institutionen den Behörden übermittelt haben, wird im Dezember 2015 ein Anfangsbericht mit Empfehlungen für politische Reformen erstellt. Dieser Bericht wird eine Zusammenfassung der bis dahin geleisteten Arbeit und der geschätzten finanziellen Einsparungen enthalten. Die Regierung hat zudem die Grundsätze für die Ausgestaltung einer weiteren Regelung für ein garantiertes Mindesteinkommen in Griechenland vereinbart. Die abschließende Vereinbarung und die Einleitung der Überprüfung stehen also noch aus.

AUSSTEHEND

3. WAHRUNG DER STABILITÄT DES FINANZSYSTEMS

Maßnahme 24 – Erarbeitung einer glaubwürdigen Strategie zur Lösung des Problems notleidender Kredite

Eine von den Behörden eingerichtete und aus allen Betroffenen zusammengesetzte Arbeitsgruppe soll eine holistische Strategie zur Handhabung notleidender Kredite erarbeiten und sich dabei an dem Ziel orientieren, Umsetzungsfrist und Kapitalaufwand auf ein Minimum zu beschränken, gleichzeitig aber die Sachkunde externer Berater für Strategieentwicklung und -umsetzung in Anspruch zu nehmen. Insoweit soll die Strategie eine Reihe von Hindernissen aufzeigen, die dem Abbau der durch notleidende Kredite bedingten Belastungen des Finanzsystems und der griechischen Volkswirtschaft entgegenstehen. Es wurde eine Strategie für den Bereich der notleidenden Kredite vorgelegt, die

zahlreiche ausführliche Vorschläge und Änderungen geltender Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie Initiativen zur Erhöhung der praktischen Wirksamkeit der Handhabung notleidender Kredite beinhaltet.

Allerdings haben die Institutionen eine Reihe schwerwiegender Mängel der Strategie festgestellt (insbesondere Beschränkungen des Marktes für notleidende Kredite und ein Vorschlag zur Gründung einer öffentlichen Vermögensverwaltungsgesellschaft) und den Behörden Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt noch keine aktualisierte Strategie vor.

AUSSTEHEND

Maßnahme 25 – Änderungen des Gesetzes über Unternehmensinsolvenzen

Das Sammelgesetz (Unterabsatz C3) umfasst Änderungen des Gesetzes über Unternehmensinsolvenzen, die einen ersten Schritt zur kurzfristigen Verbesserung der Effizienz der gesetzlichen Rahmenbedingungen und des Verfahrens darstellen und die Bemühungen der Banken zur Beitreibung von Forderungen aus notleidenden Krediten unterstützen. Den Institutionen liegt ein Aktionsplan vor, der die mit Unternehmensinsolvenzrichtern verbundenen Probleme behandelt (d. h. zusätzliche Richter, längere Amts- und Ausbildungszeiten).

ERLEDIGT

Maßnahme 26 – Änderungen des Gesetzes über Privatinsolvenzen

Das Sammelgesetz (Unterabsatz A4) ändert das Gesetz über Privatinsolvenzen mit dem Ziel, den Rahmen zu verbessern und den übermäßigen Rückstau anhängiger Rechtssachen abzubauen, der zu übertrieben schuldnerfreundlichen Verhältnissen mit Gelegenheit zu Missbräuchen führt. Die Änderungen des Rahmens betreffen in erster Linie die Einführung einer befristeten Aussetzung der Vollstreckung im Einklang mit länderübergreifenden Erfahrungen, die Einrichtung eines strengeren Prüfungsverfahrens, um systematisch säumige Schuldner von Anträgen gemäß dem Gesetz abzuhalten, sowie die Einbeziehung öffentlicher Gläubigerforderungen in den Geltungsbereich des Gesetzes, das Schuldner, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, die Möglichkeit zu einem Neuanfang gibt. Es wurden weitere Maßnahmen zum Abbau des großen Rückstaus der Rechtssachen vereinbart (z. B. Erhöhung der Anzahl der Richter und des Justizpersonals, vorrangige Bearbeitung von Rechtssachen mit großer Insolvenzmasse sowie abgekürzte Verfahren bei vermögens- und einkommenslosen Schuldner). Das Sammelgesetz macht es erforderlich, in einem Ministerialerlass die Kriterien für den Schutz des Hauptwohnsitzes wirklich schutzbedürftiger Schuldner festzulegen. Die Behörden sollten durch primärrechtliche Vorschriften die Voraussetzungen für den Schutz des Hauptwohnsitzes verschärfen, gleichzeitig aber dem schutzbedürftigen Schuldner entsprechend dem Vorschlag der Institutionen Schutz gewähren.

AUSSTEHEND – Bestimmungen über die Voraussetzungen sind bis September 2015 zu erlassen

Maßnahme 27 – Einführung des Insolvenzverwalterberufs

Im Sammelgesetz (Unterabsatz C3) finden sich Ermächtigungsnormen für die Schaffung des reglementierten Berufs des Insolvenzverwalter, der nicht auf eine bestimmte Berufsgruppe beschränkt ist; dies beruht auf guten länderübergreifenden Erfahrungen. Die Behörden werden durch Präsidialerlass die Einzelheiten der Berufsausübung festlegen.

ERLEDIGT

Maßnahme 28 – Verabschiedung von Vorschriften zur Reaktivierung des Regierungsrats für die Verschuldung privater Haushalte

Das Sammelgesetz (Unterabsatz A4) enthält Rechtsvorschriften über die Einrichtung eines Sondersekretariats zur Unterstützung der Tätigkeit des Regierungsrats für das Management der Verschuldung privater Haushalte sowie zur Systematisierung der Informationen und der Bereitstellung von Verbraucherberatung. Die Geschäftsordnung des Sondersekretariats wird durch einen Präsidialerlass festgelegt. Zur Aktivierung des Regierungsrats für die Verschuldung privater Haushalte ist ein Beschluss des Ministerpräsidenten erforderlich.

ERLEDIGT – Veröffentlichung des Beschlusses steht aus

4.1 ARBEITSMARKT UND HUMANKAPITAL***Maßnahme 29 – Aufhebung der Gesetzgebung über die Nachwirkung der in Artikel 72 des Gesetzes 4331/2015 vom 2. Juli 2015 verabschiedeten Vereinbarungen***

Das Sammelgesetz (Unterabsatz E2.4) hebt ausdrücklich Artikel 72 Absatz 1 des Gesetzes 4331/2015 auf, mit dem die Nachwirkungen, die Dauer und der Inhalt der 2012 erfolgten Änderungen in vollem Umfang wiederhergestellt worden waren.

ERLEDIGT

4.2 PRODUKTMÄRKTE UND GESCHÄFTSUMFELD***Maßnahme 30 – Umsetzung aller anstehenden Empfehlungen des Toolkit I der OECD zur Bewertung des Wettbewerbs mit Ausnahme derer zu rezeptfreien Arzneimitteln, verkaufsoffenen Sonntagen, Baustoffen und einer Bestimmung zu Lebensmitteln***

Im Einklang mit der Zusage übernimmt das Sammelgesetz (Unterabsätze A.2 und A.3) das ausstehende Toolkit I der OECD zur Bewertung des Wettbewerbs für Bäckereien, Milch, Verkaufsförderung, Schlussverkaufszeiträume, Touristenbusse und Lkw-Zulassungen. Im Bereich der Bäckereien wird die strenge Unterscheidung zwischen Bäckereien und Brotstationen abgeschafft. Im Bereich der Milch wird die Beschränkung der Höchsthaltbarkeit pasteurisierter Milch aufgehoben. Im Bereich der Verkaufsförderung wird die Verpflichtung abgeschafft, im Fall des Verkaufs eines Produkts in Sammelpackungen das Produkt auch einzeln anzubieten. Im Bereich der Schlussverkaufszeiträume werden neben den Zeiträumen für regelmäßige und Zwischenschlussverkäufe auch Schlussverkäufe während des gesamten Jahres zugelassen. Im Bereich der Touristenbusse wird die für Touristenbusse geltende Beschränkung der Sperrung von Strecken ausdrücklich aufgehoben. Im Bereich der Lkw-Zulassungen werden die an den Bruttogewinn und die Tonnage anknüpfenden Kriterien und die vorläufige Zulassung von zu privaten Zwecken genutzten Lkw abgeschafft. Im Bereich der Lebensmittel führt der gemeinsame Ministerialbeschluss vom 12. August 2015 (Protokoll Nr. 1349/88930) flexiblere Begriffsbestimmungen für die Bestandteile von Pudding und Sahne ein. Im Bereich der Inhaberschaft von Apotheken hebt das Sammelgesetz (Unterabsätze D.12.17/18) Artikel 6 des Gesetzes 328/1976 auf und sieht vor, dass durch einen gemeinsamen Ministerialbeschluss die Kriterien für eine Zulassung der Niederlassung von Apotheken festgelegt werden. Dies entspricht weder den Empfehlungen der OECD noch dem in den Verhandlungen vereinbarten Wortlaut, da damit Personen, die keine Apotheker sind, als Inhaber von Apotheken weiterhin ausgeschlossen werden. Im Einklang mit der Erklärung auf dem Euro-Gipfel räumt das MoU zwar mehr Zeit für die Umsetzung der für Apotheken geltenden Empfehlungen zu

rezeptfreien Arzneimitteln ein, die Maßnahme bezüglich der Inhaberschaft von Apotheken ist jedoch Bestandteil der Vorabmaßnahmen.

TEILWEISE ERLEDIGT – Bestimmungen über die Inhaberschaft von Apotheken sind bis September 2015 zu erlassen

Maßnahme 31 – Umsetzung einer bedeutenden Anzahl der Empfehlungen des Toolkit II der OECD zu Getränken und Erdölprodukten

Durch das Sammelgesetz (Unterabsätze D.6 und D.12) werden Vorschriften zu lediglich 11 der 88 Empfehlungen des Toolkit II der OECD zu Getränken und Erdölprodukten erlassen. Außerdem ist eine Bestimmung enthalten, die weiterer Klarstellung bedarf, um die Konformität mit der OECD-Empfehlung herzustellen. Die Behörden haben den Entwurf von Ministerialbeschlüssen zu sechs Empfehlungen des Toolkit II der OECD und den Entwurf von Präsidialerlassen zu zwei Empfehlungen des Toolkit II der OECD vorgelegt, die aber als solche noch nicht in Kraft getreten sind. Andere Empfehlungen konnten aus technischen Gründen nicht umgesetzt werden. Die Behörden haben im MoU die Umsetzung der übrigen Empfehlungen bis Oktober 2015 zugesagt.

TEILWEISE ERLEDIGT – der Großteil der Empfehlungen muss bis Oktober 2015 umgesetzt werden

Maßnahme 32 – Öffnung der reglementierten Berufe des Notars, des Versicherungsmathematikers und des Gerichtsvollziehers

Im Einklang mit der Zusage senkt das Sammelgesetz (Unterabsatz C.2) die Gebühren für notarielle Tätigkeiten bei Grundstücksgeschäften mit einem Vertragswert bis zu 120.000 EUR von 1,00 % auf 0,80 %. Im Einklang mit der Zusage wurde der Verband der Versicherungsmathematiker am 18. Juni 2015 gemäß dem Präsidialerlass 53/2013 in der durch das Gesetz 4254/2014 geänderten Fassung zugelassen. Die Prüfungen fanden im Juli 2015 statt. Im Einklang mit der Zusage dehnt das Sammelgesetz (Unterabsatz G.1) das geografische Gebiet aus, in dem Gerichtsvollzieher tätig sein dürfen – ein entsprechender Ministerialbeschluss ist bis Dezember 2015 zu erlassen –, und bestimmt die Kriterien für die Festsetzung der Gebühren – ein entsprechender Ministerialbeschluss ist bis Oktober 2015 zu erlassen.

ERLEDIGT

Maßnahme 33 – Liberalisierung des Marktes für Vermietungen an Touristen

Im Einklang mit der Zusage schafft das Sammelgesetz (Unterabsatz A.3.4) mit Wirkung ab 1. November 2015 die 30-Tage-Beschränkung für Vermietungen an Touristen ab. Im MoU haben die Behörden den Erlass von Vorschriften zugesagt, die der Liberalisierung der Vermietungen an Touristen ab 1. Oktober 2015 volle Wirkung verleihen.

ERLEDIGT

Maßnahme 34 – Abschaffung einseitiger Bagatellgebühren und Anpassung der wechselseitigen Bagatellgebühren an die erbrachten Dienstleistungen

Im Einklang mit der Zusage schafft das Sammelgesetz (Unterabsätze D.12.4 bis D.12.16) [dreizehn] Bagatellgebühren ab oder hebt die dafür getroffenen Vorkehrungen auf. Im MoU sagen die Behörden die Abschaffung der Bagatellgebühren im Rentenbereich bis Oktober 2015 und die Fortsetzung der Arbeiten im Bereich der wechselseitigen Bagatellgebühren zu.

ERLEDIGT

Maßnahme 35 – Bürokratieabbau, u. a. bei horizontalen Zulassungsanforderungen an Investitionen und bei risikoarmen Tätigkeiten gemäß den Empfehlungen der Weltbank, sowie Senkung des Verwaltungsaufwands der Unternehmen auf der Grundlage der OECD-Empfehlungen

Im Einklang mit der Zusage legten die Behörden am 12. August 2015 den Präsidialerlass zum Investitionszulassungsgesetz für viehwirtschaftliche Tätigkeiten vor (Protokoll Nr. SD98/12-8-2015). Im MoU sagen die Behörden die Aufstellung eines Fahrplans einschließlich Priorisierung für die Investitionszulassungsreform bis September 2015 und den Erlass sekundärrechtlicher Vorschriften entsprechend dieser Priorisierung bis Juni 2016 zu.

Im Einklang mit der Zusage senkt das Sammelgesetz (Unterabsatz A.1) den Verwaltungsaufwand kleiner Unternehmen durch Vereinfachung der Anforderungen an die Jahresabschlüsse und die Abschlussprüfung. Im MoU sagen die Behörden die Umsetzung der anstehenden OECD-Empfehlungen zu Zulassungen in den Bereichen Umwelt und Kraftstoffhandel bis November 2015 zu.

ERLEDIGT

Maßnahme 36 – Einrichtung eines Ausschusses für die ressortübergreifende Ausarbeitung von Rechtsvorschriften

Die Behörden hatten sich zum Ziel gesetzt, am 12. August 2015 das Kabinettsgesetz zur Einrichtung eines ressortübergreifenden Ausschusses für die Investitionszulassungsreform zu erlassen. Der Erlass des Kabinettsgesetzes steht aus.

AUSSTEHEND

4.3 REGULIERTE NETZINDUSTRIEN (ENERGIE, VERKEHR, WASSER)

Maßnahme 37 – Verabschiedung der Reform des Gasmarkts und des entsprechenden Fahrplans, was u. a. die uneingeschränkte Wahlfreiheit beim Wechsel des Anbieters für alle Kunden ab 2018 zur Folge hat

Das Sammelgesetz (Unterabsatz B.1) leitet eine Reform des griechischen Gasmarkts ein, in deren Rahmen wesentliche Wettbewerbsbeschränkungen, die auf einer spezifischen Befreiung von der Anwendung des Dritten Energiepakets beruhen, abgeschafft sowie die Gaslieferung vom Gasvertrieb getrennt werden, um den Vertrieb richtig zu regeln und Investitionen zu stimulieren. Flankiert wird die Reform durch einen Fahrplan einschließlich der erforderlichen abgeleiteten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, der ab September 2015 umgesetzt werden soll. Der Markt wird schrittweise liberalisiert werden, d. h. die Verbraucher werden die Möglichkeit haben, ihren Anbieter frei zu wählen; dies gilt zunächst für industrielle Abnehmer, während eine vollständige Liberalisierung im Jahr 2018 erreicht werden soll.

ERLEDIGT

Maßnahme 38 – Meldung des reformierten Systems der kapazitätsbezogenen Zahlungen (einschließlich eines vorläufigen und eines dauerhaften Mechanismus)

Griechenland hatte Ende 2014 mit der Europäischen Kommission eine neue Regelung für kapazitätsbezogene Zahlungen vereinbart, in deren Mittelpunkt das Angebot an Flexibilitätsdienstleistungen steht. Im Anschluss an eine erste Meldung ersuchte die Kommission um einige Klarstellungen, die noch ausstanden und ohne die die Beschließung und Umsetzung der Reform

nicht vonstattengehen konnte. Die Behörden haben nunmehr wieder mit den Meldungen begonnen und die ausstehenden Antworten übermittelt, um im September 2015 eine reformierte vorläufige Regelung zu verabschieden. Dabei wird der Preis zwar immer noch reglementiert, verbunden allerdings mit wesentlich geringeren Ausgleichsbeträgen pro Einheit und ganz erheblichen Kostensenkungen insgesamt, die an die Verbraucher weitergegeben werden sollen. In weiteren Gesprächen mit der Kommission muss die auf Versteigerungen beruhende dauerhafte Regelung festgelegt werden.

ERLEDIGT

Maßnahme 39 – Meldung von NOME-Produkten bei der Europäischen Kommission

Bei NOME (Nouvelle Organisation du Marché de l'Electricité) handelt es sich um ein System, bei dem das auf dem griechischen Strommarkt etablierte Unternehmen (PPC) seine Braunkohle- und Wasserkrafterzeugungskapazitäten versteigern wird, um den Wettbewerb auf dem Versorgungsmarkt anzuregen. Gemäß dem zweiten Programm galt dies im Entwicklungsprozess als Zwischenlösung, die zur Ausgründung eines Unternehmens (PPC klein) von PPC – PPC hält auf dem Versorgungsmarkt derzeit einen Anteil von ungefähr 98 % – geführt hätte. Im dritten Programm haben sich die Behörden verpflichtet, mit der Kommission Gespräche über die Konzeption von NOME zu führen, um die Ausgründung von PPC klein zu vermeiden, unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs jedoch gleichwertige Ergebnisse zu erzielen. Die Konzepterstellung wird in Abstimmung mit den Institutionen bis Oktober 2015 abgeschlossen sein und dürfte dazu führen, dass 25 % der Braunkohle- und Wasserkraftkapazität von PPC versteigert werden, wobei dieser Prozentsatz bis 2020 auf 50 % steigen soll. Die Behörden haben der Kommission eine Meldung (eigentlich eine Vorabmeldung) über einen Vorschlag übermittelt, den die RAE im Mai 2014 zur öffentlichen Konsultation vorgelegt hatte.

ERLEDIGT

Maßnahme 40 – Erlass von Rechtsvorschriften, nach denen es bis 2020 keinem Unternehmen möglich sein wird, direkt oder indirekt über 50 % des insgesamt in Griechenland erzeugten oder eingeführten Stroms zu erzeugen oder einzuführen

Das Sammelgesetz (Unterabsatz B.2) setzt eine Frist bis 2020, nach deren Ablauf es keinem Unternehmen möglich sein wird, direkt oder indirekt über 50 % des insgesamt in Griechenland erzeugten oder eingeführten Stroms zu erzeugen oder einzuführen. Diese Ergänzungsmaßnahme zu NOME verankert mittelfristig die Herausbildung eines Strommarkts, da sie die Marktanteile der Teilnehmer ausdrücklich beschränkt. Dies wird zu verstärktem Wettbewerb und positiven Auswirkungen für die Verbraucher führen. Das derzeit etablierte Unternehmen verfügt über ungefähr 70 % der griechischen Erzeugungskapazität.

ERLEDIGT

4.4 PRIVATISIERUNGEN

Maßnahme 41 – Billigung des vom HRADF am 30. Juli 2015 genehmigten Vermögensentwicklungsplans durch das Kabinett

Der Wirtschaftsrat hat den Vermögensentwicklungsplan am 14. August 2015 gebilligt. Der Plan sieht einen umfassenden Neustart des Privatisierungsplans durch den Vermögensentwicklungsfonds der Hellenischen Republik mit Erlösen in Höhe von 6,5 Mrd. EUR bis 2017 und ungefähr 10 Mrd. EUR

bis 2020 vor, wobei die bedeutenden Privatisierungen und Konzessionierungen (Häfen, Flughäfen, Eisenbahn, Immobilien und dergleichen) innerhalb der nächsten drei Jahre stattfinden. Diese Billigung gibt dem HRADF die politische Rückendeckung für die Fortsetzung der Privatisierungen.

ERLEDIGT

Maßnahme 42 – Bekanntgabe durch die Regierung und den HRADF von verbindlichen Terminen zur Angebotsabgabe für die Häfen Piräus und Thessaloniki spätestens für Ende Oktober 2015 und für TRAINOSE ROSCO ohne wesentliche Änderungen der Ausschreibungsbedingungen

Der Vorstand hat einen neuen Zeitplan für die Ausschreibungen gebilligt (Oktober 2015 für die Hafenbehörde Piräus, Februar 2016 für die Hafenbehörde Thessaloniki und Dezember 201[5] für TRAINOSE ROSCO). Die Termine werden den Anlegern im virtuellen Datenraum amtlich bekannt gegeben; am 13. August 2015 hat der HRADF eine Pressemitteilung herausgegeben.

ERLEDIGT

Maßnahme 43 – Durchführung unumkehrbarer Schritte der Behörden für den Verkauf der Regionalflughäfen zu den gegenwärtigen Bedingungen, bei denen der erfolgreiche Bieter bereits feststeht

Der Wirtschaftsrat hat das Geschäft am 13. August 2015 [gebilligt] und den Finanzminister zur Unterzeichnung des Konzessionsvertrags mit den bevorzugten Bietern ermächtigt.

AUSSTEHEND

Maßnahme 44 – Abschluss durch die Behörden von etwa 20 ausgewählten ausstehenden Maßnahmen, die vom HRADF bestimmt wurden

Die Regierung hat eine Reihe von ausstehenden Maßnahmen abgeschlossen, die erforderlich sind, damit verschiedene laufende Ausschreibungsverfahren fortgesetzt/abgeschlossen werden können, darunter für Hellinikon, Regionalflughäfen, TRAINOSE-ROSCO sowie weitere Immobilienausschreibungen. Diese Maßnahmen verschiedener Ministerien würden den Bietern ein Vorgehen gemäß dem vorgesehenen Plan ermöglichen.

AUSSTEHEND

5.1 ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Maßnahme 45 – Angleichung von Lohnnebenleistungen wie z. B. Tagegeld, Reisekosten und Vergünstigungen an die bewährten Verfahren der EU mit Wirkung vom 1. Januar 2016

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D9) umfasst gemeinsame Vorschriften, die für den gesamten öffentlichen Sektor gelten und Reisekosten, Tagegelder sowie einige Vergünstigungen wie etwa Mobiltelefone betreffen. Die Reform der Regelung für Sonderurlaub erfolgt im Oktober 2015. Einige weitere Bereiche der Lohnnebenleistungen könnten im Oktober 2015 erfasst werden.

ERLEDIGT

5.3 KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG***Maßnahme 46 – Aktualisierung, Veröffentlichung und fristgerechte Umsetzung eines überarbeiteten strategischen Plans zur Korruptionsbekämpfung***

Die Behörden haben den überarbeiteten strategischen Plan zur Korruptionsbekämpfung aktualisiert und am 13. August 2015 in griechischer und in englischer Sprache auf der Website des Generalsekretariats zur Korruptionsbekämpfung veröffentlicht. Der Plan setzt Umsetzungsfristen, die bis Ende 2017 reichen, und umfasst zentrale Maßnahmen wie eine Überprüfung des rechtlichen Rahmens, einschließlich des Parteienfinanzierungsgesetzes, und den Erlass eines Verhaltenskodex für die Parlamentsabgeordneten. Er stellt außerdem die neue Organisationsstruktur klar, die im Gefolge der Ernennung eines für Betrugsbekämpfung zuständigen Staatsministers aufgebaut werden soll.

ERLEDIGT

Maßnahme 56 – Aufhebung der Änderung, nach der politisches Personal im Seeministerium von der Vermögensregistrierung befreit ist

Durch Artikel 51 des Gesetzes 4331/2015 wurde die Verpflichtung des Zivilpersonals im ehemaligen Ministerium für die Handelsmarine und die Ägäis zur Abgabe einer Vermögenserklärung aufgehoben. Das Sammelgesetz

(Absatz Z) stellt diese Verpflichtung wieder her.

ERLEDIGT

5.4 STATISTIKEN***Maßnahme 47 – Einleitung des Verfahrens zur rechtskonformen Ernennung eines ELSTAT-Präsidenten***

Das Verfahren zur Ernennung eines neuen ELSTAT-Präsidenten ist eingeleitet worden. Eurostat wurde offiziell um Nominierung von drei Mitgliedern gebeten, während die Regierung zwei weitere Mitglieder nominieren wird; der Ausschuss zur Erarbeitung der Stellenausschreibung wird nach dem 17. August 2015 gebildet.

ERLEDIGT

MASSNAHMEN ZUR HERSTELLUNG DER KONFORMITÄT MIT DER ERKLÄRUNG DER EUROGRUPPE VOM 20. FEBRUAR 2015 ÜBER VORKONSULTATIONEN***Maßnahme 48 – Steuerpolitik: grenzüberschreitende Quellensteuer auf nicht abzugsfähige Geschäftsaufwendungen***

Erfüllt, vgl. Vorabmaßnahme 4.

ERLEDIGT

Maßnahme 49 – Steuerpolitik: Teilzahlungsregelungen für einbehaltene Mehrwertsteuer

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D.12) hebt Artikel 18 des Gesetzes 4321/2015 auf, wonach einbehaltene Mehrwertsteuer für eine Teilzahlungsregelung registriert werden konnte. Mehrwertsteuer

wird für den Staat einbehalten und darf daher nicht für eine Teilzahlungsregelung in Betracht kommen.

ERLEDIGT

Maßnahme 50 – Steuerpolitik: Abzüge für jährliche Mehrwertsteuererklärungen

Artikel 22 des Gesetzes 4321/2015 erlaubte Abzüge von den jährlichen Mehrwertsteuererklärungen bis zum siebten Monat des darauffolgenden Kalenderjahrs. Das Sammelgesetz (Unterabsatz D.2) verkürzt diesen Zeitraum auf den vierten Monat nach Ende des Kalenderjahrs.

ERLEDIGT

Maßnahme 51 – Gesetz 4321/2015 Steuerverwaltung: Auf die SDOE übertragene Zuständigkeiten im Steuerbereich

Erfüllt, vgl. Maßnahme 11.

ERLEDIGT

Maßnahme 52 – Steuerverwaltung: Fälschliche Übertragung der SGPR-Zuständigkeiten auf andere Behörden

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D.7) korrigiert die Gesetzgebung von März 2015, durch die auf den Minister bzw. die Leiter der örtlichen Finanzämter Befugnisse übertragen wurden, die dem Leiter der semi-autonomen öffentlichen Steuerverwaltung hätten verliehen werden müssen.

ERLEDIGT

Maßnahme 53 – Sonderabzüge für OPAP-Vertreter und Befreiung der Hellenischen Touristenorganisation von der ENFIA

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D.12) hebt Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes 4328/2015 auf, der für OPAP-Vertreter Sonderabzüge von realisierten Verkäufen als Rückstellung für uneinbringliche Forderungen vorsah.

ERLEDIGT

Maßnahme 54 – 2%-Rabatt für natürliche und juristische Personen für die unverzügliche Entrichtung einer persönlichen Einkommensteuer (Artikel 2 Absätze 4 und 5)

Das Sammelgesetz (Unterabsätze D.12) sieht eine [Aufhebung] von Artikel 2 Absätze 4 und 5 [WELCHEN GESETZES?] vor, der natürlichen bzw. juristischen Personen einen Rabatt von 2 % einräumt. Ein solcher Rabatt ist übermäßig und entspricht de facto einer Jahresverzinsung von ungefähr 8 %.

ERLEDIGT

Maßnahme 55 – Befreiung der Hellenischen Tourismusorganisation von der ENFIA

Das Sammelgesetz (Unterabsatz D.3) hebt Artikel 3 des Gesetzes 4328/2015 auf, der eine Befreiung der Hellenischen Tourismusorganisation von der ENFIA vorsieht.

ERLEDIGT

Maßnahme 56 – Gesetz 4331/2015: Aufhebung der Änderung, nach der Zivilpersonal im Seeministerium von der Vermögensregistrierung befreit ist

Durch das Gesetz 4331/2015 wurde die Verpflichtung von Beamten zur Abgabe einer Vermögenserklärung aufgehoben. Das Sammelgesetz (Absatz G) stellt diese Verpflichtung wieder her.

ERLEDIGT

Anhang 1: Vor der nächsten Auszahlung von Griechenland zu ergreifende Maßnahmen (Vorabmaßnahmen)

Anhang 1: Vor der nächsten Auszahlung von Griechenland zu ergreifende Maßnahmen

	Im MoU festgelegte Maßnahmen	Stand
2.1 Haushaltspolitik		
1	Schrittweise Abschaffung der Erstattung der Verbrauchsteuer auf Dieselmotoren für Landwirte in zwei gleichen Schritten im Oktober 2015 und Oktober 2016	Erledigt (Klärungen ausstehend)
2	Erhöhung der Tonnagesteuer	Erledigt
3	Einleitung der ENFIA-Maßnahme 2015 , um im Oktober 2015 Bescheide auszustellen, wobei die letzte Rate im Februar 2016 fällig ist	Erledigt
2.2 Reform der Steuerpolitik		
4	Abschaffung der durch das Vorauszahlungsgesetz (Gesetz 4321/2015) eingeführten Quellensteuer auf grenzüberschreitende Erträge	Erledigt
5	Aufhebung der in den Gesetzen 4328/2015 und 4331/2015 eingeführten jüngsten Änderungen des Einkommensteuergesetzes	Erledigt (weitere Maßnahmen fällig im Oktober)
6	Klarstellung, dass die Mehrwertsteuerrabatte für Inseln bis Ende 2016 vollständig abgeschafft werden, und Festlegung der Übergangsregelungen	Erledigt
2.3 Reformen der Steuerverwaltung		
7	Abschaffung der 25 %-Obergrenze auf Gehälter und Renten bei Pfändungen und Senkung sämtlicher Pfändungsgrenzen von 1.500 EUR unter Gewährleistung angemessener Lebensbedingungen in allen Fällen	Erledigt
8	Änderung der Steuer- und Sozialabgaben-Teilzahlungsregelungen für 2014-15	Erledigt (redaktionelle Korrekturen ausstehend)
9	Änderung der Basisteilzahlungsregelung (TPC) , um die Marktzinssätze anzupassen und bis Ende 2017 Überprüfungen durch Dritte und Anforderungen an Bankgarantien auszusetzen	Erledigt
10	Beschleunigte Beschaffung einer Software zur Mehrwertsteuer-Netzwerkanalyse und weiteren Automatisierung der Betreuung, u. a. mit voll automatisierten Pfändungsverfahren	Erledigt
11	Sofortiger Erlass von Rechtsvorschriften zur Übertragung aller steuer- und zollbezogenen Kapazitäten und Aufgaben sowie aller steuer- und zollbezogenen Beschäftigten der Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (SDOE) und anderer Stellen auf die Finanzverwaltung bis Ende Oktober 2015	Erledigt
2.4.1 Öffentliches Finanzwesen		
12	Abschirmung des Kontos für die Verwaltung von EU-Strukturfondsinstrumenten und Griechenlands nationalen Beiträgen	Erledigt
2.5.1 Renten		
13	Präzisierung der Regeln für die Berechtigung für die garantierte Mindestrente nach 67 Jahren	Ausstehend (Prüfung des Gesetzes)
14	Veröffentlichung aller Rundschreiben zur Sicherstellung der Umsetzung des Gesetzes von 2010	Ausstehend (Prüfung des Gesetzes)
15	Korrektur des Gesetzes 4334/2015, damit u. a. die monatlich garantierten Leistungen ordnungsgemäß eingefroren werden	Erledigt
16	Ausweitung des Einfrierens auf den öffentlichen Sektor	Ausstehend (Prüfung des

Anlage 3 a
BMF-Beschlussantrag

		Gesetzes)
17	Allmählicher Abbau des Bestandsschutzes beim gesetzlichen Renteneintrittsalter und den Vorruhestandsregelungen	Ausstehend (Prüfung des Gesetzes)
2.5.2 Gesundheitsversorgung		
18	Änderung des Gesetzes 4332/2015 zur Aufhebung eines Teils des Gesetzes 4052/2012 (Reorganisation und Umstrukturierung des Gesundheitssektors gemäß dem MoU) über die Ernennung von Geschäftsführern in Krankenhäusern	Erledigt
19	Aufhebung des MB FEK 1117/2015, um Sanktionen und Strafen im Zuge der Auswertung und Meldung von Fehlverhalten und Interessenkonflikten bei der Verschreibungspraxis sowie bei Nichterfüllung der EOF-Verschreibungsrichtlinien zu verschärfen	Nicht zutreffend
20	Wiederherstellung der Verschreibung nach internationalem Freinamen (INN) in vollem Umfang	Erledigt
21	Reduzierung der Preise aller patentfreien Arzneimittel	Ausstehend (Prüfung des Gesetzes)
22	Schaffung von Rückforderungen für 2015 für die Bereiche Diagnostik und Privatkliniken und Entkopplung der Rückforderung für das Jahr 2014 im Bereich der Privatkliniken von der für 2013	Ausstehend (Unterschrift des Geschäftsführenden Direktors nur nach Verabschiedung des Gesetzes möglich)
2.5.3 Die sozialen Sicherungssysteme		
23	Vereinbarung der konkreten Aufgabenstellung und Einleitung einer umfassenden Überprüfung der Sozialfürsorge	Ausstehend
3. Wahrung der Stabilität des Finanzsystems		
24	Erarbeitung einer glaubwürdigen Strategie zur Lösung des Problems notleidender Kredite	Ausstehend
25	Änderungen am Gesetz über Unternehmensinsolvenzen	Erledigt
26	Änderungen am Gesetz über Privatinsolvenzen	Ausstehend (Bestimmungen zu Anspruchsvoraussetzungen sollen bis September 2015 verabschiedet werden)
27	Verabschiedung eines Gesetzes zur Schaffung des reglementierten Berufs des Insolvenzverwalters	Erledigt
28	Verabschiedung von Vorschriften zur Reaktivierung des Regierungsrats für die Verschuldung privater Haushalte und Einrichtung eines Sondersekretariats zu dessen Unterstützung	Erledigt (Veröffentlichung der Entscheidung ausstehend)
4.1 Arbeitsmarkt und Humankapital		
29	Aufhebung der Gesetzgebung über die Nachwirkung der Vereinbarungen vom 2. Juli 2015 in Artikel 72 des Gesetzes 4331/2015	Erledigt
4.2 Produktmärkte und Geschäftsumfeld		
30	Umsetzung aller ausstehenden Empfehlungen des Toolkit I der OECD zur Bewertung des Wettbewerbs mit Ausnahme derer zu rezeptfreien Arzneimitteln, verkaufsoffenen Sonntagen, Baustoffen und einer Bestimmung zu Nahrungsmitteln	Teilweise erledigt (Gesetz zur Inhaberschaft von Apotheken soll bis September

Anlage 3 a
BMF-Beschlussantrag

		2015 verabschiedet werden)
31	Umsetzung einer bedeutenden Anzahl der Empfehlungen des Toolkit II der OECD zu Getränken und Erdölprodukten	Teilweise erledigt (Großteil der Empfehlungen soll bis Oktober 2015 angenommen werden)
32	Öffnung der reglementierten Berufe des Notars, Versicherungsmathematikers und Gerichtsvollziehers	Erledigt
33	Liberalisierung des Marktes für Vermietungen an Touristen	Erledigt
34	Abschaffung einseitiger Bagatellgebühren und Anpassung der wechselseitigen Bagatellgebühren an die erbrachten Dienstleistungen	Erledigt
35	Bürokratieabbau , u. a. bei horizontalen Zulassungsanforderungen an Investitionen und bei risikoarmen Tätigkeiten gemäß den Empfehlungen der Weltbank, sowie Senkung des Verwaltungsaufwands der Unternehmen auf der Grundlage der OECD-Empfehlungen	Erledigt
36	Einrichtung eines Ausschusses für die ressortübergreifende Ausarbeitung von Rechtsvorschriften	Ausstehend
4.3 Regulierte Netzindustrien (Energie, Verkehr, Wasser)		
37	Verabschiedung der Reform des Gasmarkts und des entsprechenden Fahrplans, was u. a. die uneingeschränkte Wahlfreiheit beim Wechsel des Anbieters für alle Kunden ab 2018 zur Folge hat	Erledigt
38	Meldung des reformierten Systems der kapazitätsbezogenen Zahlungen (einschließlich eines vorläufigen und dauerhaften Mechanismus)	Erledigt
39	Meldung von NOME-Produkten bei der Europäischen Kommission	Erledigt
40	Erlass von Rechtsvorschriften, nach denen es bis 2020 keinem Unternehmen möglich sein wird, direkt oder indirekt über 50 % des insgesamt in Griechenland erzeugten oder eingeführten Stroms zu erzeugen oder einzuführen	Erledigt
4.4 Privatisierungen		
41	Billigung des vom HRADF am 30. Juli 2015 genehmigten Vermögensentwicklungsplans	Erledigt
42	Bekanntgabe durch die Regierung und den HRADF von verbindlichen Daten zur Angebotsabgabe für die Häfen Piräus und Thessaloniki spätestens für Ende Oktober 2015 und für TRAINOSE ROSCO ohne wesentliche Änderungen der Ausschreibungsbedingungen	Erledigt
43	Durchführung unumkehrbarer Schritte für den Verkauf der Regionalflughäfen zu den gegenwärtigen Bedingungen, bei denen der erfolgreiche Bieter bereits feststeht	Ausstehend
44	Abschluss durch die Behörden von etwa 20 ausgewählten ausstehenden Maßnahmen, die vom HRADF bestimmt wurden	Ausstehend
5.1 Öffentliche Verwaltung		
45	Angleichung von Lohnnebenleistungen , wie z. B. Tagegeld, Reisekosten und Vergünstigungen an die bewährten Verfahren der EU mit Wirkung vom 1. Januar 2016	Erledigt
5.3 Korruptionsbekämpfung		
46	Aktualisierung, Veröffentlichung und fristgerechte Umsetzung eines überarbeiteten strategischen Plans zur Korruptionsbekämpfung	Erledigt
5.4 Statistiken		
47	Einleitung des Verfahrens zur Ernennung eines ELSTAT-Präsidenten im Einklang mit dem Recht	Erledigt

**Überprüfung und Änderung von Maßnahmen zur Einhaltung der Erklärung der Eurogruppe vom 20.
Februar 2015**

N	Maßnahme	
48	<u>L4321/2015 - Steuerpolitik: Länderübergreifende Einbehaltung nicht abzugsfähiger Betriebsausgaben</u>	Erledigt
49	<u>L4321/2015 - Steuerpolitik: Teilzahlungsregelungen für einbehaltene Mehrwertsteuer</u>	Erledigt
50	<u>L4321/2015 - Steuerpolitik: Steuerabzüge für jährliche Mehrwertsteuererklärungen</u>	Erledigt
51	<u>L4321/2015 - Steuerverwaltung: Der Behörde zur Bekämpfung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (SDOE) übertragene Steuerkompetenzen</u>	Erledigt
52	<u>L4321/2015 - Steuerverwaltung: Fälschlicherweise anderen Behörden übertragene Kompetenzen des Generalsekretärs für öffentliche Steuerverwaltung (SGPR)</u>	Erledigt
53	<u>L4328/2015 - Besondere Steuerabzüge für Vertreter des Sportwettenanbieters (OPAP).</u>	Erledigt
54	<u>L4328/2015 - Nachlass von 2 % für natürliche Personen für die zügige Abgabe der Einkommensteuererklärung (Article 2: 4, 5)</u>	Erledigt
55	<u>L4328/2015 - Ausnahme der griechischen Zentrale für Fremdenverkehr von der ENFIA-Steuer</u>	Erledigt
56	<u>L4331/2015 - Aufhebung der Änderung zur Ausnahme von einigen politischen Beamten im Marineministerium vom Vermögensregister</u>	Erledigt
57	<u>Finanzplanungsrat (Fiscal Council) - wie vom Euro-Gipfel gefordert</u>	Erledigt vor der vollständigen Aufnahme der operativen Tätigkeit im November 2015 sind weitere Schritte notwendig
58	<u>Quasi-automatischer Korrekturmechanismus</u>	Erledigt

Debt sustainability analysis

This assessment has been prepared by the European institutions.

The economic and financial situation in Greece has strongly deteriorated following policy uncertainty, shortfall in government revenues, the authorities' decisions that made the bank holidays and the imposition of capital controls necessary, and the missed payments to the IMF and Bank of Greece.

Hence, the sustainability of Greece's public debt has significantly deteriorated compared to the DSA published in the April 2014 Compliance Report prepared by the Commission in liaison with the ECB. At the time, the debt-to-GDP ratio was projected to reach 125% in 2020 and 112% in 2022. During the second part of 2014 Greece's debt sustainability improved further due to lower interest rates and the replacement of part of external funding sources by internal sources through repo operations with general government entities. These factors together with full programme implementation by the Greek authorities would have reduced the debt-to-GDP ratio well below the 2012 targets of 124% in 2020 and significantly below 110% in 2022. Under these circumstances, debt was deemed sustainable.

Since end of last year, a very significant weakening of commitment to reforms and backtracking on previous reforms and an overall climate of uncertainty have led to a significant deterioration of economic growth and fiscal prospects and hence of debt sustainability. The parameters that led to the deterioration in debt sustainability are the following:

- A significant downward revision of growth estimates. Real GDP growth projections are currently at -2.3 in 2015, -1.3 in 2016, 2.7 in 2017 and 3.1 in 2018. Long-term growth is assumed at 1¾% in the baseline scenario.
- The expected primary surplus outcomes have been revised downwards. The fiscal programme, which had been on track until the third quarter of 2014, was de-railed in the last quarter of 2014. The weaker implementation of reforms in the second half of 2014, expectation of debt generous settlement schemes, and the turn of the economic cycle led to a primary balance rather than a primary surplus. Moreover, the political uncertainties and the severe policy slippages of the first half of 2015 have led to a strong deterioration of economic growth and hence to weaker primary balance outcomes in that period. Furthermore, the imposition of capital controls and the severe liquidity shortage in the Greek economy now require a further downward revision of the fiscal targets at least for 2015-2017. Based on these developments, the primary fiscal targets agreed with the authorities are -0.25% in 2015, 0.5% in 2016, 1.75% in 2017 and 3.5% from 2018 onwards.
- Privatisation receipts are likely to be lower than envisaged when the last review was completed. The strong deterioration in the banking sector outlook, heightened economic and political uncertainty, more challenging financing conditions for potential investors together with reduced prospects for the privatisation programme result in lower expected privatisation proceeds, though the government committed to proceed with privatisation projects. We could expect until 2022 EUR 13.9 bn in non-bank privatisation receipts would materialise in the baseline scenario.

- Potential financing needs for the banking sector have increased considerably. The capital situation of Greek banks is coming under increasing pressure due to worsening asset quality that is related to the significantly weaker macro-economic development, high political uncertainty, the delayed NPL resolution process and the significant adverse impact of capital controls on economic activity and payment culture. In view of this banks will face substantial capital needs. As they will likely have no market access in the near future, an adequate capital backstop as part of a next financial assistance programme is needed. The estimated size of the required capital backstop amounts to EUR 25 bn. Further work on the calibration and terms of such capital backstop is currently ongoing based on an asset quality review and stress test to be undertaken over the coming weeks by the ECB.
- The projections do not include the transfers to Greece equivalent to SMP and ANFA profits up to 2026 following the statements of the Eurogroup whereby the agreement related to these transfers expired with the EFSF programme.

Based on the developments above and the implementation of the programme, the debt-to-GDP ratio in the baseline scenario A is expected to increase to 201% in 2016 before going down to 175% in 2020, 160% in 2022 and 122% in 2030..

In the scenario B based on partial programme implementation, it is assumed that privatisation receipts total only EUR 3.7 bn between 2015-2022, growth is lower by 0.5 pp. per year compared to the baseline scenario and the primary fiscal targets are lower at: -1% of GDP in 2015, 0% in 2016, 1.5% in 2017, 2% in 2018 and 3.5% from 2019 onwards. Based on these assumptions the debt-to-GDP ratio would increase to 207% in 2016, before falling to 186% in 2020, 174% in 2022 and 143% in 2030.

Table 1. Greece: debt-to-GDP in the three scenarios

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2022	2030
Scenario A	196,3	200,9	198,6	190,7	182,3	174,5	159,7	122,2
Scenario B	198,8	206,8	205,2	199,5	192,4	185,9	173,7	143,3
Scenario C	195,4	198,9	195,2	186,1	176,0	166,1	148,2	106,7

Scenario C is based on better outcomes, growth is assumed to be 0.5 pp higher compared to the baseline and privatisation revenue would total EUR 24.6 bn over 2015-2022 as it would include revenue from the privatisation of banks of EUR 10 bn. In this case the debt-to-GDP ratio would increase to 199% in 2016 before falling to 166% in 2020, 148% in 2022 and 107% in 2030.

In all three scenarios examined the debt-to-GDP ratio in 2020 and 2022 would be substantially above the 2012 targets of “124% in 2020 and substantially below 110% in 2022”.

However, focusing exclusively on the debt-to-GDP level does not allow capturing the structure of debt and is not accounting entirely for the measures taken by the European financial support. This aspect can be better assessed by the gross financing needs of a country, which captures its payment structure over time. Lower gross financing needs reduce rollover and financial stability risks. Greece currently benefits from very low debt servicing in the period up to 2023 due to low interest rates, interest deferral and a long grace period on both GLF and EFSF loans. As in the case of the debt-to-GDP ratio it is also difficult to determine concrete thresholds for this alternative metric above which public debt should be considered as no longer being sustainable. Based on cross country evidence, an

IMF guidance note to staff suggests that gross financing needs-to-GDP would need to remain below the 15% to ensure debt sustainability.

Given the further strong deterioration that followed the imposition of capital controls and the grinding to a halt of the Greek economy, gross financing needs-to-GDP in the adverse scenario are estimated at an average of around 12% in the 2020-2030 period and exceed in the following decades on average the 15% threshold. These simulations clearly illustrate the temporary nature of the low current financing needs related to the favourable conditions associated with the official sector support.

The high debt to GDP and the gross financing needs resulting from this analysis point to serious concerns regarding the sustainability of Greece's public debt. The concerns shall be addressed through a far reaching and credible reform programme, very strong ownership of the Greek authorities for such a programme and, after full restoration of the loans agreements, debt-mitigating measures that would be granted based on appropriate conditionality, including proven commitments to reform from the Greek authorities. One measure could be for the Eurogroup to reinstate the transfers equivalent to the SMP and ANFA profits which would bring the debt ratio down by 5 pp. of GDP in 2030. In sum, an appropriate combination of extension of maturities and grace periods for principals and interests would allow to bring Greece debt back to a sustainable level in gross financing needs terms without the need for a nominal haircut as stated by the Euro Summit of 12 July.

Schuldentragfähigkeitsanalyse

Diese Analyse wurde von den europäischen Institutionen erstellt.

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation in Griechenland hat sich nachhaltig verschlechtert angesichts der politischen Ungewissheit, staatlicher Mindereinnahmen, der Regierungsbeschlüsse, mit denen die Bankenschließung und die Auflage von Kapitalverkehrskontrollen unausweichlich wurden, und der ausfallenden Zahlungen an den IWF und die griechische Zentralbank.

Somit hat die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung im Vergleich zur Schuldentragfähigkeitsanalyse (DSA) signifikant abgenommen, die in dem von der Kommission in Abstimmung mit der EZB erstellten Bericht über die Einhaltung der Konditionalität (Compliance Report) vom April 2014 veröffentlicht wurde. Zum damaligen Zeitpunkt lagen die Prognosen für die Schuldenquote im Jahr 2020 bei 125 %, im Jahr 2022 bei 112 %. Im zweiten Halbjahr 2014 erholte sich die Tragfähigkeit der griechischen Schulden nochmals infolge gesenkter Zinssätze und der teilweisen Ersetzung externer Finanzierung durch interne Quellen im Wege von Rückkaufgeschäften unter Beteiligung staatlicher Stellen. Diese Faktoren hätten, ergänzt durch eine vollständige Programmumsetzung seitens der griechischen Regierung, den Schuldenstand unter die 2012 festgelegten Ziele von 124 % im Jahr 2020 und deutlich unter 110 % im Jahr 2022 sinken lassen. Unter diesen Umständen wurde die Verschuldung als tragfähig bewertet.

Seit Ende des letzten Jahres haben erheblich nachlassende Reformbemühungen und Gegenentwicklungen zu früheren Reformen sowie ein allgemeines Klima der Unsicherheit zu einer deutlichen Verschlechterung des Wirtschaftswachstums und der Aussichten für eine Verbesserung der Haushaltslage und somit der Schuldentragfähigkeit geführt. Folgende Parameter waren ausschlaggebend für die Verschlechterung der Schuldentragfähigkeit:

- Eine deutliche Abwärtskorrektur der Wachstumsprognosen. Das geschätzte Wachstum des realen BIP wird derzeit mit -2,3 im Jahr 2015, -1,3 im Jahr 2016, 2,7 im Jahr 2017 und 3,1 im Jahr 2018 veranschlagt. Das langfristige Wachstum wird mit 1¼ % im Basisszenario angesetzt.
- Die erwarteten Primärüberschussergebnisse wurden nach unten korrigiert. Das finanzpolitische Programm, das sich bis zum dritten Quartal 2014 auf Kurs befand, lief im vierten Quartal 2014 aus dem Ruder. Die weniger konsequente Umsetzung von Reformen im zweiten Halbjahr 2014, die Erwartung großzügiger Regelungen für die Schuldenbegleichung und der Konjunkturverlauf führten zu einem ausgeglichenen Primärsaldo anstelle eines Primärüberschusses. Darüber hinaus führten die politisch ungewisse Lage im ersten Halbjahr 2015 und das erhebliche Ausmaß, in dem die Programmmaßnahmen in dieser Zeit nicht umgesetzt wurden, zu einem stark abgeschwächten Wirtschaftswachstum und damit zu niedrigeren Ergebnissen beim Primärsaldo für diesen Zeitraum. Zudem machen die Auflage von Kapitalverkehrskontrollen und die starken Liquiditätsengpässe der griechischen Wirtschaft nun eine weitere Herabsetzung der Haushaltsziele zumindest für den Zeitraum 2015–2017 erforderlich. Auf der Grundlage dieser Entwicklungen werden die mit der griechischen Regierung vereinbarten Ziele für den Primärhaushalt mit -0,25 % für 2015, 0,5 % für 2016, 1,75 % für 2017 und 3,5 % ab 2018 veranschlagt.

- Die Privatisierungseinnahmen werden voraussichtlich geringer ausfallen, als bei Abschluss der letzten Prüfung vorgesehen. Die deutlich eingetrübten Aussichten im Bankensektor, die sich zuspitzende wirtschaftliche und politische Ungewissheit, schwierigere Finanzierungsbedingungen für potenzielle Investoren im Zusammenspiel mit zurückgeschraubten Erwartungen für das Privatisierungsprogramm führen zu einem niedrigeren Ansatz der Privatisierungseinnahmen, obwohl die Regierung beabsichtigt, die Privatisierungsvorhaben voranzutreiben. Bis 2022 können wir im Basisszenario Privatisierungseinnahmen außerhalb des Bankensektors in Höhe von 13,9 Mrd. EUR annehmen.
- Der potenzielle Finanzierungsbedarf des Bankensektors ist erheblich gestiegen. Die Kapitallage der griechischen Banken gerät infolge der abnehmenden Qualität des Forderungsbestands zusehends unter Druck, der wiederum bedingt ist durch die erheblich abgeschwächte volkswirtschaftliche Entwicklung, die große politische Ungewissheit, das verzögerte Verfahren zur Abwicklung notleidender Kredite und die beträchtlichen nachteiligen Auswirkungen der Kapitalverkehrskontrollen auf die Wirtschaftstätigkeit und die Zahlungsmoral. Entsprechend werden die Banken erheblichen Kapitalbedarf anmelden müssen. Da sie voraussichtlich bis auf Weiteres keinerlei Marktzugang genießen, wird eine hinreichende unterstützende Liquidität als Teil des nächsten Finanzhilfeprogramms benötigt. Der geschätzte Umfang der erforderlichen unterstützenden Liquidität beläuft sich auf 25 Mrd. EUR. Die weitere Ausarbeitung der Justierung und der Bedingungen dieser unterstützenden Liquidität dauert gegenwärtig an und stützt sich auf eine Prüfung der Qualität des Forderungsbestands und einen Stresstest, welche im Laufe der kommenden Wochen von der EZB vorgenommen werden.
- Die Prognosen schließen die den SMP- und ANFA-Gewinnen entsprechenden Auszahlungen an Griechenland bis 2026 aus; dies geht auf Erklärungen der Eurogruppe zurück, nach denen die Vereinbarung bezüglich dieser Auszahlungen zusammen mit dem EFSF-Programm auslief.

Auf der Grundlage der vorstehend genannten Entwicklungen und der Umsetzung des Programms wird die Schuldenquote in Basisszenario A 2016 voraussichtlich auf 201 % ansteigen, bevor sie 2020 auf 175 %, 2022 auf 160 % und 2030 auf 122 % zurückgehen wird.

In dem auf einer Teilumsetzung des Programms basierenden Szenario B wird angenommen, dass die Privatisierungseinnahmen im Zeitraum 2015–2022 insgesamt lediglich 3,7 Mrd. EUR betragen, das Wachstum jährlich 0,5 Prozentpunkte unterhalb der im Basisszenario angesetzten Schätzungen liegt und die Ziele für den Primärhaushalt niedriger ausfallen, mit folgenden Werten: -1 % des BIP im Jahr 2015, 0 % im Jahr 2016, 1,5 % im Jahr 2017, 2 % im Jahr 2018 und 3,5 % ab 2019. Ausgehend von diesen Annahmen würde die Schuldenquote 2016 auf 207 % ansteigen, bevor sie 2020 auf 186 %, 2022 auf 174 % und 2030 auf 143 % zurückgehen würde.

Tabelle 1. Griechenland: Schuldenquote in drei Szenarios

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2022	2030
Scenario A	196,3	200,9	198,6	190,7	182,3	174,5	159,7	122,2
Scenario B	198,8	206,8	205,2	199,5	192,4	185,9	173,7	143,3
Scenario C	195,4	198,9	195,2	186,1	176,0	166,1	148,2	106,7

Szenario C basiert auf besseren Ergebnissen; hier wird das Wachstum bei 0,5 Prozentpunkten oberhalb des Basisszenarios angesetzt, und die Privatisierungserlöse lägen im Zeitraum 2015–2022 bei insgesamt 24,6 Mrd. EUR, da diese die Erlöse aus der Privatisierung von Banken in Höhe von 10 Mrd. EUR mit einschließen würden. In diesem Fall würde die Schuldenquote 2016 auf 199 % ansteigen, bevor sie 2020 auf 166 %, 2022 auf 148 % und 2030 auf 107 % zurückgehen würde.

In allen drei untersuchten Szenarien würde die Schuldenquote für 2020 und 2022 deutlich über den 2012 aufgestellten Zielen von „124 % im Jahr 2020 und deutlich unter 110 % im Jahr 2022“ liegen.

Eine ausschließliche Betrachtung der Schuldenquote ermöglicht jedoch keine Erfassung der Schuldenstruktur und berücksichtigt nicht in vollem Umfang die Maßnahmen der europäischen Finanzhilfe. Dieser Aspekt lässt sich besser anhand des Bruttofinanzierungsbedarfs eines Landes bewerten, der die Zahlungsstruktur über einen längeren Zeitraum hinweg erfasst. Mit einem geringeren Bruttofinanzierungsbedarf sinkt die Notwendigkeit der Kreditverlängerung und verringert sich auch die Gefahr für die Finanzstabilität. Griechenland profitiert derzeit von einem deutlich reduzierten Schuldendienst im Zeitraum bis 2023 aufgrund niedriger Zinssätze, gestundeter Zinsen und einer ausgedehnten tilgungsfreien Zeit sowohl für im Rahmen der Griechischen Darlehensfazilität gewährte Darlehen als auch für EFSF-Darlehen. Wie im Falle der Schuldenquote ist es auch hier schwierig, konkrete Schwellenwerte für diese alternative Kennzahl festzulegen, oberhalb derer die Staatsverschuldung als nicht mehr tragfähig anzusehen wäre. Gestützt auf länderübergreifendes Belegmaterial regt ein interner Orientierungsvermerk für Stabsmitglieder des IWF nahe, dass die Bruttofinanzierungsquote unterhalb der 15%-Marke verbleiben müsste, um die Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten.

Angesichts der weiteren starken Verschlechterung infolge der Auflage von Kapitalverkehrskontrollen und der zum Erliegen gekommenen griechischen Wirtschaft wird die Bruttofinanzierungsquote im ungünstigen Szenario auf durchschnittlich 12 % im Zeitraum 2020–2030 und in den darauffolgenden Jahrzehnten auf durchschnittliche Werte oberhalb der 15%-Marke geschätzt. Diese Simulationen machen deutlich, dass der gegenwärtig geringe Finanzierungsbedarf bezüglich der günstigen Bedingungen im Zusammenhang mit der Unterstützung von Seiten des öffentlichen Sektors als nur vorübergehend anzusehen ist.

Die aus der vorliegenden Analyse hervorgehende hohe Schuldenquote und der Bruttofinanzierungsbedarf geben Anlass zu ernsthafter Besorgnis im Hinblick auf die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung. Diesen Bedenken könnte mit einem weitreichenden und glaubwürdigen Reformprogramm, einem klaren Bekenntnis zur Reformverantwortung seitens der griechischen Regierung und, im Anschluss an ein vollständiges Wiederaufleben der Darlehensvereinbarungen, mit schuldensenkenden Maßnahmen Rechnung getragen werden, die unter angemessenen Auflagen gewährt würden, darunter ein eindeutiger Beleg des Reformwillens der griechischen Regierung. Eine Maßnahme könnte in der Wiederaufnahme seitens der Eurogruppe der Auszahlung der SMP- und ANFA-Gewinne bestehen, welche zu einer Senkung der Schuldenquote um 5 Prozentpunkte des BIP im Jahr 2030 führen würde. Zusammengefasst würde eine angemessene Kombination aus der Verlängerung der Laufzeiten und der tilgungsfreien Zeiten für die Darlehenssummen und Zinsen ermöglichen, dass die griechischen Staatsschulden in Bezug auf den Bruttofinanzierungsbedarf wieder ein tragfähiges Niveau erreichten, ohne dass ein nominaler Schuldenschnitt erforderlich wäre, wie vom Euro-Gipfel am 12. Juli erklärt.

Assessment of Greece's financing needs

Greece's total gross financing needs for the period August 2015-August 2018, as estimated by the four institutions, is up to EUR 86 bn. In particular, the following financing needs are estimated over this period.

a. Medium and long-term debt redemption

Over the three years, Greece has to cover EUR 54.1 bn in debt amortisation and interest payments (EUR 37.5 bn in amortisation and EUR 16.6 bn in interest payments). Of the total amortisation due over the August 2015-August 2018 period, EUR 8.4 bn represents IMF debt redemption, EUR 9.2 bn is amortisation on the Eurosystem ANFA and SMP bonds, EUR 1.4 bn is for the BoG, EUR 15 bn is on other debt (of which EUR 7 bn for the EFSM bridge loan and EUR 8 bn to the private sector).

In terms of interest payments over this period, EUR 2.9 bn is due on the Eurosystem ANFA and SMP bonds, EUR 2.7 bn on the new Greek government bonds issued after the PSI exchange and mostly held by the private sector, EUR 1.8 bn on the EFSF PSI and bond interest facilities (which is not deferred), EUR 1.8 bn on the IMF loan, EUR 1 bn on the GLF loan and EUR 1 bn on the new ESM loan.

The amortisation payments also include the EUR 3.5 bn to unwind repo operations. The Greek fiscal framework did not allow inter-governmental borrowing amongst the various general government entities. As a result more expensive external borrowing was used to cover part of the State financing needs. Since Spring 2014 the Greek authorities implemented legislation that allowed general government entities to conduct repo operations with the State thereby covering part of its financing needs. This was meant as a temporary tool until the authorities implemented an in-depth cash management reform that would allow using part of the repo operations as a permanent source of funding.

Since the liquidity shortage the authorities have increasingly relied on repo operations to meet internal and external financing needs. The total stock of repo operations increased to EUR 9.7 bn by end-July 2015. Of this total stock we estimate that EUR 6.2 bn can be considered a permanent source of funding, while the remaining EUR 3.5 bn would have to be unwound and replaced with other sources of funding.

b. Fiscal needs

The targets agreed with the authorities for the primary fiscal balance in accrual terms as a percent of GDP are the following: -0.25% in 2015, 0.5% in 2016, 1.75% in 2017 and 3.5% from 2018 onwards. These targets together with the corresponding cash to accrual adjustment based on the measures agreed with the authorities lead to an overall reduction in financing needs of EUR 2 bn due to the contribution of the primary surplus.

The authorities also need to clear arrears given the tight financing conditions. Arrears clearance is estimated at EUR 7 bn over the programme period.

c. Financial sector

Following the uncertainty over the financing of the State and over the economic and financial policies by the Greek government in the last months, and the introduction of bank holidays, restrictions on deposit withdrawals and capital controls, the situation for the banks has dramatically worsened.

Hence, it is expected that banks will need to raise a substantial amount of capital over a relatively short period of time so as to remain compliant with regulatory requirements and to mitigate the loss of confidence resulting from the imposition of payment restrictions. Given that it is unlikely that banks will be able to secure private investment, capital injections will likely need to come from programme financing.

Current calculations estimate financing needs in the banking sector up to a total of EUR 25 bn.

d. Cash buffer for deposit build-up

The absence of programme disbursements since August 2014 and the complete lack of market access since October 2014 have caused the authorities to use internal resources to honour internal and external debt service payments. As a result, the liquidity situation has become very tight and total State deposits had decreased to well below EUR 1 bn by end-June 2015. The programme should allow re-building deposits to the EUR 5 bn level at the end of 2015 which had been agreed during the second adjustment programme. The total State deposit level is then projected to increase to EUR 8 bn by the end of the ESM programme. The increase in the cash buffer to EUR 8 bn would support the return of the Hellenic Republic to market financing over the programme period. The build-up of deposits also takes account of the need for Greece to replenish its SDR holdings (estimated at EUR 770 mn) which it had used in May 2015 to service its external debt.

e. Privatisation proceeds

Based on the agreed targets, privatisation receipts from non-bank assets are expected to lower financing needs by EUR 6.2 bn over the programme period. After the imposition of capital controls it is prudent to assume that receipts from the privatisation of bank assets materializes only after the programme period.

Based on all the elements above total gross financing needs for the programme period are estimated at the current juncture at EUR 86 bn.

Comparison with financing needs in the Eligibility Report

Compared to the Eligibility Report gross financing needs have increased by around EUR 4 bn, bringing the overall gross financing needs to EUR 86 bn. This is in line with the overall gross financing needs mentioned in the Euro area summit.

Table 1. Greece comparison of gross financing needs

	Eligibility report	Current assessment	Difference
Amortisation	33.8	30.5	
Repayment of IMF and BoG	2.1	-	
Repayment EFSM loan	-	7.0	1.6
Interes payments	17.8	16.6	-1.2
Total debt service	53.7	54.1	0.4
Arrears clearance	7.0	7.0	0.0
Cash buffer and SDR holdings replenishment	4.5	7.6	3.1
Bank recapitalisation	25.0	25.0	0.0
Privatisation	-2.5	-6.2	-3.7
Primary surplus	-6.0	-2.0	4.0
Total gross financing needs	81.7	85.5	3.8

The higher gross financing needs are due to a lower primary surplus than originally expected (EUR 4 bn), as well as to an increase in Greece's liquidity buffer at the end of the programme period in order to ease market access (EUR 3 bn). The increase in the gross financing needs is partially compensated by the expected higher contribution of privatisation receipts over the programme period compared to the projections in the Eligibility Report.

Total financing sources

a. SMP/ANFA profits

Total SMP and ANFA equivalent profits which could be transferred until July 2018 amount to EUR 7.7 bn. Given the Eurogroup statements of June/July 2015 the transfers of SMP and ANFA except those transferred by the Bank of Greece are not included in the table. A decision on resuming the transfers to Greece from other Member States may be taken in the course of the upcoming discussions on debt reducing measures.

Replacing the transfer of ANFA and SMP profits with a higher programme financing envelope deteriorates the DSA. The reason is that this would be replacing a grant with a loan and the programme envelope would only cover the ANFA and SMP profits due during the programme period, while the DSA assumes that Greece receives all the profits which run into the 2020s.

b. IMF

The IMF has unused funding of EUR 16 bn in its EFF which is to be replaced by a new three year IMF programme, that still needs to be negotiated and agreed with the Greek authorities. The precise envelope and quarterly profile of disbursement will be identified when the IMF will launch the new programme. Any quarterly disbursement by the IMF would allow the ESM quarterly disbursement to be reduced accordingly

c. Access to market financing

The main purpose of ESM financial assistance accompanied by a macroeconomic adjustment programme is to create the conditions that would allow the beneficiary member to gradually regain market access at affordable costs. While it is difficult to forecast when and to which extent market access is regained, it is consistent with past experience (including Greece itself) to assume that from the second half of the programme horizon, a beneficiary member state is able progressively to tap the markets. The amount raised in the markets will obviously reduce the amount of resources to be

provided by the official sector. Provided overall current market conditions and the search for yield, initial steps towards market access of Greece could even start earlier provided that a credible reform path is pursued by the government.

Short-term financing needs

The first tranche of the new ESM programme would need to cover: (i) financing needs not related to the banking sector between August and the release of the second tranche upon completion of the first review; (ii) up to EUR 25 bn for financing needs in the banking sector.

The financing needs not related to the banking sector until end-October amounts to around EUR 16 bn and can be disaggregated as follow:

- Debt service needs (amortisation and interest) of EUR 12.7 bn of which EUR 7 bn for the repayment of the EFSM loan, EUR 3.4 bn payment of principal and interest to the ECB, EUR 2.2 bn payment of principal and interest to the IMF and around EUR 100 mn for the debt service of other loans.
- EUR 1 bn for arrears clearance or accounts payable.
- Other fiscal needs of EUR 2.3 bn (financing of the State primary cash deficit). It is expected that from these, the State would transfer EUR 0.5bn to the segregated account for the management of EU Funded projects.

To cover such financing needs, the first tranche of the ESM programme appears sizeable. Against this background and considering the MoU policy requirements, it would be advisable to split the first tranche into a number of payments, subject to completion of different set of milestones. One option could be to have a first tranche of around EUR 13 bn, upon the approval of the programme, followed by two subsequent sub-tranches, following the completion by Greece of two different sets of milestones by September and October.

A decision still needs to be reached on the disbursement that would cover the financing needs in the banking sector. While there is agreement that EUR 10 bn should be made available immediately in line with the euro summit statement, the timing of the disbursement of the remaining EUR 15 bn is still under discussion. Given the uncertainties about the timing of the conclusion of the first review and the need for a swift recapitalisation of the banking system there are compelling reasons for a disbursement of the full EUR 25 bn with the first disbursement. Given these uncertainties, to cover other financing needs, including for debt service such as to the IMF, until the end of the year, would require releasing an additional EUR 2 bn.

Successive ESM disbursements would be fixed at a later date but an indicative schedule of financing needs and possible programmes disbursements can be found in table 2.

Table 2. Greece disbursement schedule August 2015-August 2018

Financing requirements Greece	2015												2016				2017				2018				Total
	August	September	October	November	December	Q1	Q2	Q3	Q4	July	August														
A. Financing needs	23.0	2.0	16.0	3.7	3.2	5.9	5.4	4.8	1.9	1.7	7.8	3.8	4.8	2.4	2.0	3.8	4.8	2.4	2.0	2.0	2.8	2.8	0.5	91.7	
State deposit financing and SDR holdings	1.2	0.0	-0.3	2.8	-0.4	2.9	2.8	0.1	-4.1	0.6	6.6	-3.6	-3.5	0.5	1.5	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.4	7.6	
Debt service	10.5	1.5	0.7	0.3	1.3	3.9	2.4	5.2	1.3	2.6	3.0	8.6	4.6	3.1	1.7	3.0	4.6	3.1	1.7	1.7	3.0	3.0	0.5	54.1	
State cash primary balance ('-' = surplus)	0.8	-0.3	-0.1	0.1	1.8	-1.9	-0.7	-1.2	4.0	-2.2	-1.8	-1.1	3.7	-1.1	-1.1	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-2.0	
Banking sector needs	10.0	0.0	15.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	25.0	
Arrears clearance	0.5	0.8	0.8	0.5	0.5	1.0	1.0	0.7	0.7	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.0	
B. Financing sources	23.0	2.0	16.0	3.7	3.2	5.9	5.4	4.8	1.9	1.7	7.8	3.8	4.8	2.4	2.0	3.8	4.8	2.4	2.0	2.0	2.8	2.8	0.5	91.7	
Privatisation revenues	0.0	0.0	0.0	0.0	1.2	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	6.2	
B1. Programme financing	23.0	2.0	16.0	3.7	2.0	4.9	4.5	3.8	1.0	1.3	7.5	3.5	4.5	2.4	2.0	3.5	4.5	2.4	2.0	2.0	2.8	2.8	0.5	85.5	
ANFA/SMP profits 1/	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7	0.0	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
ESM	23.0	2.0	16.0	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	
IMF tranches			TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	TBD	
Memorandum																									
Total State Deposit Stock (end-of-month)	2.3	2.4	2.0	4.8	4.4	6.6	9.3	9.4	5.3	6.0	12.5	8.9	5.4	5.9	7.4	8.9	5.4	5.9	7.4	7.4	7.5	7.5	7.9		

Note: 1/ The ANFA and SMP profits in the table only include the transfers from the Bank of Greece.

Bewertung des Finanzierungsbedarfs Griechenlands

Der gesamte Bruttofinanzierungsbedarf Griechenlands für den Zeitraum August 2015 bis August 2018 beträgt laut Schätzung der Institutionen bis zu 86 Mrd. EUR. Im Einzelnen wird Griechenland in diesem Zeitraum voraussichtlich den folgenden Finanzierungsbedarf aufweisen:

a. Mittel- und langfristige Schuldentilgung

In diesem Dreijahreszeitraum muss Griechenland Tilgungs- und Zinszahlungen in Höhe von 54,1 Mrd. EUR leisten (wobei 37,5 Mrd. auf die Tilgung und 16,6 Mrd. EUR auf Zinszahlungen entfallen). Von den insgesamt im Zeitraum August 2015 bis August 2018 fälligen Tilgungszahlungen entfallen 8,4 Mrd. EUR auf den IWF, 9,2 Mrd. EUR auf Anleihen aus ANFA- und SMP-Programmen des Eurosystems, 1,4 Mrd. EUR auf die griechische Zentralbank und 15 Mrd. EUR auf sonstige Verbindlichkeiten (davon 7 Mrd. EUR auf den EFSM-Brückenkredit und 8 Mrd. EUR auf den Privatsektor).

An Zinszahlungen werden im genannten Zeitraum 2,9 Mrd. EUR für Anleihen aus ANFA- und SMP-Programmen des Eurosystems, 2,7 Mrd. EUR für die nach dem Angebot zum Anleihetausch für den Privatsektor neu begebenen griechischen Staatsanleihen, die sich in erster Linie in den Händen privater Anleger befinden, 1,8 Mrd. EUR für die Fazilität zur Privatsektorbeteiligung (PSI Facility) und die Anleihezinsfazilität (Bond Interest Facility) der EFSF (die nicht gestundet werden), 1,8 Mrd. EUR für das IWF-Darlehen, 1 Mrd. EUR für das Darlehen der griechischen Darlehensfazilität (GLF) und 1 Mrd. EUR für das neue ESM-Darlehen fällig.

Die Tilgungszahlungen umfassen ebenfalls die 3,5 Mrd. EUR zur Rückabwicklung von Repogeschäften. Der haushaltspolitische Rahmen Griechenlands ließ eine regierungs- und verwaltungsübergreifende Kreditaufnahme zwischen diversen staatlichen Stellen nicht zu. Folglich wurde eine teurere externe Kreditaufnahme in Anspruch genommen, um Teile des staatlichen Finanzierungsbedarfs zu decken. Seit Frühjahr 2014 hat die griechische Regierung Rechtsvorschriften umgesetzt, die es gesamtstaatlichen Einrichtungen ermöglichen, Repogeschäfte mit dem Staat vorzunehmen und damit einen Teil ihres Finanzierungsbedarfs zu decken. Dies war als zeitlich begrenztes Instrument angedacht, bis die Regierung eine tiefgreifende Reform der Finanzmittelverwaltung umgesetzt haben würde, mit deren Hilfe ein Teil der Repogeschäfte als dauerhafte Finanzierungsmöglichkeit würde genutzt werden können.

Seit Eintritt der Liquiditätsengpässe hat die Regierung verstärkt auf Repogeschäfte zur Deckung des internen und externen Finanzierungsbedarfs zurückgegriffen. Der Gesamtumfang der Repogeschäfte ist bis Ende Juli 2015 auf 9,7 Mrd. EUR gestiegen. Von diesem Gesamtumfang können nach unseren Schätzungen zufolge 6,2 Mrd. EUR als dauerhafte Finanzierungsquelle angesehen werden, während die übrigen 3,5 Mrd. EUR abgewickelt und durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden müssten.

b. Staatshaushalt

Die mit der Regierung vereinbarten Ziele für den primären Haushaltssaldo laut VGR in Prozent des BIP lauten wie folgt: -0,25 % im Jahr 2015, 0,5 % im Jahr 2016, 1,75 % im Jahr 2017 und 3,5 % ab 2018. Diese Ziele führen zusammen mit der entsprechenden Anpassung der Kassen- an die

Periodenrechnung auf Grundlage der mit der Regierung vereinbarten Maßnahmen zu einer Reduzierung des Finanzierungsbedarfs von 2 Mrd. EUR, was auf den Beitrag des Primärüberschusses zurückzuführen ist.

Die Regierung muss angesichts der knappen Finanzierungsbedingungen zudem Zahlungsrückstände abbauen. Zur Begleichung von Zahlungsrückständen werden über die gesamte Programmlaufzeit voraussichtlich 7 Mrd. EUR benötigt.

c. Finanzsektor

Infolge der Ungewissheit im Hinblick auf die Staatsfinanzierung und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der griechischen Regierung in den vergangenen Monaten sowie aufgrund der Einführung von Bankschließtagen, Beschränkungen für den Abzug von Einlagen und Kapitalverkehrskontrollen hat sich die Lage der Banken dramatisch verschlechtert.

Folglich ist davon auszugehen, dass die Banken relativ kurzfristig einen erheblichen Kapitalbetrag aufnehmen müssen, um den aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu entsprechen und den Vertrauensverlust aufgrund der Einführung von Zahlungsbeschränkungen auszugleichen. Da die Banken nur mit geringer Wahrscheinlichkeit in der Lage sein werden, private Geldquellen zu erschließen, müsste die Kapitalzuführung aller Voraussicht nach aus Programmmitteln erfolgen.

Nach aktuellen Berechnungen wird der Finanzierungsbedarf des Bankensektors auf insgesamt bis zu 25 Mrd. EUR geschätzt.

d. Liquiditätspuffer zur Aufstockung von Einlagen

Der Ausfall von Programmauszahlungen seit August 2014 und der seit Oktober 2014 völlig fehlende Marktzugang hat die Regierung dazu veranlasst, interne Ressourcen zur Begleichung interner und externer Schuldendienstzahlungen zu nutzen. Dadurch wurde die Liquiditätsslage äußerst knapp und die Staatseinlagen sind bis Ende Juni 2015 insgesamt auf weit unter 1 Mrd. EUR gesunken. Das Programm sollte die Aufstockung der Einlagen auf den Stand von 5 Mrd. EUR bis Ende 2015 ermöglichen, der im Zuge des zweiten Anpassungsprogramms vereinbart wurde. Die Höhe der gesamten Staatseinlagen dürfte dann Prognosen zufolge bis zum Ende des ESM-Programms auf 8 Mrd. EUR steigen. Der Anstieg des Liquiditätspuffers auf 8 Mrd. EUR würde die Rückkehr Griechenlands zur Marktfinanzierung während der Programmlaufzeit unterstützen. Bei der Aufstockung der Einlagen ist ebenfalls berücksichtigt, dass Griechenland seine SZR-Bestände wieder auffüllen muss (geschätzte 770 Mio. EUR), die im Mai 2015 zur Bedienung von Auslandsschulden verwendet wurden.

e. Privatisierungserlöse

Auf der Grundlage der vereinbarten Ziele wird durch die Einnahmen aus der Privatisierung von nicht zum Bankgeschäft gehörenden Vermögenswerten der Finanzbedarf während der Programmlaufzeit voraussichtlich um 6,2 Mrd. EUR reduziert. Nach der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen ist davon auszugehen, dass die Einnahmen aus der Privatisierung von Bankvermögen erst nach der Programmlaufzeit zum Tragen kommen.

Aufgrund des oben dargestellten Sachverhalts wird der Bruttofinanzierungsbedarf für die Programmlaufzeit zum jetzigen Zeitpunkt auf 86 Mrd. EUR geschätzt.

Vergleich mit dem Finanzierungsbedarf im Bericht über die zustehenden Ansprüche ("Eligibility Report")

Im Vergleich zum „Eligibility Report“ hat sich der Bruttofinanzierungsbedarf um etwa 4 Mrd. EUR erhöht, womit der gesamte Bruttofinanzierungsbedarf nunmehr 86 Mrd. EUR beträgt. Dies entspricht dem auf dem Euro-Gipfel genannten gesamten Bruttofinanzierungsbedarf.

Tabelle 1. Vergleich des Bruttofinanzierungsbedarfs Griechenlands

	„Eligibility Report“	Aktuelle Bewertung	Differenz
Tilgung	33,8	30,5	
Rückzahlung des IWF und der gr. Zentralbank	2,1	-	
Rückzahlung des EFSM-Darlehens	-	7,0	1,6
Zinszahlungen	17,8	16,6	-1,2
Schuldendienst insgesamt	53,7	54,1	0,4
Begleichung von Zahlungsrückständen	7,0	7,0	0,0
Liquiditätspuffer und Wiederauffüllung der SZR-Bestände	4,5	7,6	3,1
Bankenrekapitalisierung	25,0	25,0	0,0
Privatisierung	-2,5	-6,2	-3,7
Primärüberschuss	-6,0	-2,0	4,0
Bruttofinanzierungsbedarf insgesamt	81,7	85,5	3,8

Der höhere Bruttofinanzierungsbedarf ist auf den geringer als erwartet ausgefallenen Primärüberschuss (4 Mrd. EUR) zurückzuführen sowie auf eine Erhöhung des griechischen Liquiditätspuffers am Ende der Programmlaufzeit, um den Marktzugang zu erleichtern (3 Mrd. EUR). Der Anstieg des Bruttofinanzierungsbedarfs wird durch den voraussichtlich höheren Beitrag der Privatisierungseinnahmen während der Programmlaufzeit im Vergleich zu den Prognosen im „Eligibility Report“ teilweise ausgeglichen.

Finanzierungsquellen*a. Gewinne aus SMP-/ANFA-Programmen*

Die rechnerischen Gewinne aus den SMP- und ANFA-Programmen, die bis Juli 2018 transferiert werden könnten, belaufen sich insgesamt auf 7,7 Mrd. EUR. Vor dem Hintergrund der Erklärungen der Eurogruppe von Juni/Juli 2015 sind die SMP- und ANFA-Transfers, mit Ausnahme derer der griechischen Zentralbank, nicht in der Tabelle enthalten. Eine Entscheidung zur Wiederaufnahme der Transfers an Griechenland aus anderen Mitgliedstaaten kann im Rahmen der bevorstehenden Gespräche über Maßnahmen zur Schuldenreduzierung getroffen werden.

Wird der der Transfer der ANFA- und SMP-Gewinne durch ein höheres Programmvolume ersetzt, verschlechtert sich die Schuldentragfähigkeitsanalyse. Grund dafür ist, dass auf diese Weise eine Finanzhilfe durch ein Darlehen ersetzt würde und das Programmvolume nur die während der Programmlaufzeit fälligen ANFA- und SMP-Gewinne abdecken würde, während bei der

Schuldentragfähigkeitsanalyse davon ausgegangen wird, dass Griechenland alle Gewinne erhält, die auch noch über 2020 hinaus anfallen.

IWF

Der IWF verfügt in seiner Erweiterten Fondsfazilität (EFF) über nicht abgerufene Mittel in Höhe von 16 Mrd. EUR, die durch eine neues, auf drei Jahre angelegtes IWF-Programm zu ersetzen ist, das noch mit der griechischen Regierung ausgehandelt und vereinbart werden muss. Das konkrete Volumen und die Zusammensetzung der vierteljährlichen Auszahlungen werden ermittelt, wenn der IWF das neue Programm auflegt. Mit jeder vierteljährlichen Auszahlung des IWF könnte die vierteljährliche Auszahlung des ESM entsprechend reduziert werden.

c. Zugang zur Marktfinanzierung

Hauptziel der Finanzhilfe des ESM im Zusammenwirken mit einem makroökonomischen Anpassungsprogramm ist es, Bedingungen zu schaffen, die dem begünstigten Mitgliedstaat zu erschwinglichen Kosten schrittweise einen erneuten Marktzugang zu ermöglichen. Zwar lässt sich schwer prognostizieren, wann und in welchem Umfang sich ein solcher Marktzugang erneut erreichen lässt, doch kann aufgrund der bereits (auch im Falle Griechenlands) gesammelten Erfahrungen angenommen werden, dass ein begünstigter Mitgliedstaat ab der zweiten Hälfte der Programmlaufzeit schrittweise in der Lage sein wird, in die Märkte vorzudringen. Der auf den Finanzmärkten aufgenommene Betrag führt dann natürlich zu einer Reduzierung der vom öffentlichen Sektor bereitgestellten Ressourcen. Allgemein günstige Marktbedingungen und Renditebestrebungen vorausgesetzt, könnten erste Schritte hin zum Marktzugang Griechenlands sogar noch früher unternommen werden, sofern die Regierung einen glaubwürdigen Reformpfad einschlägt.

Kurzfristiger Finanzierungsbedarf

Die erste Tranche des neuen ESM-Programms müsste Folgendes decken: (i) den nicht mit dem Bankensektor in Verbindung stehenden Finanzierungsbedarf zwischen August und dem Zeitpunkt der Freigabe der zweiten Tranche nach Abschluss der ersten Überprüfung; (ii) bis zu 25 Mrd. EUR für den Finanzierungsbedarf im Bankensektor.

Der nicht mit dem Bankensektor zusammenhängende Finanzierungsbedarf beläuft sich bis Ende Oktober auf ca. 16 Mrd. EUR und setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Schuldendienste (Tilgung und Zinsen) in Höhe von 12,7 Mrd. EUR. Hiervon entfallen 7 Mrd. EUR auf die Rückzahlung des EFSM-Darlehens, 3,4 Mrd. EUR auf Tilgungs- und Zinszahlungen an die EZB, 2,2 Mrd. EUR auf Tilgungs- und Zinszahlungen an den IWF und ca. 100 Mio. EUR auf die Tilgung anderer Darlehen.
- 1 Mrd. EUR für die Begleichung von Zahlungsrückständen bzw. Verbindlichkeiten.
- Sonstiger Haushaltsbedarf in Höhe von 2,3 Mrd. EUR (zur Finanzierung des Primärdefizits der Staatskasse). Es wird erwartet, dass der Staat hiervon 0,5 Mrd. EUR auf ein Sonderkonto für die Verwaltung von EU-finanzierten Projekten überweist.

Die erste Tranche des ESM-Programms scheint zur Deckung dieses Finanzierungsbedarfs beachtlich. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Auflagen des MoU wäre eine Aufteilung der ersten Tranche in mehrere Zahlungen anzuraten, vorbehaltlich der Erfüllung der unterschiedlichen

Meilenstein-Pakete. Eine Option wäre eine erste Tranche in Höhe von ca. 13 Mrd. EUR nach Annahme des Programms, gefolgt von zwei weiteren Sub-Tranchen nach Erfüllung der zwei unterschiedlichen Meilenstein-Pakete bis September und Oktober.

Es muss noch eine Entscheidung über die Auszahlung zur Deckung des Finanzierungsbedarfs im Bankensektor getroffen werden. Zwar besteht Einigkeit darüber, dass 10 Mrd. EUR mit sofortiger Wirkung in Einklang mit der Erklärung des Eurogipfels verfügbar gemacht werden sollten, allerdings wird der Zeitpunkt der Auszahlung der verbleibenden 15 Mrd. EUR derzeit noch erörtert. Aufgrund der Unwägbarkeiten im Hinblick auf den Abschlusstermin der ersten Überprüfung und der Notwendigkeit einer schnellen Rekapitalisierung des Bankensystems gibt es zwingende Gründe, den vollen Betrag in Höhe von 25 Mrd. EUR mit der ersten Auszahlung zu entrichten. Aufgrund dieser Unwägbarkeiten wäre die Freigabe von weiteren 2 Mrd. EUR zur Deckung des sonstigen Finanzierungsbedarfs bis Ende des Jahres, u. a. zur Bedienung von Schulden wie den Schulden gegenüber dem IWF, erforderlich.

Die Festsetzung der nachfolgenden Auszahlungen durch den ESM würde zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Allerdings enthält Tabelle 2 bereits einen unverbindlichen Finanzierungsbedarfsplan sowie mögliche Programmauszahlungen.

Tabelle 2. Auszahlungsplan für Griechenland zwischen August 2015 und August 2018

Finanzierungsbedarf Griechenland	2015					2016				2017				2018						
	August	September	Oktober	November	Dezember	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Jul	August	Gesamt
A. Finanzierungsbedarf	23,0	2,0	16,0	3,7	3,2	5,9	5,4	4,8	1,9	1,7	7,8	3,8	4,8	2,4	2,0	2,8	0,5	2,8	0,5	91,7
Finanzierung der Staatseinlagen und SZK-Bestände	1,2	0,0	-0,3	2,8	-0,4	2,9	2,8	0,1	-4,1	0,6	6,6	-3,6	-3,5	0,5	1,5	0,2	0,4	0,4	0,4	7,6
Schuldendienst	10,5	1,5	0,7	0,3	1,3	3,9	2,4	5,2	1,3	2,6	3,0	8,6	4,6	3,1	1,7	3,0	0,5	3,0	0,5	54,1
Staatliches Primärsaldo (* = Überschuss)	0,8	-0,3	-0,1	0,1	1,8	-1,9	-0,7	-1,2	4,0	-2,2	-1,8	-1,1	3,7	-1,1	-1,1	-0,4	0,0	-0,4	0,0	-2,0
Bedarf des Bankensektors	10,0	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	25,0
Begleichung von Zahlungsrückständen	0,5	0,8	0,8	0,5	0,5	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	7,0
B. Finanzquellen	23,0	2,0	16,0	3,7	3,2	5,9	5,4	4,8	1,9	1,7	7,8	3,8	4,8	2,4	2,0	2,8	0,5	2,8	0,5	91,7
Einnahmen aus Privatisierungen	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,9	0,9	0,9	0,9	0,3	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,2
β1. Programmfinanzierung	23,0	2,0	16,0	3,7	2,0	4,9	4,5	3,8	1,0	1,3	7,5	3,5	4,5	2,4	2,0	2,8	0,5	2,8	0,5	85,5

Ann: 1/Die ANFA- und SMP-Gewinne in der Tabelle beinhalten lediglich Überweisungen von der griechischen Zentralbank.



INTERNATIONAL MONETARY FUND



Press Release No. 15/xxx
FOR IMMEDIATE RELEASE
August 14, 2015

International Monetary Fund
Washington, D.C. 20431 USA

Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Greece

Ms. Christine Lagarde, Managing Director of the International Monetary Fund (IMF), made the following statement today:

“The policy package specified in the Memorandum of Understanding (MoU) recently agreed between the Greek authorities and European institutions, with input from Fund staff, is a very important step forward. It not only reverses much of the policy backtracking that caused the previous program to run seriously off track, but puts in place wide-ranging policies to restore fiscal sustainability, financial sector stability, and a return to sustainable growth. I particularly welcome the authorities’ efforts to overcome the serious loss of confidence in recent months through strong upfront actions. Most of these actions have been fully specified in the MoU, and key measures including in the fiscal structural areas will be implemented as prior actions for the disbursement of the first European Stability Mechanism (ESM) tranche.

“In two areas that are of critical importance for Greece’s ability to return to a sustainable fiscal and growth path—the specification of remaining parametric fiscal measures, not least a sizeable package of pension reforms, needed to underpin the program’s still-ambitious medium-term primary surplus target and additional measures to decisively improve confidence in the banking sector—the government needs some more time to develop its program in more detail. This is understandable, and I am encouraged in this regard by the government’s commitment to work with its European partners and the Fund on completing these essential reforms in the coming months. With the detailed specification of these outstanding reforms, the recently agreed MoU will entail a very decisive and credible effort on the part of the Greek authorities to restore robust and sustainable economic growth.

However, I remain firmly of the view that Greece’s debt has become unsustainable and that Greece cannot restore debt sustainability solely through actions on its own. Thus, it is equally critical for medium and long-term debt sustainability that Greece’s European partners make

concrete commitments in the context of the first review of the ESM program to provide significant debt relief, well beyond what has been considered so far.

“In conclusion, I believe that the actions to be taken by the authorities by the time of the first review, in conjunction with the policies specified in the MoU, once they have been supplemented by the above-mentioned fiscal structural and financial sector reforms, as well as by significant debt relief, will provide the basis for a credible and comprehensive program to restore medium-term sustainability. We look forward to working closely with Greece and its European partners in the coming months to put in place all the elements needed for me to recommend to the Fund’s Executive Board to consider further financial support for Greece.”



INTERNATIONAL MONETARY FUND



Pressemitteilung Nr. 15/xxx
ZUR SOFORTIGEN FREIGABE
14. August 2015

Internationaler Währungsfonds
Washington, D.C. 20431 USA

Erklärung von Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin des IWF, zu Griechenland

Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), gab heute folgende Erklärung ab:

„Das im Memorandum of Understanding (MoU) enthaltene Maßnahmenpaket, auf das sich die griechische Regierung und die europäischen Institutionen kürzlich geeinigt haben und zu dem der IWF beigetragen hat, stellt einen sehr wichtigen Schritt dar. Damit werden nicht nur viele der politischen Rückschritte, die zum erheblichen Abweichen vom Kurs des vorherigen Programms geführt haben, wieder rückgängig gemacht, sondern auch weitreichende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Stabilität des Finanzsektors sowie zu einer Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum getroffen. Insbesondere begrüße ich die Anstrengungen der Regierung, den gravierenden Vertrauensverlust der vergangenen Monate anhand entschlossener Vorabmaßnahmen zu überwinden. Die meisten dieser Maßnahmen werden im MoU ausführlich beschrieben; wichtige Maßnahmen einschließlich der Haushalts- und Strukturreformen werden als Vorabmaßnahmen für die Auszahlung der ersten Tranche durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) umgesetzt.

In zwei Bereichen, die entscheidend für eine Rückkehr Griechenlands hin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und zu nachhaltigem Wachstum sind, benötigt die Regierung mehr Zeit, um ihr Programm ausführlicher zu gestalten (die Spezifikation ausstehender parameterbezogener Haushaltsmaßnahmen, nicht zuletzt ein umfangreiches Rentenreformpaket zur Untermauerung des nach wie vor ehrgeizigen mittelfristigen Primärüberschussziels des Programms sowie zusätzliche Maßnahmen zur erheblichen Stärkung des Vertrauens in den Bankensektor). Dies ist nachzuvollziehen, und ich bin

zuversichtlich angesichts der Verpflichtung der Regierung, zum Abschluss dieser wesentlichen Reformen in den kommenden Monaten mit ihren europäischen Partnern und dem IWF zusammenzuarbeiten. Nach der Präzisierung dieser ausstehenden Reformen wird das kürzlich vereinbarte MoU von äußerst entschlossenen und glaubwürdigen Anstrengungen der griechischen Regierung zu einer Rückkehr zu robustem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum zeugen.

Jedoch bin ich weiterhin der festen Überzeugung, dass die Verschuldung Griechenlands untragbar geworden ist und dass Griechenland seine Schuldentragfähigkeit nicht allein durch eigene Maßnahmen wiederherstellen kann. Deshalb ist es für die mittel- und langfristige Schuldentragfähigkeit genauso entscheidend, dass die europäischen Partner Griechenlands im Zusammenhang mit der ersten Überprüfung des ESM-Programms konkrete Verpflichtungen eingehen, um eine erhebliche Schuldenerleichterung zu gewähren, die weit über das bisher in Betracht gezogene Maß hinausgeht.

Abschließend bin ich der Überzeugung, dass die von der Regierung bis zum Zeitpunkt der ersten Überprüfung des Programms zu ergreifenden Maßnahmen in Verbindung mit den im MoU festgelegten Maßnahmen (sofern diese durch oben aufgeführte haushaltspolitische Strukturreformen und Finanzsektorreformen sowie eine erhebliche Schuldenerleichterung ergänzt werden) die Grundlage für ein glaubwürdiges und umfassendes Programm bilden, mit dem die Tragfähigkeit mittelfristig wiederhergestellt werden kann. Wir freuen uns auf eine enge Zusammenarbeit mit Griechenland und seinen europäischen Partnern in den kommenden Monaten, um alle Elemente zusammenzustellen, die ich benötige, um dem IWF-Exekutivrat weitere finanzielle Unterstützung für Griechenland empfehlen zu können.“

